Nr. 235. 36. Jahrg.

Morgen-Ausgabe.

10 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 7,20 Mk., monatl. 2,50 Mk. frei ins Haus, vorausbezahlbar. Einzelne Nummern 10 Pfennig. Postbezug: Monatlich 2,50 Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3,75 Mk., für das übrige Ausland 9,75 Mk., bei täglich einmaliger Zustellung 7,75 Mk. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 1,20 Mk. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 50 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 25 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 40 Pfg., jedes weitere Wort 20 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 1,20 Mk. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, aufgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Freitag, den 9. Mai 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Aufruf der Reichsregierung.

Berlin, 8. Mai. Der Reichspräsident und die Reichsregierung wenden sich mit folgendem Aufruf an das deutsche Volk:

Der ehrliche Friedenswille unseres schwer duldenden Volkes fand die erste Antwort in ungemein harten Waffenstillstandsbedingungen. Das deutsche Volk hat die Waffen niedergelegt und alle Verpflichtungen des Waffenstillstands, so schwer sie waren, ehrlich gehalten. Trotzdem setzten unsere Gegner 6 Monate lang den Krieg durch Aufrechterhaltung der Hungerblockade fort. Das deutsche Volk trug alle Lasten im Vertrauen auf die durch die Note vom 5. November von den Alliierten gegebene Zusage, daß der Frieden ein Frieden des Rechts auf der Grundlage der 14 Punkte Wilsons sein würde. Was uns statt dessen jetzt in den Friedensbedingungen gegeben wird, widerspricht der gegebenen Zusage, ist für das deutsche Volk unerträglich und auch bei Aufbietung aller Kräfte unerfüllbar.

Gewalt ohne Maß und Grenzen soll dem deutschen Volk angetan werden. Aus solchem aufgezwungenen Frieden müßte neuer Haß zwischen den Völkern und im Verlauf der Geschichte neues Morden erwachsen. Die Welt müßte jede Hoffnung auf einen die Völker befreienden und heilenden, den Frieden sichernden Völkerbund begraben. Zerstückelung und Zerreißung des deutschen Volkes, Auslieferung der deutschen Arbeiterschaft an den fremden Kapitalismus zu menschenunwürdiger Lohnsklaverei, dauernde Fesselung der jungen deutschen Republik durch den Imperialismus der Entente ist das Ziel dieses Gewaltfriedens. Die deutsche Volksregierung wird den Friedensvorschlag der Vergewaltigung mit dem Vorschlag des Friedens des Rechts auf der Grundlage eines dauernden Völkerfriedens beantworten. Die tiefe Erregung, die alle deutschen Volkskreise ergriffen hat, legt Zeugnis dafür ab, daß die deutsche Regierung den geschlossenen Willen des Volkes zum Ausdruck bringt. Die deutsche Regierung wird die Kräfte anspannen, um für das deutsche Volk dieselbe nationale Einheit und Unabhängigkeit und dieselbe Freiheit der Arbeit in Wirtschaft und Kultur zu erringen, welche die Alliierten allen Völkern Europas geben wollen, nur unserem Volke nicht.

Unser Volk muß sich durch eigenes Handeln retten. Angesichts dieser Gefahr der Vernichtung müssen das deutsche Volk und seine von ihm selbst gewählte Regierung zusammenstehen, ohne Unterschied der Partei möge Deutschland sich zusammenschließen in dem einmütigen Willen, das deutsche Volkstum und die gewonnene Freiheit zu bewahren. Jeder Gedanke, der ganze Wille der Nation gehöre jetzt der Arbeit für die Erhaltung und Wiederaufrichtung unseres Vaterlandes.

Die Regierung ruft alle Volksgenossen auf, in dieser schweren Stunde mit ihr auszuharren in wechselseitigem Vertrauen auf dem Wege der Pflicht und im Glauben an den Sieg der Vernunft und des Rechts.

Der Reichspräsident:
Ebert.

Die Reichsregierung:
Scheidemann. Dernburg. Bauer. Bell. David. Erzberger. Gothein. Noske. Preuß. Wissel. Schmidt.

*

Berlin, 8. Mai. Die Reichsregierung und die Preußische Staatsregierung erlassen folgende Kundgebung:

An den deutschen Osten.

Die Reichsregierung hat nach dem Bekanntgeben der Friedensbedingungen zum deutschen Volk gesprochen.

Der Bevölkerung der östlichen Provinzen Preußens noch ein besonderes Wort:

Die Abtrennung Oberschlesiens vom Reich, die Angliederung rein- und überwiegend deutscher Gebiete in Mittel- und Niederschlesien, in Posen, Westpreußen und Pommern, die Loslösung der alten Hansastadt Danzig, dieser Pflanzstätte deutscher Kultur, vom Reiche, sind Eingriffe in das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung dieser Gebiete, die durch deutsche Arbeit und deutsche Kultur das erwarben, was heute ihre Vorzüge bildet. Diese Eingriffe sind gänzlich unvereinbar mit den vom Präsidenten Wilson feierlich verkündeten Grundsätzen. Die für südöstliche Teile der Provinz Ostpreußen geforderte Abstimmung der Bevölkerung kann diesen Gewaltcharakter der Forderungen, die mit dem Rechte und der gegebenen Zusage unvereinbar sind, nicht verhüllen.

Die geforderte Abtretung des Nordostens der Provinz Ostpreußen tut nicht nur einer Bevölkerung Gewalt an, die trotz der von außen hereingetragenen Propaganda durch und durch deutsch fühlt, sondern vervollständigt zugleich

die wirtschaftliche Absperrung Deutschlands von dem Gebiete des großen russischen Volkes.

Mit diesem in ungehindertem Güteraustausch zu bleiben, ist Voraussetzung für das Gedeihen beider Völker.

Die Bevölkerung der östlichen Provinzen Preußens soll überzeugt sein, daß die Regierung der Republik

das Aeußerste aufbieten wird, um diese Gefahr abzuwehren.

Dazu ist jetzt mehr als je unbedingt nötig, daß das Volk nationale Disziplin hält und in Einheit und Vertrauen, im Glauben an die eigene Kraft und sein gutes Recht zusammensteht.

Die Reichsregierung:
Scheidemann, Dernburg, Bauer, Bell, David, Erzberger, Gothein, Noske, Preuß, Wissell, Schmidt.

Die preußische Staatsregierung:
Hirsch, Fischbeck, Heine, Oeser, Braun, Südekum, Stegerwald, Am Zehnhoff, Hacnisch, Reinhardt.

Nationaltrauer!

Als Protest gegen die Friedensbedingungen.

Berlin, 8. Mai. Der Präsident des Reichsministeriums hat an die Regierungen der Freistaaten folgendes Telegramm erlassen:

In schwerer Not und sorgenbelastet hat das deutsche Volk in den Monaten des Waffenstillstandes den Friedensbedingungen entgegengeharrt. Mit ihrer Bekanntgabe ist bitterste Enttäuschung und unsägliche Trauer über das ganze Volk gekommen. Diesen Gefühlen aller Deutschen wird öffentlich Ausdruck zu geben sein. Auf Beschluß der Reichsregierung werden die Regierungen der Freistaaten ersucht, zu veranlassen, daß für die Dauer einer Woche alle öffentlichen Lustbarkeiten unterbleiben und in den Theatern nur solche Darstellungen zur Aufführung gelangen, die dem Ernste dieser schwersten Zeit entsprechen.

Das nennen sie Gerechtigkeit!

Stimmen der Pariser Presse zum Vertragsentwurf.

Versailles, 8. Mai. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Die Stimmen der Morgenpresse, die sich zum Friedensvertrag äußern, sind noch spärlich. Gustave Hervé schreibt in der „Victoire": „Dies ist der Frieden, den wir erträumten, ohne Gewalt (!), ohne Annexion (!), ohne Eroberung (!), ohne ungerechte Zergliederung Deutschlands (!). Ruhm unserem alten Tiger (Clemenceau Red. d. V.), der trotz seines unversöhnlichen Deutschenhasses und seinem Wunsch nach der Rheingrenze seine annexionistischen Leidenschaften zügelte. (!!)" — „France libre" das Organ der (nationalistischen Red.) Barennegruppe in der sozialistischen Kammerfraktion, nennt den Friedensvorschlag den Triumph des Rechts (!), woran alle Jeremiaden Brockdorff-Rantzaus nichts ändern könnten. Die Gerechtigkeit sei dem Verurteilten immer peinlich. — „Humanité" schweigt noch. — Das überannexionistische „Echo de Paris" findet die Mittel zur Durchführung des Diktatfriedens noch unzureichend. Deutschland werde bis zur letzten Möglichkeit Widerstand leisten, wenn die zur Durchführung des Friedens nötigen Machtmittel fehlen.

Friedrich Stampfer.

Die Wahrheit.

Versailles, 8. Mai. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) „Populaire" sagt: Die den Deutschen gewährte Zweiwochenfrist zum Studium eines so umfangreichen Dokuments sei ganz überflüssig und nichts als imperialistische Heuchelei. Es sei eine Komödie, von den Deutschen eine Meinungsäußerung einzufordern, da man doch schon entschlossen sei, sich nicht im mindesten um sie zu kümmern, vielmehr mit Gewalt die Unterzeichnung zu erzwingen. Man wolle eben das Recht gewaltsam unterdrücken und es habe keinen Zweck, sich dabei zu genieren. „Populaire" verweist auf die zahlreichen Unstimmigkeiten unter den 27 Alliierten und prophezeit eine Wendung in wenigen Monaten.

Friedrich Stampfer.

Eine enttäuschte Hoffnung.

Versailles, 8. Mai. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) In Sembats „L'heure" schreibt Paul Aubriot: „Vielleicht ist es ein hinkender Frieden, der da kommt — grüßt ihn dennoch mit einem Schrei der Freude und der Erleichterung, ebnet ihm den Weg, denn wie er auch sei, so entreißt er doch augenblicklich die Menschheit den Schrecknissen des Krieges. Wenn er selbst auch nicht sehr schön und fest ist, so kann er durch vereinte Anstrengungen der Demokratie der Ursprung eines gerechteren und dauerhafteren Friedens werden. Wie es auch immer sei — in diesem Sinne sei er im voraus begrüßt!"

Deutschlands wirtschaftliche Erdrosselung.

Kein Hinweis auf die Machtgelüste einer niedergerungenen Herrscherkaste kann die Tatsache abschwächen, daß die wirtschaftlichen Friedensbedingungen der Entente nur den einen Zweck verfolgen, uns zu erdrosseln. Politisch entrechtet, im Reichsinnern bedroht von der Gefahr des Hungers, beut man uns den Frieden, der im letzten Grunde von keiner Partei verantwortet werden kann. Unsere Ohnmacht ist die Triebkraft der Gegner gewesen, ihre Ansprüche bis zum Aeußersten zu steigern. Das erhellt noch nicht einmal so sehr aus den politischen Forderungen, als aus den wirtschaftlichen. Es ist das Machtbewußtsein des sieghaften Kapitals, das wir Sozialdemokraten in anderer Form grausam genug zu spüren bekommen haben!

Man nimmt uns das Saargebiet und Oberschlesien. Fast ein volles Drittel unserer gesamten Kohlenproduktion kommt so unter fremde Staatsgewalt! Das Saargebiet zunächst nur auf fünfzehn Jahre. Aber glaubt denn in der ganzen Entente auch nur ein einziger Mensch, daß wir uns aus diesem größten Volkselend so rasch erholen werden, um in anderthalb Jahrzehnten das Saargebiet mit blankem Golde zurückkaufen zu können, sobald der Volksbeschluß sich für Deutschland entscheidet? — Da ist es doch schon aufrichtiger, wie man mit Oberschlesien verfährt! Hier fordert man die glatte, runde Gebietsabtretung. Und beraubt damit die deutsche Volkswirtschaft, unsere gesamte Industrie des Reservoirs, mit dem besorgte Gemüter gerechnet haben, wenn einmal die deutschen Bodenschätze im Westen infolge des zu raschen Aufstiegs der Industrie sich in früher oder ferner Zukunft erschöpfen sollten.

Garnicht zu reden von den Verlusten, die uns die Abtrennung der ausgesprochen agrarischen Gebietsteile, wie Posen und Westpreußen bringt. Als Wirtschaftsganzes hatte Deutschland bisher wenigstens den Vorzug, daß es wertvolle Bodenschätze im Lande hatte und daß das agrarische Hinterland zum mindesten den wesentlichen Grundstock der Volksernährung gewährleistete. Mit der Abtrennung Westpreußens und Posens wird auch diese Voraussetzung für das Gedeihen der Volkswirtschaft entgegen.

Die lebhafte Propaganda gegen alle Gebietsabtretungen, wie sie in den letzten Monaten vielerorts getrieben wurde, hat uns aber mit den Folgen des Verlustes der Wirtschaftswerte von der Saar und im preußischen Polen einigermaßen vertraut gemacht. Die kategorische Forderung Oberschlesiens aber ist das Letzte, was man von uns verlangen konnte. Wir verlieren in diesem Lande auch neben der bekannten Kohlen- und Eisenindustrie das bedeutendste Förderungsgebiet für Zink, einer blühenden Kalk- und Zementindustrie. Man will uns in allem und jedem wirtschaftlich abhängig machen. Darum kann man auch gut und gern auf Volksabstimmungen verzichten, deren Ergebnis — wie in Oberschlesien — nicht unbedingt zum Nachteil Deutschlands ausfallen muß.

Das sind die Tatsachen, wie sie ins Gesicht springen. Wenn man aber den Entwurf im einzelnen überprüft, so entdeckt man, daß er geradezu eine Ausgeburt zynischer Profitgier ist, wie sie sich auch gegenüber dem besiegten Feind nicht rechtfertigen läßt. Der internationale Kapitalismus wirft sich mit der Geste der Riesenmacht gegen die rote Flut. Im Saarbecken, dessen Schicksal ja „noch nicht endgültig entschieden" ist, setzt sich der französische Staat ohne jede Rücksicht fest und nimmt für sich das unbeschränkte Verfügungsrecht über die gesamten Bergwerke, und deren Ausbeutung in Anspruch! Aus Elsaß-Lothringen wird der deutsche Unternehmer hinausgeworfen, — das Reich darf die Verpflichtung auf sich nehmen, seine Staatsangehörigen zu entschädigen. Welche Summen, deren Aufbringung hier dem Reiche überlassen wird, für diese Entschädigungen in Frage kommen, läßt sich gar nicht übersehen. Für die Kulturarbeit aber, die Deutschland in anderthalb Jahrhunderten in den industriellen Teilen der Ostmark geleistet hat, darf es keinen roten Heller Schadenersatz fordern!

Diese Studie über das Prinzip der internationalen Gerechtigkeit in den Wirtschaftsfragen des Friedensvertrags ließe sich noch ins Ungemessene fortsetzen. In den afrikanischen Kolonien werden sogar „Wiedergutmachungen" für Schäden verlangt, die in den Jahren 1900—1914 entstanden sind!

Verzicht vom Anfang bis zum Ende! Aller Auslandseinfluß der deutschen Industrie wird mit ein paar Dutzend Artikeln ein für allemal vernichtet. Die Lasten aber, die dem Reiche verbleiben, werden nicht auf gleiche

Schultern verteilt. — Deutsche Arbeit, aufgebaut auf einem unterhöhlten Grunde, soll noch die Kriegskosten aufbringen, die auf Elsaß-Lothringen, Posen, Westpreußen, Oberschlesien usw. entfallen.

Diese Art der finanziellen Regelung gleicht aufs Haar den indirekten Steuern: Um zu verschleiern, daß ihr Träger doch die Volksmasse ist, legte man sie auf die unentbehrlichen Gebrauchsgegenstände. Hier aber schafft man durch eine Entlastung der abzutretenden Gebietsteile eine solche Mehrbelastung des beim Reiche verbleibenden Gebietes, daß man von einer indirekten Kriegsentschädigung sprechen kann. Welche Summen nun noch gefordert werden, ist zur Stunde nur schätzungsweise bekannt. Man müßte aber, um ein tatsächliches Bild der Kriegsentschädigung zu gewinnen, diese indirekten Lasten auf die angegebenen Ziffern aufschlagen.

Es ist die grausamste Ironie, die es ja in der Weltgeschichte gab, daß der Sieger dem Besiegten, von dem er zu fordern hat, den letzten Lebensatem nimmt. Nur eine maßlose Ueberschätzung unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit konnte solche Illusionen erstehen lassen.

Wir aber haben allen Grund, die Tatsachen scharf ins Auge zu fassen. Man fordert Unmögliches von uns, können wir, denen das Messer an der Kehle sitzt, die Verantwortung dafür übernehmen, daß die Friedensbedingungen erfüllt werden, auch wenn wir sie nach den viereinhalb Jahren wahnsinnigen Tobens auf uns nehmen wollten?

Vor dieser Frage steht heute die Regierung. Und vor der anderen noch: daß wir, auf dem Wege zur Ueberwindung des nationalen Kapitalismus das entkräftete Volk dem internationalen Kapital preisgeben müssen, um ihm Brot und Frieden zu gewähren.

Die unerhörte Härte der Friedensbedingungen hat denn auch die Volksvertreter aller Parteien, selbst der Unabhängigen, zu einmütiger Stellungnahme im Friedensausschuß veranlaßt. Man kennzeichnete sie als unerfüllbar. Und das Urteil des Volkes selbst kann nicht anders lauten. Sollen wir die tötende Last auf uns nehmen, die der unerbittliche Sieger uns auferlegt, so müßten wir dem Unannehmbar den Willen zu einem Frieden entgegensetzen, an den wir selbst nicht recht glauben können. Er ist das Letzte und Einzige, was uns bleibt.

Die Entente aber trägt die Verantwortung, wenn das verzweifelte Volk aus dem Zustand des heutigen Elends noch tiefer in die Verelendung sinkt. Ihr eigenes Proletariat wird es ihr heimzahlen, was sie am deutschen Volk zu verbrechen im Begriffe steht.

Die Berliner Presse und das Friedensdiktat.

In den Berliner Blättern findet man die widersprechendsten Ansichten über die Stellung, die Deutschland gegenüber der in Versailles geplanten Vergewaltigung des deutschen Volkes einzunehmen hat. Einige Blätter erklären, daß der Frieden nicht angenommen werden dürfe, andere, daß wir auf jeden Fall unterzeichnen müssen, wieder andere lassen die Frage ja oder nein vollkommen offen, und einige vertrauen darauf, daß man dem Dokument durch Verhandlungen ein milderes Aussehen geben könne.

Die „Freiheit" protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die Gewaltbestimmungen die dieser Friede den besiegten Völkern auferlegt: „Trotzdem sind wir der Ueberzeugung, daß der Friede geschlossen werden muß, daß die Verweigerung der Unterschrift kein geeignetes Mittel ist, die Vergewaltigungen, die uns zugedacht sind, abzuwehren."

Das „Berliner Tageblatt" hat schon in seiner Morgenausgabe vom Donnerstag die Ablehnung dieses Friedens gefordert. Auch in der Abendausgabe kommt es auf denselben Ton: „Dieser Gewaltfriede ... würde eine neue Drachensaat aussäen: Darum können wir ihm nicht zustimmen."

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" nennt die Ansprache Clemenceaus „ein neues Dokument unversöhnlichen Hasses, das in der Geschichte fortleben wird". Die deutsche Regierung stehe nicht vor einem Ja oder Nein, sondern vielmehr „vor der Aufgabe, diese Frage zur letzten Prüfung dadurch vorzubereiten und reif zu machen, daß sie den deutschen Standpunkt, der ideell durch die 14 Punkte Wilsons längst bestimmt ist, nun auch materiell gegenüber den Forderungen der Entente abgrenzen, den Friedensbedingungen die Friedensangebote gegenüberstellen und versuchen, ob in der so beschaffenen Grenzzone eine Annäherung der beiden Standpunkte und damit der Frieden erreicht werden kann".

Die „Vossische Zeitung" will die Entscheidung über die Frage ja oder nein dem deutschen Volke überlassen wissen. Sie fordert Gemeinsamkeit der Verhandlungen der Entente mit dem Deutschen Reich und mit Deutschösterreich.

Der „Tag" schreibt: „Auch die Gefahr, daß eine wesentliche Milderung der Bedingungen nicht mehr zu erreichen ist, darf uns nicht davon abhalten, auf Verhandlungen zu bestehen. Erst wenn auch diese letzte Aussicht, noch zu einem irgendwie erträglichen Frieden zu gelangen, endgültig zerstört ist, wird für unsere Regierung die Stunde gekommen sein, das letzte, das entscheidende Wort zu sprechen."

Die „Tägliche Rundschau" will den Frieden abgelehnt haben, ihrer ganzen Tradition entspricht der Satz: „Es wäre eine Schamlosigkeit, die uns die Welt in Jahrhunderten nicht verzeihen würde, wollten wir darauf eingehen, daß der Kaiser, Hindenburg und Ludendorff vor ein interalliiertes Kriegsgericht geschleppt werden". —

Die „Deutsche Tageszeitung" ruft aus: „Nein, lieber tot, als Sklav." — Die Entente könne uns vergewaltigen, sie könne uns den Brotkorb höher hängen, sie könne das Elend im Reiche noch mehren und den Massenmord unserer Frauen und Kinder fortsetzen, eins aber könne sie nicht, nämlich diesen Frieden für die Dauer verwirklichen.

Die „Kreuzzeitung" schreibt: „Wenn sie sich (die Alliierten) um die Beute streiten, erwächst für Deutschland die neue Möglichkeit des politischen Erwachens. Kein Mensch weiß, was die Zukunft bringen wird, wir aber vertrauen auf Gott."

Die „Germania" betrachtet den Friedensentwurf als eine feierliche Abmachung, wodurch der Krieg in Permanenz erklärt wird. ... „Aber innerlich wird sich das elementarste Empfinden dagegen aufbäumen, es wird den Vertrag auch in hunderten und mehr Jahren betrachten als eine Parodie der angekündigten Völkerversöhnung undd es erstrebten Weltfriedens."

Eine Kundgebung jüdischer Sozialisten.

Eine Versammlung der Berliner Gruppe der jüdisch-sozialdemokratischen Partei, die am Mittwochabend im Klindworth-Schorwenka-Saal stattfand und von über 1200 Personen besucht war, wurde mit flammendem Protest gegen die neuen furchtbaren polnischen Pogrome in Litauen von Alfred Berger eröffnet und erhob sich zu Ehren der Pogromopfer von den Plätzen. Nach den Reden von Salman Rubaschow, Eduard Bernstein, Oskar Cohn, des ehemaligen Ministers der Ukrainischen sozialistischen Regierung Abraham Revutzky (im Jargon) und Leon Chasanowitsch wurde folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung beglückwünscht das Verbandsbureau zu dem schönen Erfolge in Amsterdam und begrüßt die sozialistische Internationale zur Erfüllung der berechtigten Wünsche des jüdischen Proletariats. Sie erklärt, den Kampf für die Wiederauflebung des jüdischen Volkes und für die Durchführung seiner berechtigten Forderungen in Palästina und in der Diaspora auf den Grundsätzen der Internationale mit aller Kraft weiterführen zu wollen."

Militärische Bereitschaft Belgiens.

Amsterdam, 8. Mai. (Meldung der „Telegramm-Kompagnie".) Von belgischer Seite wird mitgeteilt, daß die belgische Regierung auf Urlaub befindlichen Angehörigen der in Deutschland stehenden belgischen Besatzungstruppen sofort zu ihren Truppenteilen zurückbeordert hat.

Die Maßnahme wird damit begründet, daß Belgien militärisch vollkommen bereit sein müsse, falls durch eine Ablehnung des Friedensvertrages seitens Deutschland neue militärische Komplikationen entstehen sollten.

Auffindung Neurings.

Dresden, 8. Mai. Die Leiche des ermordeten Ministers für Militärwesen Neuring wurde heute nachmittag unweit Kaitz bei Meißen aus der Elbe gezogen. Die Identität ist einwandfrei festgestellt. Die Leiche wurde nach dem Köstitzer Friedhof geschafft.

Volksdemonstrationen in Oberschlesien.

Oppeln, 8. Mai. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts"). Beim Einzug der Grenzschutztruppen in Oppeln ereigneten sich ergreifende Demonstrationen der Bevölkerung für Deutschland. Die große Not, die der Bevölkerung Schlesiens jetzt deutlich wird, von ihrem Mutterlande getrennt und unter fremde Zwangsherrschaft gebeugt zu werden, hat alle geeint. Die Regimentskapelle mußte deutsche Nationallieder spielen; die Bewaffnung der Ostmärker wurde von der Bevölkerung gefordert. Oberschlesien ist entschlossen, sich unter keinen Umständen den Vergewaltigungsabsichten der Entente freiwillig zu fügen. Die Bevölkerung ist willens, mit den Waffen den Boden ihrer Heimat zu verteidigen.

Merkwürdige Verhandlung.

Von einem Teilnehmer an den Verhandlungen im Liebknecht-Luxemburg-Prozeß wird uns geschrieben:

Das Verhalten der Angeklagten und die Freiheiten, die ihnen gewährt werden, machen auf den Zuschauer einen verblüffenden Eindruck. Das Sonderbarste ereignete sich gestern nachmittag. Nach Eintritt der Pause verlassen die Angeklagten ihre Sitze, die sie erst mit hemmungsloser Fröhlichkeit innehatten, und betreten den Verhandlungsraum und die Zuschauertribüne, wo sie mit verschränkten Armen die Bewunderung der Mitwelt über sich ergehen lassen.

Plötzlich beginnt der Angeklagte einen Streit mit einem Soldaten, der sein Bruder sein soll und den er als Verbrecher und Spartakisten bezeichnet. Einem Soldaten versuchte Runge die Handgranate zu entreißen. Herzukommende Schutzleute weigerten sich, gegen Runge vorzugehen, da dieser „seine eigene Bewachung habe". Die Wache trat denn auch in Erscheinung, und zwar — gegen einen Beschwerdeführer, der sich herausnahm, das Verhalten Runges unschön zu finden. Der Sünder (nicht Runge) wurde energisch zur Rede gestellt.

Hoffentlich nimmt Herr Runge den Zwischenfall nicht übel, der ihn verhindern sollte, seine Ungerechnungsfähigkeit zu beweisen.

Auf die Empörung des Publikums braucht er auch in Zukunft keine Rücksicht zu nehmen.

Die Spandauer Staatsbetriebe.

Reichswehrminister Noske bittet uns um folgende Richtigstellung:

Herr Oberingenieur Cohn schreibt in der Morgenausgabe des „Vorwärts" vom 8. 5., es würde zur weiteren Vergeudung von Millionen führen, wenn ein Kompromiß geschlossen werde, wonach in Spandau einzelne Betriebe, die ausschließlich für den Bedarf des Heeres arbeiten, ausschließlich dem Kriegsministerium unterstellt bleiben sollen. Das sei jetzt für die Spandauer Betriebe beschlossen worden.

Das Gegenteil ist richtig. Es ist ausdrücklich beschlossen worden, sämtliche Spandauer Heeresbetriebe aus der Heeresverwaltung auszuscheiden und sie vollständig dem Reichswirtschaftsamt zu unterstellen.

Der Vollzugsrat in Mülheim-Ruhr. Das Stadtverordnetenkollegium in Mülheim-Ruhr hat in geheimer Sitzung die Besoldung des Vollzugsrats des Arbeiterrats abgelehnt. In einer Vollversammlung des Arbeiterrats wurde hierüber berichtet und nach längerer Debatte beschlossen, den Vollzugsrat von 15 auf 5 Personen abzubauen und erneut den Antrag an die Stadtverwaltung zu stellen, die Besoldung für diese 5 Personen aus kommunalen Mitteln zu bestreiten. Gerügt wurde, daß der Arbeiterrat in seiner alten Zusammensetzung der Herd der vielen Unruhen im Gebiet gewesen sei.

England in Köln.

Wer gegen 6 bis 7 Uhr abends die Hohe Straße, die Hauptverkehrsstraße Kölns, passiert, wird unter hundert Passanten sicher achtzig Engländer zählen, die der Volksmund wegen der braungelben Uniform „die gelbe Gefahr" nennt.

Als sie kamen, wurden sie zunächst gebührend bestaunt. Sogar erwünscht kamen sie vielen, denn die eine Nacht zwischen dem Abrücken der deutschen bis zur Ankunft der englischen Truppen war von lichtscheuem Gesindel zu erheblichen Plünderungen benutzt worden. Der Deutsche, besonders aber der Rheinländer, kann nicht so hassen, wie es Lissauer vor Jahren wünschte. Zwar glaubte der Engländer nicht an die Sympathien, die ihm von allen Seiten entgegengebracht wurden. Er vermutete verschlagene „Hunnentücke" und blieb mißtrauisch und unnahbar. Als sich der gute Deutsche aber nicht bekehrte und ihm ständig mehr mit berechneter Sympathie zusetzte, wurde er verletzend schroff; und da trat allmählich der Gegensatz zu Tage, der heute allgemein das Verhältnis zwischen Bevölkerung und Besatzung durchdringt. Zunächst zwar tröstete man sich mit Sprichwörtern wie „Was du nicht willst usw." oder „Wie du mir, so ich dir". Dann drang die Erkenntnis der ganz veränderten Situation durch, daß doch jetzt kein Krieg mehr sei, und schließlich kam die Erbitterung und endlich der Haß, ein Haß, der nicht von Lissauer oder durch den verflossenen Krieg angefacht wurde, sondern aus dem Benehmen der „Herren" gegenüber den „Knechten" entsprang, ein Proletarierhaß, wie er tiefer nicht den radikalsten Arbeitslosen und Arbeitsscheuen gegen den Kapitalisten beseelt, ein Haß, wie ihn Kolonialvölker gegen ihre Unterdrücker empfinden, der verborgen wie ein Feuer unter der Asche weiter schwelt.

Der Hauptgrund für diese Umstimmung ist das unnahbare, herrische und stolze Wesen der Engländer, das dem Deutschen, vor allem aber dem gemütlichen Rheinländer nicht verständlich ist. Der Engländer ist ja schon in Friedenszeiten überall in der Welt als der rücksichtslose „Herr" aufgetreten, nach dessen Launen und Bequemlichkeiten sich jeder richten mußte. Er fühlte sich seit jeher allen Nationen und Völkern überlegen und gab überall den Ton an, nach welchem die anderen zu tanzen hatten. So kann man verstehen, daß er jetzt den besiegten „Hunnen" gegenüber, wie wir noch jetzt in den englischen Zeitungen benannt werden, von dieser Eigenart nicht abgeht und die Rheinländer behandelt wie aufsässige Kolonialvölker.

Jeder Engländer, vom Offizier bis zum gemeinsten Mann, ist von dem Gefühl der Erstklassigkeit seiner Person und seines Stammes durchdrungen, er ist „first class" und alle anderen Menschen sind „second class". Dieses Gefühl ist ihm angeboren und anerzogen worden, nur daß er es ganz so schroff seine Verbündeten nicht hat fühlen lassen wie die besiegten „Huns".

Fast alle besseren Privathäuser und modernen Schulen der Vororte sowie sehr viele Wohnungen in der inneren Stadt sind ganz oder teilweise von den Engländern belegt. Die Reichen sind größtenteils auf ihre Schlafzimmer und ein Wohnzimmer angewiesen. Es gibt kein einziges Schulgebäude in ganz Köln, das nicht morgens und nachmittags benutzt werden muß. Fast alle modernen Hotels sind samt den Restaurationsräumen belegt, entweder sind es Bureauräume oder Offiziers- und Mannschaftsmessen. So sind dem Kölner sowohl zu Haus wie draußen die gemütlichsten Stätten verschlossen, und die Gemütlichkeit geht ihm doch über alles! Und dann noch die ungeheure Freiheitsbeschränkung! Jeder Wirtschaftsbetrieb, jedes Theater, Kino usw. muß um ½9 Uhr geräumt sein. Kein Einwohner durfte sich noch 9 Uhr auf der Straße blicken lassen. Es ist vorgekommen, daß ein Hausvater in Pantoffeln, langer Pfeife und ohne Kopfbedeckung einen Brief über die Straße zum Briefkasten brachte und erst am anderen Mittag nach Aburteilung vom Kriegsgericht 20 M. leichter wiederkam. Seit dem 15. April ist der Straßenverkehr bis 10 Uhr verlängert.

Geldstrafen werden in jeder Höhe verhängt. Als am Karnevalssonntage verschiedene Herren der Kölner Hautevolee wegen eines Maskenballes mit .... zigtausend Mark bestraft wurden, freute sich zwar jeder echte Kölner, denn was sollen sich die erlauben, was er selbst gern möchte und nicht kann. Aber er versteht es nicht, wenn alte Mütterchen, die zum Markt gehen und ihren Paß vergessen haben, dafür 20 und mehr Mark bezahlen müssen, und wenn Familienbesuch, der bei einer Feier, wo es doch erst nach 9 Uhr anfängt gemütlich zu werden, deshalb gar bestraft wird, nicht etwa weil er nach 9 Uhr über die Straße heimgegangen ist, sondern weil er die Nacht nicht in seinem eigenen Heim zugebracht hat.

Ganz schlimm wird es geahndet, wenn Waffen gefunden werden. Sogar alte verrostete fridericianische Bajonette und Römerschwerte kosten pro Stück 2000 M. Raucht ein Mann eine englische Zigarette, so kann ihm dieses Vergnügen, auch wenn keine zweite bei ihm gefunden wird, 100 Mark kosten; ebenso hoch werden Schokolade, Cornedbeef und andere gute Sachen bewertet. Für Schokolade, Keks und Apfelsinen haben die Kölner Mädchen ihre Würde als deutsche Frauen vergessen. Da nützten alle Ermahnungen der Deutschen, alle Razzien der englischen Behörden nichts, die allwöchentlich Hunderte von jungen Damen aller Stände vom Arm oder vom Tisch des Tommy zur Aburteilung wegführten. Und der Tommy kann ihnen, wie sich selbst, außer Schokolade noch so vieles andere Gute bieten. Er bekommt ja monatlich ca. 400 M., und die werden gründlich verpufft. Die feinsten Dielen, welche wie Pilze aus der Erde schießen, und die kleinsten Wirtschaften sind überfüllt. Ueberall wird Wein getrunken, hier aus geschliffenen Kelchen, dort aus Biergläsern. Soviel Betrunkene gab es wie in Köln wie heuer. Die Wirte hatten nie eine solche Hochkonjunktur zu verzeichnen, wenigstens keine, die so lange anhielt. Das wüste Treiben erinnert an das Landsknechtswesen vergangener Jahrhunderte.

Der Kölner Arbeiter sieht diesem Treiben genau wie der Bürger mit wachsendem Ingrimm zu. Arbeiter wie Bürger warten nur auf den Moment, der allem ein Ende macht. Eine 15 Jahre dauernde Besatzung, die der Friedensvertrag in Aussicht stellt, auch eine fünfjährige ist undenkbar. Der Engländer scheut sich auch, mit dem Arbeiter anzubinden. Er hat bis jetzt bei allen Lohnstreitigkeiten, obschon er von mehreren Unternehmern um Hilfe angegangen wurde, jeden Zwang abgelehnt. In einem von dem Oberstkommandierenden der Rheinarmee untergezeichneten Anschlag wandte er sich kürzlich an die — Vaterlandsliebe der deutschen Arbeiter und forderte sie auf, von jedem Streik abzulassen, da Deutschland dadurch immer mehr seinem Ruin entgegenginge. Er erbot sich dann für den Fall, daß bei Lohnforderungen keine Einigkeit zu erzielen sei, als letzte Schlichtungsinstanz, deren Urteil aber endgültig sei.

Zum Schluß muß ich noch etwas erwähnen, woran sich die Deutschen aller Gaue im Rheinland wie auch in Berlin ein Beispiel nehmen sollten. Kein Engländer bleibt in der Straßenbahn sitzen, wenn eine Frau, ob jung oder alt, arm oder reich, einen Sitzplatz sucht.

dtv.

Ansorge-Konzert im Blüthnersaal.

Conrad Ansorge gab vor erdrückend vollem Saal einen seiner Beethoven-Abende, wie seit Jahren. Diesmal „nur" Sonaten. Wo, in welchem kunstsinnigen Hause sind diese Werke nicht gepflegt, von angehenden Tastenakrobaten gespielt?! Wie aber wirken sie erst auf uns ein, sobald ein Meisters des Klaviers Beethoven durch sie reden macht! Und einer der vornehmsten Interpreten, einer dem es innerstes Bedürfnis ward, das ist der nachdenkliche Ostpreuße Ansorge. Zu andern Gelegenheiten mag der Vulkan Beethoven Flammen sprühen, donnern. Hier spricht ein anderer Geist, ein gebändigter Wille. Wem packt nicht die herrliche „Pathetique" (op. 13) an's Herz? Denn darin offenbart Beethoven — die Sonate ist aus seiner Frühzeit — man kann wohl sagen, zum erstenmal seine Ueberzeugung von der Musik als Rednerin zu unserem innersten Wesen und Anruferin zu einem würdigen Dasein. Oder wem liegt nicht dem schönen Trauermarsch in der Andur-Sonate (op. 26) unvergeßlich der Rhythmus im Ohr? Das Gleiche ist in op. 109, sowie in der ebenfalls im großen freien Stil jener Tage geschriebenen C-moll-Sonate (op. 111), zumal im Mittelsatz, der „Arietta", deren Variationen wahrhaft wie eigene Seelenbilder anmuten. Und diese Sprache ist es, die uns Ansorge, intensiver vielleicht als viele andere, fühlen und kosten läßt. Man besorgt, daß im allzugroßen Saal sich nur ein Ton davon verflüchtige, bevor er in aller seiner weben feierlichen Heimeligkeit zu Herzen drang, und empfindet die Vorstellung von der Zweckmäßigkeit eines kleineren intimeren Raumes, um Beethoven ganz mit dem Spieler zu genießen, der zur Andacht zwingt — und hernach einmütigen Beifallsdank erntete.

Notizen.

— Vorträge. Im Verein „Arbeiter-Hochschule" spricht Sonnabend, 7½ Uhr, in der Aula Niederwallstr. 12, Julius Bab über „Arbeiterdichter".

— Alte und neue Wirtschaftssysteme. Dieses Thema behandelt Dr. Osk. Stillich in einem Vortrag morgen, Sonnabend, 8 Uhr abends, Aula, Reichstagsufer 6. Karten dort.

— Der Kammersänger als Opernkomponist. Im Danziger Stadt-Theater fand am Sonntag die Uraufführung der zweiaktigen heiteren Spieloper „Abu und Nu" statt, die den Münchener Kammersänger Ludwig Heß zu ihrem Verfasser hat. Das Werk hatte einen durchschlagenden Erfolg. Die Handlung lehnt sich an ein heiteres Täuschungsabenteuer aus „Tausend und eine Nacht" und baut sich wirksam auf. Das musikalische Gewand, das Heß dieser Handlung gab, ist, wenn auch alles andere als charakteristisch orientalisch, so doch von einem Duft und einer Frische, daß die kleine Oper sicher einen siegreichen Weg über die deutsche Bühne nehmen wird. Es spricht eine reiche Phantasie eines Künstlers daraus, der die Bühne kennt.

w. o.

Scheidemann über die unerträglichen Friedensbedingungen

Einmütige Kundgebung der Parteien im Friedensausschuß.

Friedensausschuß. Sitzung vom 8. Mai nachmittags 5 Uhr.

Die Mitglieder des Friedensausschusses sind vollzählig erschienen.

Präsident Fehrenbach:

eröffnet die Sitzung mit einer Ansprache: Das Unglaubliche ist geschehen, es ist uns von unseren Feinden ein Friedensvertrag vorgelegt worden, der über die Befürchtungen des größten Pessimisten noch hinausgeht. Dieser Friedensvertrag bedeutet eine Versklavung des deutschen Volkes für ewige Zeiten. Wir stehen jetzt vor einer ungeheuer verantwortungsvollen Aufgabe. Wir treten an sie heran mit ernster Ruhe und kaltblütiger Entschlossenheit. Ich erhoffe von unserem Friedensausschusse und der ganzen Nationalversammlung eine Haltung, die unter Zurückdrängung aller Parteigesichtspunkte nur darauf bedacht ist, der Würde des Vaterlandes wie der Not unseres Volkes gerecht zu werden.

Ministerpräsident Scheidemann:

Der heutige Tag, der uns endlich nach dem sechsmonatigen Martyrium des Waffenstillstandes, die Kenntnis der Hauptteile der feindlichen Friedensbedingungen gebracht hat, bedeutet die tiefste Stufe des deutschen Niederganges.

Ja, vielleicht noch nicht einmal.

Ein Ja sowohl als auch ein Nein können uns noch tiefer, noch hoffnungsloser in die staatliche und nationale Vernichtung hinunterstoßen.

Und all die Nebenbedingungen, die uns bis jetzt noch nicht übermittelt worden sind, die aber aus zahlreichen Nachträgen zu den ersten Depeschen sich schon ankündigen, werden das Wiederaufkommen durch tausend kleinere und größere Fesseln unmöglich machen.

Meine Herren, wir stehen

am Grabe des deutschen Volkes,

wenn all das, was sich hier Friedensbedingungen nennt, zur vertraglichen Tatsache wird.

Ich kann Ihnen, schon angesichts der noch nicht vollständigen Uebermittelung der Bedingungen, keine restlose Darlegung von der Stellungnahme der Regierung geben.

Aber, was ich tun kann und will, ist zu vergleichen:

Die Grundlagen, auf denen wir den Waffenstillstand abgeschlossen haben, die von beiden Teilen, von unseren Gegnern und uns, als rechtsverbindlich anerkannt worden sind und die hauptsächlichsten Bedingungen, so wie sie jetzt vorliegen.

Am 5. November 1918 hat der Staatssekretär Lansing an die deutsche Regierung depeschiert:

„Die verbündeten Regierungen haben den Schriftwechsel zwischen dem Präsidenten der Vereinigten Staaten und der deutschen Regierung sorgfältig erwogen. Mit den nachstehenden Beschränkungen erklären sie ihre Bereitschaft, **auf Grund der in der Kongreßbotschaft des Präsidenten vom 8. Januar 1918 aufgestellten Friedensbedingungen und der in seinen späteren Ansprachen verkündeten Grundsätze einer Auseinandersetzung mit der Regierung Deutschlands, Frieden zu schließen.**"

Die Beschränkungen bezogen sich auf die Freiheit der Meere und die Wiederherstellung der besetzten Gebiete.

Lassen Sie mit nun die 14 Punkte der Wilsonrede, auf welche sich Herr Lansing bezieht, der Reihe nach in Vergleich mit einzelnen Punkten der Friedensbedingungen setzen, die ja leider in Gegenwart und unter Billigung des Präsidenten der Vereinigten Staaten unsern Delegierten überreicht wurden.

Präsident Wilson sagt in Punkt 4:

„Austausch ausreichender Garantien dafür, daß die nationalen Rüstungen auf das niedrigste, mit der inneren Sicherheit vereinbarte Maß herabgesetzt werden."

Wie sieht der Austausch heute aus?

„Der 5. Abschnitt enthält die militärischen usw. Friedensbedingungen, beschränkt den Umfang der deutschen Armee und Flotte und schafft die Dienstpflicht in Deutschland ab, als ersten Schritt zur allgemeinen Abrüstung."

Punkt 5 von Wilson:

„Eine freie, weitherzige und unbedingt unparteiische Schlichtung aller kolonialen Ansprüche, die auf einer genauen Beobachtung des Grundsatzes fußt, daß bei der Entscheidung aller derartiger Souveränitätsfragen die Interessen der betroffenen Bevölkerung ein ebenso hohes Gewicht haben müssen wie die berechtigten Forderungen der Regierung, deren Rechtsanspruch bestimmt werden soll."

Und die Verwirklichung dieses Prinzips?

„Durch den 4. Abschnitt liefert Deutschland seine Kolonien und seine unter verschiedenen internationalen Konventionen in Afrika erworbenen Rechte an die Alliierten aus."

Punkt 7 von Wilson:

„Belgien muß, wie die ganze Welt übereinstimmen wird, geräumt und wiederhergestellt werden, ohne jeden Versuch, seine Souveränität, deren es sich ebenso wie alle anderen freien Nationen erfreut, zu beschränken."

Gewiß, zu dieser Grundforderung hat sich Deutschland immer wieder erklärt.

Aber heißt es Wiederherstellung, wenn ihm neben Moresnet zwei deutsche Kreise, Eupen und Malmedy, zugesprochen werden, und ist es nicht eine Verzerrung des Selbstbestimmungsrechts, wenn die Bevölkerung dort innerhalb 6 Monaten dagegen protestieren darf, daß aber der Völkerbund — und welcher Völkerbund? — dann endgültig entscheidet?

Punkt 13 von Wilson:

„Es sollte ein unabhängiger polnischer Staat errichtet werden, der die von unbestritten polnischen Bevölkerungen bewohnten Gebiete einschließen sollte, dem ein freier und sicherer Zugang zum Meere zugesichert werden sollte und dessen politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit und territoriale Unversehrtheit durch internationale Abkommen garantiert werden sollten."

Und heut? Deutschland soll an Polen **den größeren Teil von Oberschlesien, Posen und die Provinz Westpreußen auf dem linken Weichselufer abtreten.** Ostpreußen soll durch einen Korridor vom Reich abgetrennt und Danzig eine „freie Stadt" werden, also aus dem Reichsverband ausscheiden.

Aber ich will Sie nicht Punkt für Punkt auf die Unvereinbarkeiten hinweisen.

Vom Völkerbund, der die Krönung und den eigentlichen Sinn dieses Friedensvertrages ausmachen sollte und der angeblich berufen war, jeden ferneren Krieg unmöglich zu machen, ist in diesem Dokument kaum mehr andeutungsweise die Rede.

Und auch die oft gehörte Behauptung, daß unsere Auffassung der 14 Wilson-Punkte von der Wilsons wesentlich abweiche, daß es sich also um Interpretationsverschiedenheiten handle, läßt sich angesichts des unversöhnlichen Widerspruchs zwischen dem Programm und der nunmehr vorliegenden Ausführung in gar keiner Beziehung mehr aufrechterhalten.

Zwei große Prinzipien beherrschten den Wilsonschen Gedankengang: Nationale Selbstbestimmung und Beseitigung aller wirtschaftlichen Schranken, also nationale und wirtschaftliche Unabhängigkeit.

Und was fordern heute die Alliierten und Assoziierten?

Besetzung der Rheinlande samt der Brückenköpfe auf längstens 15 Jahre, 15jährige französische Verwaltung des Saarbeckens unter Einschluß von Homburg, dann Zurückkauf der Kohlenlager gegen Gold und Volksabstimmung, für welche nationale Zukunft sich dies rein deutsche Land, diese rein deutsche Bevölkerung entschließen wolle.

Besonders bezeichnend, weil durch keinerlei noch so fern liegende Begründung zu belegen, ist die geforderte Abtretung der Nordostecke von Ostpreußen an die assoziierten Mächte.

So sieht unser nationales Selbstbestimmungsrecht aus.

Und unsere wirtschaftliche Unabhängigkeit?

Das Dokument von Versailles wimmelt von Durchbrechungen dieses zweiten großen Prinzips.

Soll doch unser gesamter Besitz und alle Einnahmen Deutschlands sowie der deutschen Gliedstaaten an erster Stelle für Bezahlung der Posten der Wiederherstellungen sowie aller anderen Lasten haften, die sich aus dem vorliegenden Vertrage oder irgendwelchen sonstigen Abmachungen zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten seit Abschluß des Waffenstillstandes ergeben.

Aber ich will nur die eine,

die ungeheuerlichste Bedingung

anführen: Innerhalb der nächsten 2 Jahre soll Deutschland **20 Milliarden Mark in Gold, in Waren, Schiffen usw.** bezahlen, und zwar auf Grund einer uns zu präsentierenden Schadenersatzzahlung, die — **im Jahre 1921 festzustellen sein würde!**

Zwei Jahre soll unser Wirtschaftsleben, unsere gesamte handelspolitische Gestaltung, die Lebensführung des einzelnen wie des ganzen Volkes

unter dem Damoklesschwert einer unbekannten Forderung

stehen, das jede Voraussicht und jede Berechnung im Stücke bannen kann.

Das soll unsere wirtschaftliche Unabhängigkeit sein!

Meine Herren, jedes weitere Wort würde die Unmöglichkeit und Unbarmherzigkeit dieser Bedingungen abschwächen, die nichts anderes ist als

ein befristetes Todesurteil!

Meine Damen und Herren! Die Reichsregierung muß auch dieses jedes Gefühl aufwühlende Dokument des Hasses und der Verblendung politisch nüchtern behandeln.

Sie würde ihre Pflicht aufs schärfste verletzen, wenn sie sich Empfindungen überlassen wollte, die — das dürfen Sie mir glauben — ihr ebenso nahe liegen, wie den meisten von Ihnen.

Sie kann sich allerdings nur schwer zu dem Glauben verstehen, daß unsere Gegner in dieser ernstesten Stunde der Welt eine Art Abhandlungsprogramm vorgelegt haben, um das nun der Schacher losgehen kann.

Sie hofft daher eine Einigung nicht vom Handeln, sondern vom Verhandeln.

Und in diesem Sinne hat sie die Delegation in Versailles angewiesen, alldas, was ich vor Ihnen auszuführen die Ehre hatte, den feindlichen Regierungen in einer Note darzulegen, gleichzeitig die gewünschten Gegenvorschläge innerhalb der vorgesehenen Frist in Aussicht zu stellen und schließlich um die Anbahnung mündlicher Aussprache zu ersuchen, in denen vor allem Auskunft über die Gründe zu erteilen wäre, welche zur Aufstellung dieser oder jener Forderung geführt haben.

Die Reichsregierung will zu Verhandlungen, will zum Frieden kommen.

Ein gemartertes Volk und Land, wie das unsere, verträgt keine heroischen Gesten.

Was Graf Rantzau im Namen der Delegation sagte: „Wir werden das uns übergebene Dokument mit gutem Willen und in der Hoffnung prüfen, daß das Endergebnis unserer Zusammenkunft von uns allen gezeichnet werden kann", hat er ganz im Sinne der Reichsregierung gesagt.

Wir werden diesen Jakobskampf mit dem Engel des Friedens mit allen Kräften führen, mit unsern, ich darf sagen: auch mit Ihren und hoffentlich mit allen Kräften unseres gesamten Volkes.

Auf Antrag der Abgg. Groeber und Haußmann vertagt sich hierauf der Friedensausschuß auf eine halbe Stunde.

Die Erklärung der Parteien.

Nach der Pause machte

Präsident Fehrenbach

nachstehende Mitteilung: In Uebereinstimmung mit den Führern sämtlicher Parteien habe ich folgende Erklärung abzugeben:

Der Herr Ministerpräsident hat mit Recht den Friedensvertrag, so wie er uns von unseren Feinden vorgelegt wurde, für **unerträglich und unerfüllbar** erklärt; er hat zugleich dargetan, daß Verhandlungen mit unseren Gegnern eingeleitet würden. Wir sind damit einverstanden, daß auf diesem Wege der Versuch gemacht werde, einen Frieden zustande zu bringen, der für das deutsche Volk erträglich und erfüllbar ist.

Ich berufe auf Wunsch aller Fraktionen **das Plenum der Nationalversammlung auf nächsten Montag, den 12. Mai, nachmittags 3 Uhr,** nach Berlin ein. Die Mitglieder des Friedensausschusses werde ich alsbald zusammenberufen. Hierauf schließt die Sitzung.

Die Abstimmung in Schleswig.

Versailles, 8. Mai. Aus dem Abschnitt Schleswig des Friedensvertrages ist noch hervorzuheben, daß die Abstimmung nördlich der Linie südlich Alsen bis nördlich Sylt eine Gesamtabstimmung dieses Abschnittes bilden soll, deren Mehrheit maßgebend sein wird. In der I. Zone bis zur Linie Ost-Nordost Flensburg verlaufend nach südlich Föhr und Amrum soll die Abstimmung nach Gemeinden stattfinden, wobei die Mehrheit jeder Gemeinde entscheidet. Im 3. Abschnitt bis zur Linie Schleimünde-Eidermünde soll ebenfalls die Abstimmung nach Gemeinden mit entscheidender Mehrheit jeder Gemeinde stattfinden.

Das Schicksal der Führer der Münchener Räterepublik.

München, 6. Mai. Ueber das Schicksal der Führer der Räterepublik sind noch immer die widersprechendsten Gerüchte im Umlauf. Es kann als sicher angenommen werden, daß Toller weder in Haft behalten, noch in München standrechtlich erschossen worden sei. Er hat sich offenbar wie Lewien und Levine-Nissen in Sicherheit bringen können. Dagegen ist der Kommunistenführer Sontheimer, der verhaftet worden war, nach einem Fluchtversuch erschossen worden. Unter den standrechtlich Erschossenen befindet sich auch ein ehemaliger Oberleutnant des 15. Infanterieregiments Furtenbach, ehemaliger Stadtkommandant von Miesbach. Pongratz hat ebenfalls das Schicksal ereilt. In seinem Besitz befanden sich noch mehrere Haftbefehle für Geiseln. Der Kommunist Schumann, der zu den Beratern des sozialistischen Ministers Dr. Neurath gehörte, und von dem der Entwurf zur Sozialisierung der Presse herstammt, ist von Bayern erschossen worden. Der Fall des württembergischen Journalisten Peter Lohmar erregt lebhaftes Aufsehen. Lohmar hatte sich den Kommunisten angeschlossen, sich aber in der letzten Versammlung der Betriebsräte, in der er die ersten Mitteilungen von der Erschießung der Geiseln erfuhr, gegen den Terror in aller Entschiedenheit gewandt. Er wurde verhaftet und beim Transport erschossen, angeblich, weil er sich zur Wehr gesetzt habe. Dabei ist Lohmar Kriegsinvalide und so gelähmt, daß er am Stock gehen muß und sich im Stehen kaum aufrecht erhalten kann.

Versammlung der Betriebsvertrauensleute und Funktionäre.

In der am gestrigen Donnerstag im Lehrervereinshause tagenden Funktionärversammlung galt es, zu den von Unabhängigen und Kommunisten verübten terroristischen Maßregelungen von Angehörigen der S. P. D. Stellung zu nehmen, den von der Vollversammlung der Arbeiterräte gefaßten Aechtungsbeschluß gegenüber den Angehörigen der Freikorps zu erörtern und gleichzeitig die Stellung der Partei zu diesen Truppen zu klären.

Genosse Franz Krüger gab in seinem Referat eine Uebersicht über die augenblickliche politische Situation, die unter dem Eindruck der imperialistischen Friedensbedingungen stände. Ein einiges Proletariat sei jetzt für Deutschland die dringendste Notwendigkeit. Es wäre ein Verbrechen am deutschen Volke, wenn man eine Einigung an den Personen einzelner Führer scheitern lassen würde. Man müsse aber dem entgegentreten, wenn die Unabhängigen einseitig nur unsere Führer beseitigen wolle, um dem Proletariat ihre „unkompromittierten" Führer aufzuhalsen. In den Gewerkschaften, Sportvereinen usw. sehe man jetzt, wie Parteigenossen, nicht ihrer Leistungen, sondern nur ihrer politischen Ansicht halber unterdrückt und herausgeekelt werden. Gegen einzelne Personen habe man, wie im Falle des Drehers Wollstein und des Genossen Richter, niedrigen Terror ausgeübt. Allenthalben versuche man wirtschaftlichen Boykott gegen Parteigenossen anzuwenden. Der Boykottbeschluß gegen die Freiwilligen der Regierungstruppen mache eine Klarlegung unseres Standpunktes zu diesen nötig. Man habe auf jeden Militarismus nach dem 9. November verzichten wollen. Es habe sich jedoch bald gezeigt, daß die zurückbehaltenen jungen Jahrgänge der Regierung keinen Rückhalt bieten konnten. Unter den heutigen Verhältnissen könne sich keine Regierung ohne Machtmittel halten. Man habe im Januar in großer Eile das militärische Rückgrat der Regierung bilden müssen. Selbstverständlich müsse man verhindern, daß reaktionäre Elemente in die Truppe eindringen, ebenso wie die Leute der äußersten Linken nicht in diese kommen dürfen. Es wäre dem Genossen Noske viel lieber, wenn sich nur parteigenössische Arbeiter melden würden. Gegen Offiziere und Kommandeure, die renitent seien, würde mit äußerster Strenge eingeschritten. Die Wiedereinführung strafferer Disziplin sei das einzige Möglichkeit, Truppen im Zaume zu halten und von Uebergriffen zurückzuhalten. Die Gewaltpolitik der Unabhängigen und Kommunisten gegen unsere Parteigenossen zwinge uns nun zu energischer Abwehr. Wir hätten uns immer korrekt zurückgehalten. Nun aber seien wir gezwungen, den Kampf aufzunehmen und mit den gleichen Waffen, die gegen uns geführt werden, uns zur Wehr zu setzen. Weichen die Gegner der Linken nicht zurück, so arbeiten wir von nun an mit den gleichen Mitteln wie sie gegen den Terror.

Sodann berichtete Genosse Dittmer über mit dem Reichswehrminister und der preußischen Regierung gepflogene Verhandlungen betreffend die Aufhebung des Belagerungszustandes und das gegen die „Republik" erlassene Verbot. Mit den ernsten im Sinn rein sozialistischer Politik erhobenen Vorstellungen habe man erreicht, daß das Staatsministerium sich in Kürze mit der Angelegenheit befassen wird, und daß eine Aufhebung der Verfügungen zu erwarten ist.

In der sich anschließenden Debatte wurde von den meisten Rednern an der Militärpolitik der Regierung Kritik geübt und das Verhalten der Offiziere sowie deren oftmals in Erscheinung tretende gegenrevolutionäre Gesinnung scharf gerügt. Es wurde von mehreren Rednern verlangt, daß der Genosse Noske mehr mit Parteigenossen zusammen arbeiten solle, als sich mit adligen altpreußischen Offizieren zu umgeben, die seine Tätigkeit in einer dem sozialistischen Sinne entgegenwirkenden Weise beeinflussen.

Genosse Gouverneur Schöpflin betonte, daß er, wo zu rügen sei, mit größter Schärfe gegen die Freikorps vorgehe. Im Falle der Auflösung des Depot 11 der R. S. W. habe er deutlich Fraktur geredet. Es wäre wünschenswert, wenn die Freikorps von Parteigenossen gebildet seien. Vom Generalkommando Lüttwitz sei einwandsfrei verfahren worden. Die Maifeier habe dort auch völliges Verständnis gefunden. Leider sei die Disziplin, die man fälschlicherweise den Freiwilligentruppen nachsage, nicht in genügendem Maße vorhanden. Noske tue man bitter Unrecht. Er sei ein überzeugter Sozialdemokrat, der sich weder von Offizieren einwickeln lasse, noch diesen in Fragen von Bedeutung eine Entscheidung überlasse.

Es wurde schließlich mit großer Mehrheit eine vom Referenten Krüger vorgeschlagene Entschließung angenommen.

Die Seestreitkräfte.

Sechs Monate nach Inkrafttreten des Friedensvertrages darf die deutsche Kriegsflotte nicht mehr als sechs Panzer vom Typ Deutschland oder Lothringen, sechs leichte Kreuzer, zwölf Zerstörer, zwölf Torpedoboote, dagegen kein einziges Unterseeboot mehr umfassen. Mannschaftsbestände dürfen einschließlich Offiziere 15 000 Mann nicht übersteigen, diese müssen durch freiwillige Stellungen für ununterbrochene fünfundzwanzig Jahre für Offiziere, für ununterbrochene fünfzehn Jahre für Unteroffiziere, Matrosen rekrutiert sein. Alle weiteren Ueberwasser-Kriegsschiffe, ferner alles Kriegsmaterial, welches Zahl und Quantität, wie sie von alliierten, assoziierten Regierungen festgestellt sind, übersteigt, alle Unterseeboote, Hebeschiffe, Docks werden ihnen von Deutschland ausgeliefert. Im Bau befindliche Schiffe werden zerstört, Hilfskreuzer, Hilfsschiffe werden entwaffnet, wie Handelsschiffe behandelt. Deutschland darf keine neuen Kriegsschiffe bauen oder erwerben, welche nicht zum Ersatz der deutschen belassenen Einheiten dienen.

Die Luftstreitkräfte.

Deutschland darf keinerlei militärische und maritime Luftschiffahrtskräfte mehr besitzen, ausgenommen sind hundert Wasserflugzeuge, welche es zwecks Aufsuchung von Minen bis spätestens ersten Oktober 1919 behalten darf. Das Flugpersonal muß demobilisiert werden, außer 1000 Mann, welche nur bis zum 1. Oktober 1919 in Dienst bleiben dürfen. Bis zur Räumung des deutschen Gebietes dürfen alliierte Flugzeuge Deutschland frei überfliegen und landen. 6 Monate nach Inkrafttreten des Friedensvertrages ist die Herstellung und Einfuhr von Luftschiffen und Luftschiffteilen in Deutschland verboten.

Gewerkschaftsbewegung

Vollzugsausschuß der Angestellten-Obmänner.

In der Sitzung der Angestellten-Obmänner der Fachgruppen 12, 13, 14, 15 gelangte der Antrag eines Mitgliedes der Versammlung auf Zusammenschluß der beteiligten 4 Fachgruppen zu einer Front zu fast einstimmiger Annahme. Durch Zuruf gewählte Obmänner bilden eine Kommission, die der demnächst einzuberufenden Vollversammlung die Obleute empfehlen werden, die aus der Mitte der Angestelltenobleute aller 4 Fachgruppen heraus zu einem Vollzugsausschuß der Angestellten der gesamten Berliner Metall-Industrie gewählt werden sollen. Damit ist dem V. B. M.-I. die geschlossene Einheitsfront der Angestellten entgegengestellt, und sichere Gewähr für einheitliches, solidarisches Vorgehen in den kommenden Verhandlungen und Kämpfen gegeben.

Unabhängige „Meinungsfreiheit".

Daß die unabhängigen Versammlungsbesucher jeden, der eine ihnen entgegengesetzte Auffassung vertritt, niederbrüllen, haben wir wiederholt feststellen müssen. Jene Kreise beweisen durch ihr Betragen nur, daß sie das Wort Freiheit wohl im Munde führen, in Wirklichkeit aber weit intoleranter sind, als die reaktionärsten Kreise des Klerus. Ein alter Abonnent des „Vorwärts" und langjähriger Funktionär des Metallarbeiterverbandes teilt uns seine Erlebnisse in der letzten Bezirksversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Neukölln mit. Auf der Tagesordnung stand: Bericht von der letzten Generalversammlung und Stellungnahme zur nächsten Generalversammlung. An den Bericht schloß sich eine lebhafte Diskussion, welche bald das politische Gebiet erreichte. In kurzer Zeit wurde aus der Bezirksversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes eine solche der U. S. P. Ich hatte nun, so betont unser Gewährsmann, als Mitglied des Metallarbeiterverbandes und Mitglied der S. P. D. Gelegenheit, unfreiwilliger Zuhörer einer U. S. P.-Versammlung zu sein. Verschiedene Diskussionsredner hatten sich eingehend mit den Aufgaben der Arbeiterräte beschäftigt. Sie betonten im allgemeinen, wie notwendig es wäre, über Rechte und Pflichten der Arbeiterräte aufklärend zu wirken. War man selbstverständlich ganz enttäuscht, daß die „Aufklärungsarbeit" mit der bekannten U. S. P. D.-Parole endete: Alle Macht den A.- und S.-Räten. Einige Redner hatten wieder das dringende Bedürfnis, nicht anwesende Personen in der üblichen Art und Weise mit Schmutz zu bewerfen.

Die „Höhe" der Politik wurde erreicht, als Barth, ehemaliger Volksbeauftragter, das Wort ergriff. Dieser Mann, der noch vor einem halben Jahre von der Notwendigkeit überzeugt war, daß wir nur durch Arbeit wieder hochkommen könnten, wies auf die Notwendigkeit der 24stündigen wöchentlichen Arbeitszeit hin. Er machte die Versammlung darauf aufmerksam, daß es nun endlich an der Zeit sei, die Expropriation durch die Expropriateure vorzunehmen. Um aus aller Not herauszukommen, hält es dieser selbe Barth für seine heiligste Pflicht, dafür zu sorgen, daß wir über den bestehenden Trümmerhaufen hinweg durch die Diktatur des Proletariats zum Sozialismus kommen müssen. Natürlich erntete er damit stürmischen Beifall.

Als Gewerkschaftler und Parteigenosse fühlte ich mich für verpflichtet, das Wort zu ergreifen. Ich machte die Versammlung darauf aufmerksam, daß man wohl über Nacht die Monarchie stürzen und die politische Macht erobern kann, daß es aber unmöglich ist, in demselben Atemzuge gleich den ganzen Wirtschaftsorganismus im Sinne des Sozialismus umzugestalten. Brüllender Lärm erhob sich, als ich das System der Rätediktatur kritisierte. Ich teilte der Versammlung mit, daß uns Rußland gerade genügend gezeigt hat, wie es **nicht** gemacht werden müsse. Während meiner Ausführungen wurde ich andauernd lärmend unterbrochen, so daß es mir nur mit Aufbietung aller Kraft möglich war, Gehör zu verschaffen. Ein nachfolgender Redner machte sich seine Aufgabe, mich zu widerlegen, sehr leicht, indem er einfach erklärte, der Vorredner hat durch seine Ausführung bewiesen, daß er von der ganzen Sache nichts versteht. (Stürmischer Beifall.) Hierbei zeigte es sich wieder einmal, wie die Freiheit in Wort und Schrift von den Unabhängigen auf das allergemeinste verletzt wird. Zum Schluß noch einige Worte an meine eigenen Parteigenossen. Als ich sprach, sah ich manchen Genossen meiner Partei. Obwohl verschiedene öffentlich ihre Ansicht vertreten können, haben sie schweigend die Kraftworte der U. S. P. eingesteckt. Ich halte diese Schweigetaktik für falsch, ja sogar für schädlich. Sind wir uns nicht bewußt, daß wir unter viel schwierigeren Verhältnissen die Interessen unserer Organisation wahrgenommen haben, als dies heute einige November-Sozialisten zu tun belieben? Darum, Genossen, heraus aus der Reserve und hinein in die Versammlungen, wo es gilt, unsere politische Ueberzeugung mit voller Kraft zu vertreten.

Gesinnungsschnüffelei bei Bankangestellten.

Ein Angestellter der Commerz- und Diskonto-Bank teilt uns mit, daß die von uns wiederholt im „Vorwärts" gerügte Gesinnungsschnüffelei seitens der Deutschen Bank gegen ihre Beamten auch bei anderen Banken im Schwange ist. In besonders scharfer Weise gehe die Commerz- und Diskonto-Bank gegen ihre Beamten vor. Die genannte Bank habe sich nicht einmal davor gescheut, ihrem Kantinenpersonal, das ganz und gar nichts mit dem eigentlichen Bankbetrieb zu tun hat, die 30 Proz. Streikabzug zu machen. Dabei hat dieses Personal täglich im Einverständnis mit der Streikleitung in der Kantine gearbeitet, um das Verderben der Lebensmittel zu verhindern. Nicht genug an dieser Härte, auch den Lehrlingen, die gar keinen Einfluß auf den Streikbeschluß und die Durchführung des Streiks hatten, hat man 30 Proz. ihres Taschengeldes in Abzug gebracht. Die Commerz- und Diskonto-Bank legte ihren Angestellten eine Erklärung nebst Quittung zur Unterschrift vor und macht die Bezahlung der Streiktage gleichfalls von der Leistung der Unterschrift abhängig. Der Angestelltenausschuß empfiehlt allen Angestellten, die geforderte Unterschrift zu leisten, um auf diese Weise es der Direktion unmöglich zu machen, die Schafe von den Böcken zu trennen.

Streik in der Privatgärtnerei des Herrn August Scherl.

Recht unleidliche Verhältnisse herrschen in der Privatgärtnerei des Herrn August Scherl. Herr Scherl, der es durch den „Berliner Lokal-Anzeiger" zu großem Reichtum gebracht hat, besitzt im Grunewald ein Gartengrundstück von reichlich 30 Morgen. Man sollte meinen, daß in einem derartigen Betriebe, der lediglich der persönlichen Liebhaberei eines vielfachen Millionärs dient, auch für die dort Beschäftigten gute Arbeitsverhältnisse bestehen. Das ist bei Herrn August Scherl leider nicht der Fall. Als im Januar d. J. ein Gärtner, der schon acht Jahre vor dem Kriege dort beschäftigt war, wieder eintreten wollte, wollte man diesen für den alten Friedenslohn, nämlich zu 60 Pf. für die Arbeitsstunde, beschäftigen. „Mangels vorhandener Beschäftigung" wollte man nicht mehr zahlen. Zu gleicher Zeit und auch heute noch beschäftigt man dort auswärtige polnische Mädchen. Erst durch Vorstellungen des Verbandes der Gärtner und der Militärbehörde erklärte man sich zur Zahlung eines höheren Lohnes bereit.

Jetzt verweigert die Firma Scherl Anerkennung des Tarifvertrages für die Landschaftsgärtnerei. Dieser Vertrag ist mit Zustimmung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen vor dem Schlichtungsausschuß Groß-Berlin geschlossen worden. Als nach erfolglosen Vorstellungen der Gärtner bei ihrem Betriebsleiter diese ihre Forderungen dem Verband der Gärtner übergaben, wandte sich der Verbandsleiter an den Privatsekretär des Herrn August Scherl, Herrn Pfützenreuter. Auf die telephonische Anfrage, wann und wo Herr Pfützenreuter für eine Verhandlung zu sprechen ist, erklärte dieser wörtlich: „Was kümmern Sie sich um unsere Privatangelegenheiten? Wir haben mit Ihnen nichts zu tun! Unsere Privatangelegenheiten geben Sie nichts an! Kümmern Sie sich um Ihre Sachen!" Darauf hing Herr Pfützenreuter den Hörer an. Die Gärtner haben als Antwort auf diese Unternehmerwillkür die Arbeit eingestellt.

Streik auf den Friedhöfen der Georgengemeinde.

Die auf den Friedhöfen der Georgengemeinde in der Landsberger Allee 21/23, am Königstor und in Weißensee beschäftigten Arbeiter sind in Streik getreten. Der Grund der Arbeitsniederlegung ist die Verweigerung des von dem Vorsitzenden des Gemeindekirchenrats den Arbeitern versprochenen Lohnes von 2 M. bis 2.20 M. für die Arbeitsstunde. Dieser Lohn ist auch bereits zur Auszahlung gelangt. In der Vorwoche wurde aber die Weiterzahlung dieses Lohnes verweigert. Diese Verschlechterung ihres Einkommens wollten sich die Arbeiter nicht gefallen lassen und traten in den Streik. Es handelt sich um Arbeiter, von denen der größte Teil 10 Jahre bis 25 Jahre im Dienste der Gemeinde stehen.

Deutscher Transportarbeiterverband.

Die Delegierten zur örtlichen Generalversammlung des Verbandes, welche auf dem politischen Standpunkte der S. P. D. stehen, werden zu einer Aussprache am heutigen Freitag, abends 7 Uhr, in das Lokal von Passer, Michaelkirchstr. 29, eingeladen. Mitgliedsbuch der S. P. D. und Delegiertenkarte legitimiert.

Pulverfabrik Spandau. Heute, Freitag vormittag, 10 Uhr Betriebsversammlung beid Weidner, Sternfelde bei Haselhorst. Anschließend daran Lohnzahlung.

A.-W. Nord. Heute nachmittag 3 Uhr Sitzung sämtlicher Arbeiterräte, Angestelltenausschüsse und Vertrauensleute im Lokal von Schrader, Alte Schönhauserstr. 23/24. Hierzu sind auch alle Funktionäre der S. P. D. nochmals besonders eingeladen. Die Information der Kollegen und Kolleginnen in den einzelnen Informationslokalen erfolgt nachmittags 6 Uhr durch die Vertrauensleute.

Parteinachrichten.

Stellungnahme zu den Friedensfragen.

Für kommenden Dienstag sind Versammlungen der Sozialdemokratischen Partei im Reiche vorgesehen. Die Sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung und der Parteiausschuß werden Sonnabend, 10. Mai, nachm. 3 Uhr, eine gemeinsame Fraktionssitzung in Berlin im Universitätsgebäude abhalten, um Stellung zu nehmen. Eine frühere Stellungsnahme ist wegen der Reiseschwierigkeiten nicht möglich. Der Fraktionsvorstand legt besonderen Wert darauf, daß die Abgeordneten aus den Gebieten anwesend sind, die nach dem Versailler Entwurf eines Friedensvertrages von Deutschland weggerissen werden sollen.

An die sozialistische Lehrerschaft.

Ueberzeugt davon, daß in der Vereinigung aller aufrechten Sozialisten allein die Möglichkeit einer Zukunft, für die zu arbeiten es sich lohnt, beschlossen liegt, und daß die Gestaltung dieser Zukunft nicht dem planlosen Walten blinder Kräfte überlassen werden darf, sondern daß die Erziehung des Menschen zum Menschen die wichtigste Aufgabe der sozialistischen Arbeit ist, haben wir sozialistischen Lehrer und Lehrerinnen Groß-Berlins, die wir teils bei der S. P. D., teils bei der U. S. P. D. und teils bei der K. P. D. organisiert sind, uns zu einer Vereinigung zusammengeschlossen. Diese Vereinigung stellt sich die Aufgabe, alle Fragen der Erziehung und Bildung vom sozialistischen Standpunkt aus zu durchdringen und an der Verwirklichung der sich daraus ergebenden Forderungen mitzuarbeiten.

Wir bitten die sozialistischen Kollegen in Stadt und Land, möglichst rasch sich zu gleichartigen Vereinen zusammenzuschließen und mit unserem Schriftführer in Fühlung zu treten. Besonders empfohlen wird, zu versuchen, wie es in Berlin mit Erfolg geschehen ist, alle drei Parteirichtungen zu gemeinsamer Arbeit für sozialistische Schulideale zu vereinigen.

Wir haben es uns zur Aufgabe gestellt, einen kräftigen Verband aller sozialistischen Lehrer und Lehrerinnen ganz Deutschlands und Deutschösterreichs ins Leben zu rufen.

Zu diesem Zwecke werden wir einen Vertretertag aller Vereinigungen zum 10. Juni nach Berlin einberufen, auf dem die Verbandsgründung vollzogen werden soll.

Wir bitten, die Wahlen zu dieser Tagung rechtzeitig vorzunehmen. Auf je 50 Mitglieder eines örtlichen Vereins entfällt je ein Vertreter. Auch örtliche Vereine mit weniger als 50 Mitgliedern haben das Recht, einen Vertreter zu entsenden. Alles nähere teilen wir den mit uns in Fühlung stehenden Vereinen schriftlich mit. Außerdem werden wir die Einladung zur Tagung durch die Presse und die Zeitschrift „Die neue Erziehung" ergehen lassen.

Genossen und Genossinnen, sorgt dafür, daß unser Ruf überall gehört wird, helft uns bei der gemeinsamen Arbeit am sozialistischen Neubau der Bildung und Erziehung unseres Volkes.

Berlin, im Mai 1919.

Die Vereinigung sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen Groß-Berlins.

Auskunft über alle Fragen, die den Vertretertag betreffen, erteilt Genosse H. Grummann, Berlin NW 5, Birkenstr. 10 II.

Verantwortlich für Politik: Artur Zickler, Charlottenburg, für den übrigen Teil des Blattes Alfred Scholz, Neukölln, für Anzeigen Theodor Glocke, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3.
Hierzu 2 Beilagen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Tel.: Amt Moritzplatz 106 23, 3578. Verwaltung Berlin. Bureau: Berlin, Rungestraße 30.

Sonntag, den 11. Mai 1919, vorm. 9½ Uhr, in den Konkordia-Festsälen, Andreasstr. 64:

Gemeinsame Vertrauensmänner-Versammlung

sämtlicher Bezirke und Branchen.

Tagesordnung:

Der Stand unserer Lohnbewegung.

83/19 Die Ortsverwaltung.

Rat der stellenlosen technisch. Angestellten.

Achtung, Kollegen!

Große

Oeffentliche Versammlung

am 9. Mai d. Js., abends 6 Uhr, in der Aula der Gemeindeschule, Berlin W., Winterfeldtstr. 16.

Tagesordnung:
1. Bericht über die Notstandsarbeiten der Stadt Berlin.
2. Allgemeines und Diskussion.

Techniker, Werkmeister, Ingenieure, Architekten usw. sorgt für Massenbesuch!

Oeffentl. Versammlung

am Sonntag, den 11. Mai, vorm. 10 Uhr, in den Germania-Prachtsälen, Chausseestraße.

Thema:

Die Rettung der Revolution!

Redner: 2667b*

E. Brolat, Mitglied des Vollzugsrats
Artur Zickler, Redakteur, Berlin.

Eintritt frei! Eintritt frei!

„Aufbau und Werden",
Gesellschaft für praktische Volksaufklärung.

Achtung

Artilleriewerkstatt - Süd

Die nächste Lohnzahlung findet am Freitag, den 9. Mai 1919, gewerkweise und zu nachstehend aufgeführten Zeiten in der Kantine statt:

Gewerke bezw. Dienststelle		Zeit der Zahlung
Ng. 1	B. 18	von 10 bis 11½ Uhr
Dr. 2	T. 18	
Dr. 3	Hs. 2	
Fr. 1	Ng. 3	
Fr. 2	B. 5	
Ng. 2	K. 17	von 11½ bis 1 Uhr
K. 6	Wz. 1	
Ng. 7	Or. 1	
Or. 2	Rp. 1	
Rp. 2	Ng. 3	
La. 1	An.	
La. 2	Ng. 6	von 1 bis 2 Uhr
K. 21	Zb. 1	
Ng. 9	Hs. 1	
T. 4		
Arbeiter-Bureau		
Wz. 2	Dr. 1	
Ng. 55		
T. 15	Ng. 9	von 2 bis 3 Uhr
Arbeitsbureau männlich		
Lagerbureau		
Arbeitsbureau weiblich		

Es wird zur Vermeidung von nachträglichen Auszahlungen dringend ersucht, die angegebene Zeit genau innezuhalten. — Die Lohnzahlbeamten melden sich 9 Uhr vormittags in der Kasse zum Geldempfang.

Spandau, den 7. Mai 1919. 2234D

Artilleriewerkstatt - Süd.

In der Poliklinik für Frauen, Kaiserstr. 34 (nahe Alexanderplatz) halte ich Montag, Mittwoch und Freitag von 10 bis 11 Uhr Sprechstunden f. innere und Kinderkrankheiten. Dr. med. Sophie Höfer. 8319

Blüthner-Piano wie neu, 2150 M. Stutzflügel-Piano sehr billig. Pianospeicher Alexanderstr. 37 (Alex.-Platz).

MÖBEL

für Brautleute und heimgekehrte Krieger

Meine Möbellager sind sehenswert und umfassen 4 Etagen

AUSWAHL wie im Frieden

Spezialität

Ein-, Zwei- u. Dreizimmer-Einrichtungen

Gediegene Schlafzimmer, Speise- u. Herrenzimmer, Farbige Küchen

Der verwöhnt. Geschmack findet bei mir das Passende

Schreibtische, Bettstellen, Umbauten, Sofas, Tische, Stühle

Ansicht ohne Kaufzwang! Auf Wunsch Teilzahlung!

Möbel-Haus

A. Damitt

Rosenthaler Str. 46-47 und Müllerstrasse 181

Künstliche Zähne

in eleganter, moderner Ausführung! Goldkronen! Zähne ohne Platte! Plomben! Zahnziehen m. Betäub.

Teilzahlung wöchentlich, monatlich.

Umarbeitung alter Gebisse und Reparaturen sofort!

Zahn-Praxis M. Löser, Brunnenstr. 185
zwisch. Rosenthal. Pl. u. Invalidenstr. Spr. 8-1, 3-7, Sonnt. 9-12

Allgemeine Ortskrankenkasse für Nowawes u. Umgeg.

Am Freitag, den 16. Mai, abends 8 Uhr, findet im Eisenbahn-Hotel, Eisenbahnstraße 11, die

Ordentliche

Ausschuß-Sitzung

statt, zu der die Mitglieder des Ausschusses hierdurch ergebenst eingeladen werden.

Tagesordnung:
1. Vorlage des Rechnungsabschlusses für 1918.
2. Bericht der Rechnungsprüfungs-Kommission und Entlastung des Vorstandes und der Verwaltung.
3. Aenderung der Dienstordnung. 275/9
4. Aenderung der Satzung.
5. Sonstige Kassenangelegenheiten.

Nowawes, den 6. Mai 1919.

Der Vorstand.
gez.: Wilk, 1. Vorsitzender.

Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin-Pankow.

Die ordentliche Ausschußsitzung findet am Montag, den 19. Mai 1919, abends 6 Uhr, im Restaurant von Korzydi, Berlin-Pankow, Kreuzstraße 3/4, statt. 275/10

Tagesordnung:
1. Verlesung der Niederschrift über die letzte Sitzung.
2. Bericht des Kassenvorstandes.
3. Abnahme der Jahresrechnung für 1918.
4. Beschlußfassung über einen Antrag auf Aenderung der Dienstordnung, die Neuregelung der Gehälter betreffend.
5. Antrag des Vorstandes auf Erhöhung des Beitrages von 5 auf 6 vom Hundert (§ 47 der Satzung).
6. Antrag des Vorstandes auf Abänderung der Krankenordnung.
7. Verschieden. Kassenangelegenheiten.

Die Herren Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten werden gebeten, pünktlich und vollzählig zu erscheinen.

Der Vorstand.
Otto Altmann,
Vorsitzender.

Piano, Harmonium, Flügel, neu, gebraucht, Bechsteinflügel, verkauft billig Graß, Oranienstr. 166 III.

Ortskrankenkasse für das Maurer-Gewerbe zu Berlin

C 25, Hankestraße Nr. 4.

Einladung

zu der am Freitag, d. 16. Mai 1919, pünktl. 7½ Uhr abds. im Gasthaus „Hindenburg", Berlin C. Hankestraße 4, stattfindenden ordentlichen

Ausschußsitzung

der Vertreter der Arbeitgeber und Kassenmitglieder.

Tagesordnung:
1. Vorlegung des Rechnungsabschlusses über das Geschäftsjahr 1918 sowie Bericht des Rechnungsausschusses über die Prüfung der Jahresrechnung 1918 und Beschlußfassung über die Abnahme derselben.
2. Abänderung der Dienstordnung für die Angestellten der Kasse.
3. Bericht über das Genesungsheim der Kasse.
4. Mitteilungen des Vorstandes.

Berlin, den 9. Mai 1919.

Der Vorstand der Ortskrankenkasse für das Maurergewerbe zu Berlin.
A. Vogel, Vorsitzender.
R. Freund, Schriftführer.

Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin-Friedenau

Rheinstraße 9.

Einladung zur

Außerordentlichen

Ausschuß-Sitzung

am Montag, den 19. Mai cr., abends 7 Uhr, im Sitzungszimmer der Kasse, Rheinstr. 9, Vorderhaus 1 Treppe.

Tagesordnung:
1. Abänderung der Dienstordnung. 275/11
2. Verschiedenes.

Berlin-Friedenau, 7. Mai 1919.

Bauer, Vorsitzender. Ullrich, Schriftführer.

Moderne Beleuchtungskronen usw., elektrisch u. Gas. Solide Preise. Auf Wunsch bequeme Zahlung. **Fels & Co.**, Potsdamer Str. 56 I (Hochb. Bülowstr.)

Mordprozeß Liebknecht-Luxemburg.

In der fortgesetzten Vernehmung des Angeklagten Horst v. Pflug-Harttung gibt er auf Befragen an, er habe während der Fahrt nach dem Tiergarten mit Liebknecht gesprochen über den Schlag, den er erhalten hatte, und über das Ziel der Fahrt. Liebknecht habe erfahren, daß er nach Moabit gebracht werde. Das zum Transport Liebknechts bestimmte Kommando habe er, der Angeklagte, nicht selbst zusammengestellt, darum habe er als Führer sich nicht zu kümmern gehabt. Als er den Schuß auf Liebknecht abgab, sei es so dunkel gewesen, daß er nicht zielen konnte. Seine Absicht sei gewesen, Liebknecht zu treffen, um ihn fluchtunfähig zu machen, aber töten wollte er ihn nicht. Im Edenhotel habe er nicht mit Liebknecht gesprochen, sondern aus dessem Gespräch mit dem Polizeioffizier den Eindruck gewonnen, daß Liebknecht eine Persönlichkeit sei, die Achtung verdiente. Liebknecht habe eine sichere und ruhige Haltung eingenommen und das Gespräch mit den Worten beendet: „Die Masse wird kommen."

Angeklagter Oberleutnant v. Rittgen gibt an: Ich ging beim Transport im Tiergarten links hinter Liebknecht. Ich habe bei der Flucht Liebknechts geschossen, nachdem ich den ersten Schuß gehört hatte. Wer ihn abgegeben hatte, wußte ich nicht. Als ich schoß, habe ich Liebknecht gesehen, der 15 bis 20 Schritt vor mir ging. Ich habe zwei Schüsse abgegeben. Danach sah ich, daß Liebknecht fiel. Der erste Schuß fiel etwa eine Sekunde nach dem Halt-Ruf. Im ganzen sind

etwa 10 Schüsse

gefallen. Auf der Rettungsstation habe ich nicht gesagt, daß es Liebknecht sei. Der Transportführer v. Pflug-Harttung hat auch nichts gesagt. Damit hielt ich die Angelegenheit für erledigt. — Anklagevertreter K. G. R. Jörns: Warum hat der Angeklagte geschossen? — Angekl.: Weil der Transportführer geschossen hat, fühlte ich mich auch verpflichtet, zu schießen, auch sah ich den Angeklagten laufen. — K. G. R. Jörns: Vorhin sagte der Angeklagte, er wisse nicht, ob der Transportführer geschossen hat. — Angekl.: Ich habe nicht gehört, wer „Halt" gerufen hat, ob ich gesehen habe, daß der Transportführer geschossen hat, weiß ich nicht. Man kann ja in solcher Situation nicht auf alles achten. Auf weiteres Befragen gibt der Angeklagte an: Vor der Abführung Liebknechts stand eine Menschenmenge am Ausgang des Edenhotels, die drohende Aeußerungen gegen Liebknecht machte. Runge führte

mit großer Wucht einen Kolbenschlag

gegen den im Auto sitzenden Liebknecht. Der Schlag wurde aber durch das Verdeck gemildert. Nach dem Schlage beugte sich Liebknecht nach rechts über, anscheinend, um sich vor weiteren Schlägen zu schützen.

Angeklagter Leutnant Stiege: Eine Verabredung zwischen uns war nicht möglich. Wir erhielten auf der Wache, wo ich war, Befehl, uns fertig zu machen, und fuhren dann im Auto nach dem Edenhotel. Vor diesem war unter der Menschenmenge ein Mann mit einem Gewehr, der sagte, Liebknecht kommt hier nicht lebendig durch. Ich warnte den Mann und sagte, er solle keine Dummheiten machen. Außer diesem Mann habe ich keine bewaffneten Soldaten in der Menge gesehen. Im Auto saß ich neben Liebknecht. Eine Menschenmenge umringte den Wagen. Runge, den ich damals nicht kannte, führte zwei Kolbenhiebe nach Liebknecht, der sich danach duckte und die Hände über dem Kopf zusammenschlug. Ich habe Dr. Liebknecht dann mehr stützend als festhaltend am Arm gefaßt. Er fiel mir nach den Schlägen nicht als besonders schwach auf. — Im Tiergarten sah ich, daß Dr. Liebknecht floh und daß der erste auf ihn abgegebene Schuß keine Wirkung hatte. Ich zog darauf meine Pistole und schoß zweimal nach dem Rücken Liebknechts. Vors.: Was wissen Sie von der Verwundung des Leutnants Schulze? Angeklagter: Ich sah auf der Unfallstation, daß Schulze stark blutete, und schloß daraus, daß er eine tiefe Wunde hatte. Schulze sagte, Liebknecht habe ihn mit einem Messer gestochen. — Geschossen habe ich, weil der Führer angeordnet hatte, beim Fluchtversuch wird geschossen, aber nicht mit dem Karabiner, sondern mit der Pistole, weil dieser minder gefährlich ist. Der Schuß des Führers war für mich der Befehl, zu schießen. — K. G. R. Jörns: Bei der Vernehmung hat der Angeklagte gesagt, er wisse nicht, ob der Führer geschossen hat. — Angekl.: Das ist richtig. Ich hörte, daß der Führer Halt rief und hörte einen Schuß, von dem ich annahm, daß ihn der Führer abgegeben hat. — Vors.: Hielten Sie es denn nicht für möglich, daß fünf junge kräftige Offiziere, auch ohne von der Schußwaffe Gebrauch zu machen, den fliehenden Dr. Liebknecht überwältigen konnten, zumal dieser durch die Kolbenschläge doch stark geschwächt war? — Angekl.: Das habe ich mir nicht überlegt.

Mit dem Angeklagten Kapitänleutnant Horst v. Pflug-Harttung, dem Führer des Transports, wird die Situation nach dem Aussteigen aus dem Auto im Tiergarten erörtert. Das Aussteigen geschah auf einem erleuchteten Fahrwege. Auf diesem hätte man an die Charlottenburger Chaussee gelangen können, die der Transport erreichen wollte, um dort einen Wagen zu suchen. v. Pflug-Harttung schlug aber nicht diesen Weg, sondern einen dunklen Fußweg ein. Auf die Frage, warum er das tat, sagte er, er kannte diesen Weg und wußte, daß er eine Biegung des Fahrweges abschnitt. Er habe den Fußweg gewählt, um den Weg abzukürzen.

Angeklagter Leutnant z. S. Schulze gibt an, als der Wagen mit Liebknecht vom Edenhotel abfuhr, sprang ein Mann auf das Trittbrett und schlug Liebknecht mit der Faust. Diesen Mann habe ich heruntergeworfen. Nachdem wir im Tiergarten ausgestiegen waren, sah ich Liebknecht an mir vorbeilaufen. Ich griff nach ihm und fühlte in demselben Augenblick, daß ich einen

Messerstich in die Hand

bekam und stark blutete. Wer mich gestochen hat, weiß ich nicht. Wo das Messer geblieben ist, weiß ich auch nicht. Auf der Rettungswache ließ ich die Wunde verbinden. Zum Schießen auf den Fliehenden kam ich nicht mehr.

Angeklagter Leutnant d. R. Liepmann gehörte gleich den vorigen Angeklagten zu den

Offizieren, die Mannschaftsdienst taten

und in dieser Eigenschaft zum Transport Liebknechts beordert waren. Er gibt an: Vor dem Edenhotel stand eine Menschenmenge, Hotelgäste und Passanten, die drohende Aeußerungen gegen Liebknecht machten. Im Auto saß ich neben Liebknecht. Als er einstieg, wurde von hinten auf seinen Kopf geschlagen. Das Blut lief über sein Gesicht und tropfte auf meine Hose. Liebknecht hielt die Hände nach dem Schlage auf den Kopf und sagte, es blutet stark. — Als das Auto im Tiergarten hielt, stiegen wir aus, der Führer fragte Liebknecht, ob er sich stark genug fühle, zu gehen, was er bejahte. Bei diesem Transport ging ich rechts hinter Liebknecht. Ich hörte hinter mir das Auto rattern, drehte mich um.

da lief Liebknecht fort,

ich griff nach meiner Pistole, hörte rufen, schoß und sah gleich darauf, daß Liebknecht, der etwa fünf Meter vor mir lief, fiel. — Das Messer, womit Leutnant Schulz gestochen wurde, habe ich auf der Unfallstation gesehen. Als die Leiche Liebknechts auf der Unfallstation abgeliefert wurde, wurde unter uns gesagt: „Wir wissen nicht, wer es ist." Ich dachte mir, daß sei eine Anordnung, die aus irgendwelchem Grunde getroffen sei und von uns befolgt werden müsse. Die Teilnehmer des Transports, die alle Mannschaftsuniformen trugen, waren mir nicht bekannt. Erst später erfuhr ich, daß es alle Offiziere sind. Als der Führer Liebknecht fragte, ob er sich stark genug fühlte zum Gehen, antwortete er: „Wenn es sein muß." Daraus schloß ich, daß er sich schwach fühlte. — Ueber den Waffengebrauch befragt, sagt der Angeklagte: Mir ist vom Führer nicht gesagt worden, daß wir bei einem Fluchtversuch schießen sollen. Aber wir wußten doch, daß es sich bei der Person Liebknechts um einen besonders gefährlichen Feind handelte und daß es unverantwortlich gewesen wäre, wenn wir durch Außerachtlassen der Instruktionen diesen gefährlichen Feind hätten entweichen lassen.

Der Angeklagte Liepmann wird außerdem beschuldigt, sich eine Befehlsgewalt angemaßt zu haben, um die Entlassung Runges von seinem Truppenteil zu veranlassen. Hierzu gibt der Angeklagte an: Runge kam zu mir und sagte, er werde von Spartakisten in seiner Truppe bedroht, er möchte deshalb entlassen werden. Ich schrieb einen Zettel an den Schwadronführer Runges mit der Bitte, Runge zu entlassen. Ich war mir gleich bewußt, daß das nicht meine Aufgabe war. Ich habe dem Schwadronführer entweder durch die Ordonnanz sagen lassen oder vielleicht auf den Zettel geschrieben, daß der Zettel vernichtet werden soll. Den Jäger Runge der Bestrafung zu entziehen, kam für mich gar nicht in Frage. Nur seine Versetzung wollte ich erwirken, weil er mich darum bat. — K. G. R. Jörns: Warum haben Sie sich deswegen nicht an die zweite Abteilung gewandt. Das war doch das Nächstliegende. — Angekl.: Es war wohl eine gewisse Großtuerei von mir, um einem Menschen, der von Spartakisten bedroht wurde, zu helfen. — Vors.: Warum haben Sie in der Voruntersuchung diesen ganzen Vorgang verschwiegen und ihn noch bestritten, nachdem ihn Rittmeister Schlegel der Wahrheit entsprechend angegeben hatte? — Angekl.: Ich habe es bestritten, weil ich mir bewußt war, daß ich meine Befugnisse mit dem Zettel überschritten hatte. Als ich erfahren hatte, was Rittmeister Schlegel ausgesagt hatte, sagte ich mir, jetzt könne ich meine Angabe nicht mehr aufrechterhalten. Ich habe sie dann widerrufen. — Anklagevertreter K. G. R. Jörns: Ist in dieser Hinsicht von irgendeiner Seite auf Sie eingewirkt worden? — Angekl.: Ich wüßte nicht, von wem. — K. G. R. Jörns: Vielleicht vom Hauptmann Pabst? — Angekl.: Der hat mit mir überhaupt nicht gesprochen.

Angeklagter Hauptmann Heinz von Pflug-Harttung war ebenfalls am Transport Liebknechts beteiligt. Er hat das Auto, in dem Liebknecht transportiert wurde, gefahren. Er war als Militärautoführer ausgebildet. Daß die Panne im Tiergarten durch seine Schuld veranlaßt sein könne, bestreitet er ganz entschieden. Als die Insassen nach der Panne das Auto verließen, hörte der Angeklagte, daß ihm sein Bruder zurief: „Treffpunkt Bahnhof Tiergarten."

Der Angeklagte Leutnant zur See Schulze wird gefragt, warum er sich auf der Unfallstation als Ulan ausgegeben habe. Angeklagter: Ich trug Mannschaftsuniform und hatte keine Veranlassung, mich als etwas anderes auszugeben, als was ich nach meiner Uniform war.

Vorsitzender K.-G.-R. Ehrhardt: Wir kommen jetzt zum

Fall Luxemburg.

Oberleutnant Vogel, in diesem Falle ist das Material für sie schwer belastend. Drei Zeugen wollen bekunden, daß Sie den Schuß direkt auf Frau Luxemburg abgegeben haben. Ich möchte Ihnen raten, die Tat zuzugeben und die Verantwortung dafür zu übernehmen.

Angeklagter Vogel: Ich bestreite das ganz entschieden. Ich war dienstlich im Edenhotel anwesend und bekam den Befehl, Frau Luxemburg nach Moabit zu transportiern. Ich suchte eine Gelegenheit, sie möglichst unauffällig aus dem Hotel zu bringen. Das war aber nicht möglich, weil die Treppen von Hotelgästen belagert waren, die den Abtransport sehen wollten. Ich fand dann einen Seitenausgang, der nach einer dunklen Straße führte, die fast ohne Verkehr war. Ich beschloß, Frau Luxemburg hier hinauszuführen und ließ meinen Wagen dort vorfahren. Als ich mit Frau Luxemburg herustrat, war der Wagen von einer Menschenmenge, Zivilisten und Soldaten, umringt. Deshalb änderte ich meinen Entschluß, Frau Luxemburg hier herauszubringen. Ich rief der Menge laut und vernehmlich zu, Frau Luxemburg sei bereits aus einem andern Portal hinausgebracht. Gleichzeitig rief ich meinem Chauffeur zu: Nach Hause. Wir fuhren bis nach der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche. Da gab ich dem Fahrer Befehl, nach dem Edenhotel zurückzufahren. Er fuhr am Hauptportal vor. Ich holte Frau Luxemburg. Als ich mit ihr herunter kam, stand in der Halle die ganze Menschenmenge, die ich vorher am Seitenausgang bemerkt hatte. Beim Heraustreten erhielt Frau Luxemburg von einem Soldaten mit Stahlhelm **zwei Kolbenschläge auf den Kopf.** Sie stürzte zu Boden, ich eilte von hinten herzu und versuchte, sie aufzuheben. Sie wurde dann mit Hilfe meiner Leute in den Wagen gelegt. Dann stiegen meine Leute ein, ich selbst setzte mich rittlings, mit dem Gesicht nach vorn, auf den Führersitz neben den Führer. Wir fuhren langsam durch die Menge. Ich sprach mit dem Führer darüber, daß wir nicht den direkten Weg nach Moabit einschlagen wollten. Da fiel hinter mir ein Schuß. Wer ihn abgegeben hat, weiß ich nicht. Eine Veränderung im Wagen habe ich nicht wahrgenommen. Ich glaube, gesehen zu haben, daß nach dem Schuß jemand vom Wagen herabsprang. Ein Soldat war es nicht. Frau Luxemburg lag im Wagen, den Kopf hintenübergelegt und die Augen offen. Wir bogen vom Kurfürstendamm nach dem Lützowufer ein.

An der Lichtensteinbrücke wurde unter meinen Begleitern die Aeußerung laut:

„Wir wollen die Leiche ins Wasser werfen."

Der Wagen wurde angehalten, wir nahmen die Leiche heraus und legten sie ins Gras am Ufer. Da hörte ich Schritte und Stimmen und sah, daß sich Regierungstruppen näherten und ein Maschinengewehr auf uns richteten. Ich rief: „Nicht schießen." Unser Ausweis wurde verlangt und von uns vorgezeigt. Dem Offizier, der die herangekommene Truppe führte, sagte ich: Unternehmen Sie nichts gegen uns, wir haben die Leiche der Frau Luxemburg. Der Offizier sagte: „Gott sei dank." Es kann auch eine andere ähnliche Bemerkung gewesen sein. Jedenfalls schien er erfreut über die Mitteilung, daß wir die Leiche der Frau Luxemburg habe und hat nichts gegen uns unternommen, um uns von unserem Vorhaben abzubringen. Nun wurde **der Körper der Frau Luxemburg ins Wasser geworfen** und wir fuhren auf einem anderen Wege nach dem Edenhotel zurück. Während der Fahrt überlegte ich mir, wie ich den Vorgang darstellen könnte, damit nicht ein schlechtes Licht auf uns oder gar auf die Division fallen könnte. Zunächst gab ich an, daß ich die Kolbenschläge, die Runge vor dem Hotel der Frau Luxemburg versetzt hatte, nicht gesehen habe. Nachdem durch die Aussage von Runges Kameraden die Schläge erwiesen waren, hatte ich keinen Grund mehr, zu leugnen, daß auch ich die Tat gesehen habe. Ich bin überzeugt, daß Frau Luxemburg schon tot war, als wir sie nach den Schlägen in das Auto haben. Als wir sie an der Lichtensteinbrücke ins Gras legten, hatte ich das Gefühl, daß sie bestimmt tot sei. Ich habe es zunächst so dargestellt, als ob uns die Leiche von einem Haufen Zivilisten geraubt worden wäre und daß wir, der Uebermacht weichend, die Leiche im Stich lassen mußten.

Anklagevertreter K.-G.-R. Jörns: Erst als ich den Angeklagten aufmerksam machte, daß er seine Angaben unmöglich aufrechterhalten könne, hat er sie geändert. —

Angeklagter Vogel: Jawohl. Nach dieser Aeußerung nahm ich an, der Division könne kein Nachteil mehr entstehen, wenn ich die Wahrheit sage.

Der letzte Angeklagte, Landwehrhauptmann Weller, drückt sein Erstaunen darüber aus, daß er überhaupt angeklagt wurde, denn er habe gar kein Interesse, die Täter zu begünstigen. Er gibt an: Ich hatte mit meinen Truppen die Gegend am Zoologischen Garten zu sichern und stellte Posten an der Lichtensteinbrücke auf. In deren Nähe traf ich Leutnant Jansen und Leutnant Röppke. Jansen sagte, die Leiche der Frau Luxemburg ist eben auf die Seite gebracht. — Vors.: Hat nicht Leutnant Röppke mit der Hand am Helm Ihnen gemeldet: Eben ist die Leiche der Frau Luxemburg ins Wasser geworfen, **wenn sie der Hauptmann sehen will, bitte, da schwimmt sie.** — Angekl. Weller: Ich kann mich dessen nicht erinnern. Als ich auf der Brücke stand, sah ich einen dunklen Gegenstand im Wasser treiben. Da kann vielleicht jemand gesagt haben: Da schwimmt sie. Vors.: Bei Ihrer ersten Vernehmung haben Sie gesagt, Sie wüßten nichts von dem Vorgang. Am anderen Tage erzählten Sie dann, die Leiche sei ins Wasser geworfen, aber gesehen hätten Sie niemand. — Angekl.: Zeugen für diesen Vorgang waren ja Jansen und Röppke. Ich wollte eine Vernehmung vor Gericht vermeiden.

Angeklagter Vogel gibt auf Befragen an, daß er dem Transport Liebknechts mit einem zweiten Wagen folgen sollte, um den Transport zu decken und für den Fall, daß der erste Wagen einen Schaden erleiden sollte, den zweiten zum Transport zu benutzen. Der Angeklagte hat diesen Auftrag nicht ausgeführt, weil, wie er sagt, sein Wagen sich schon am Edenhotel festgefahren hatte. Vors.: Befand sich in dem zweiten Auto ein Offizier? — Angekl.: Das weiß ich nicht. — Vors.: Ich halte Ihnen ernstlich vor, die Wahrheit zu sagen. — Angekl.: Darüber verweigere ich die Aussage.

Hierauf trat eine kurze Pause ein. Während derselben stürzte sich der Angeklagte Runge (der sich als geisteskrank ausgibt), auf seinen im Saale anwesenden Bruder, den er schreiend als einen Hauptspartakisten bezeichnete, der an seinem Unglück schuld sei, wurde aber durch dazwischentretende Soldaten an Gewalttätigkeiten verhindert.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlung beantragte der Verteidiger, diesen Zwischenfall zu protokollieren, weil er bezeichnend sei für die geistige Verfassung Runges.

Angekl. Runge ruft: Ich habe ersucht, meinen Bruder, diesen vaterlandslosen Gesellen, diesen Zuchthäusler hier nicht zuzulassen. Er ist aber doch hier. Wenn er morgen wiederkommt, werde ich mich auf ihn stürzen und ihn zu einer Leiche machen.

Der Zwischenfall wird protokolliert.

Der Sachverständige Geheimer Medizinalrat Dr. Strassmann gibt sein

Gutachten

über die an der Leiche Liebknechts festgestellten Verletzungen ab. Außer einigen unbedeutenden Hautabschürfungen ist eine Schädelverletzung festgestellt, die durch Kolbenschläge erfolgt sein kann. Ferner hat der Körper drei Schußwunden. Eine im Kopf. Der Einschuß war hinter dem linken Ohr, vorn am Schädel ist die Kugel ausgetreten. Die beiden anderen Schüsse gingen durch den Rumpf. Der eine davon hat keine schwere Verletzung verursacht, der andere traf den Rücken, durchschlug die Lunge und trat an der Brust wieder heraus. Dieser Schuß wäre an sich tödlich gewesen, aber der Tod ist infolge des Kopfschusses erfolgt, der das Gehirn verletzt und eine Gehirnblutung herbeigeführt hat. Der Lungenschuß hat eine nur geringe Blutung herbeigeführt, er muß also den Körper getroffen haben, nachdem der Tod infolge des Kopfschusses schon eingetreten war. Dieser Schuß hat das Gehirn und den Schädel verletzt. Ob auch durch die Kolbenschläge eine Schädelverletzung erfolgt ist, läßt sich nicht mit Sicherheit sagen. Die Schüsse haben den Körper von hinten getroffen, aber es sind keine Merkmale vorhanden, daß sie aus nächster Nähe abgegeben sind, das heißt, aus einer Entfernung von einem halben Meter bei rauchendem und etwas weniger bei rauchschwachem Pulver.

Die Sachverständigen Geheimer Medizinalrat Dr. Bier und Gerichtsarzt Dr. Marx schließen sich diesem Gutachten an. — Hofbüchsenmacher Barella begutachtet die Schußwirkung der hier in Frage kommenden Waffen.

Heute, Freitag, beginnt die Zeugenvernehmung.

Preußische Landesversammlung.

20. Sitzung, Donnerstag, den 8. Mai 1919.

Kurz nach 1½ Uhr wird die Sitzung eröffnet. Nach Erledigung zweier kleiner Vorlagen nimmt Ministerpräsident Hirsch das Wort zu einer Erklärung über die Friedensbedingungen der Entente, die im schärfsten Widerspruch mit der vom Hause kürzlich angenommenen Resolution ständen. Er sagte u. a.: Geschlossen muß sich jetzt das ganze Volk hinter die Reichs- und Staatsregierung stellen, damit diese ihre Aufgaben erfüllen können, um alles zu tun, um den geplanten Gewaltfrieden in einen wirklichen Frieden der Gerechtigkeit umzuwandeln. Das ist nur möglich, wenn das gesamte Volk, dem die Entente das Schlimmste zumutet, was je einem Volke angesonnen wurde, nämlich

sein eigenes Todesurteil zu unterschreiben,

hinter der Regierung steht.

Vizepräsident Dr. Frentzel: Ich bin beauftragt worden, im Namen einer großen Anzahl von Abgeordneten folgendes zu erklären:

Schon bei einer oberflächlichen Betrachtung der Friedensbedingungen, soweit sie bis jetzt uns bekannt geworden sind, möchte man kaum glauben, daß es möglich ist, daß der Machthunger des grausamsten Gegners sich zu Forderungen versteigt, wie sie unsere Feinde uns zu erfüllen ansinnen. Wir legen schärfsten Widerspruch ein gegen die Bedingungen, die es uns unmöglich machen würden, die Kulturaufgaben zu erfüllen, die wir erfüllen müssen, wenn wir leben wollen und die wir erfüllen müssen, wenn wir im Zusammenhang mit den übrigen nach Leben, Freiheit und Kultur ringenden Nationen auch das unsere tun wollen. Die schwerste Stunde, die Deutschland und insbesondere Preußen je erlebt hat, ist heute für uns angebrochen. Wir treten ihr mit Fassung und Würde entgegen, aber wir trauern auch aufrichtig und tief zugleich über das, was über uns trotz heldenmütiger Gegenwehr hereingebrochen ist, und wir hoffen, daß das ganze Land mit uns sich über den Ernst und die Schwere dieser Tage im Klaren ist, und daß es dies auch in seiner Haltung und Lebensführung zum Ausdruck bringen wird, daß insbesondere alle nichtigen und unnützen

Vergnügungen jetzt schweigen,

um nicht die Stimme der Trauer und des Ernstes zu übertönen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Adolf Hoffmann (U. Soz.) erklärt: Wie wir gegen den Gewaltfrieden von Brest-Litowsk und Bukarest Protest erhoben haben, so

protestieren wir jetzt mit aller Schärfe gegen den Gewaltfrieden von Versailles. Wir appellieren an die Proletarier aller Länder.

Sie werden den Gewaltfrieden der Entente zunichte machen durch die soziale Revolution.

Vizepräsident Dr. Frentzel schlägt vor, jetzt die Verhandlungen abzubrechen und ihn zu bevollmächtigen, Tag und Tagesordnung der nächsten Sitzung zu bestimmen.

Damit ist das Haus einverstanden.

Schluß 2 Uhr.

Stadtverordnetenversammlung.

Schulwesen und Krankenhäuser.

Vorsteher Dr. Weyl stellt fest, daß Uebereinstimmung zwischen Magistrat und Versammlung darüber besteht, daß auch den weiblichen Mitgliedern der Schul- und Waisenpflege-Kommissionen das volle Stimmrecht zuzubilligen ist. — Auf Antrag der U. Soz. wird beschlossen, den Magistrat um schleunigste Maßnahmen zur Abwehr der durch die Stockung in der Müllabfuhr drohenden Gesundheitsgefährdung zu ersuchen. Der Antrag Barkowski (Soz.) auf Verstadtlichung der Müllabfuhr geht an den Ausschuß zurück. — Der Antrag der Demokraten, den Magistrat zu ersuchen, den Uebelständen abzuhelfen, die im öffentlichen Fuhrwesen durch Ueberfordern der Taxen in Berlin eingerissen sind, gelangt einstimmig zur Annahme. Der Magistrat hat einem Antrage des Polizeipräsidenten, die Taxe zu erhöhen, in der Erwartung zugestimmt, daß nunmehr von den Polizeiorganen energisch dem Unfug gesteuert wird.

Etatberatung.

Zum Etat der Gemeindeschulen hat der Etatsausschuß eine Reihe von Anträgen zur Annahme empfohlen. Danach soll 1. verhindert werden, daß Schulkinder des Konfirmandenunterrichts wegen einen Teil des Schulunterrichts versäumen, 2. soll mit der weiteren Erbauung von Gemeindeschulen vorgegangen werden, 3. wird eine Vermehrung der Zahl der Schulärzte gefordert, 4. soll eine Erhöhung des Stundenhonorars für Privatunterricht bei gebrechlichen Kindern und für die Arbeitsstunden an den Gemeindeschulen eintreten. Ein weiterer Antrag auf Einführung der Lernmittelfreiheit soll dem Magistrat zur Berücksichtigung für 1920 überwiesen werden.

Stadtv. Merten (Dem.) spricht gegen die Anträge 2 und 4, will auch freie Lernmittel nur denjenigen Kindern gewähren, deren Eltern darauf antragen. — Stadtv. Hübener (Soz.) tritt in letzterem Punkte dem Vorredner mit Entschiedenheit entgegen und hält die Erhöhung der Stundenhonorare für durchaus geboten. — Stadtv. Leid (U. Soz.): Die Lernmittelfreiheit muß als Korrelat des Schulzwangs unbedingt gelten. Neue Schulen sind notwendig. Für die alten Lese- und Geschichtsbücher, die die Kinder zu einer elenden Knechtseligkeit erzogen haben, wollen wir allerdings keine Mittel bewilligen. — Stadtv. Cassel (Dem.): Auch wir wünschen, unsere Kinder zu freien, aufrechten Menschen erzogen zu sehen, die aber auch die Rechte anderer achten. Die neuen Anträge der Ausschußmehrheit nehmen gar keine Rücksicht auf die hart bedrängte Finanzlage. — Stadtv. Merten weist den Vorwurf, den Stadtv. Leid mit der Aeußerung über die Erziehung zur Knechtseligkeit gegen die Lehrer geschleudert habe, zurück. — Stadtv. Zubeil (U. Soz.): Nicht gegen die Lehrer ist damit irgendein Vorwurf gerichtet worden, sondern gegen den im monarchistisch-militaristischen Sinne zugestutzten Lehrstoff des abgetanen Regimes. Die Zuweisung der Lernmittel muß von dem Brandmal der Armenunterstützung befreit werden. — Stadtv. Koch (Bg. Vgg.): Es gibt Bauchrutscherei, Speichelleckerei, Servilismus und Byzantinismus auch nach unten; gegen diese Laster werden wir als aufrechte Männer stets ankämpfen. Die Anträge sind nichts als eine Verbeugung nach unten; wir lehnen sie ab.

Der Haushaltsplan für die Gemeindeschulen wird mit den sämtlichen Anträgen angenommen, zu 2. gleichzeitig ein Antrag der Demokraten, die Bewegung der Bevölkerung in den einzelnen Stadtteilen genau zu verfolgen und daraufhin event. neue Schulbauten zu beantragen.

In den Etats für

die Hospitäler und Krankenhäuser

hat der Ausschuß die Ausgaben für Seelsorge gestrichen, da es dem sozialistischen Programm widerspreche, für solche Zwecke öffentliche Aufwendungen zu machen. Von dem Demokraten Hallensleben wird dieser Ausschußvorschlag, der in Berlin die größte Erregung hervorgerufen habe, bekämpft; es handle sich hier großenteils um Verträge mit den Kirchengemeinden, sowie um Bestimmungen von Stiftungen, und die Verwaltung Berlins könne nicht in der Ausführung eines Parteiprogramms bestehen. — Stadtv. Koch: Mit diesem Beschluß würde die Mehrheit nicht nur ein Unrecht begehen, sondern sich auch blamieren. Es handelt sich nur um eine relativ kleine Summe, mit der man die Verpflegung der Hospitaliten wahrlich nicht wesentlich verbessern könnte. — Stadtschulrat Reimann: Der Magistrat hat zu dem Antrage noch nicht Stellung genommen. Es würde sich empfehlen, eine Magistratsvorlage abzuwarten. — Stadtv. Adolf Hoffmann (U. Soz.): Die „Erregung" war wohl bloß in der Märkischen Provinzialsynode vorhanden. Bisher hat man die Religion ja nur benutzt, um die Massen niederzuhalten. Wir wünschen, daß die Religion Privatsache werden soll. Für das seelische Wohl der Leidenden möge die Kirche eintreten. — Stadtv. Kobienzer (Soz.): Meine Freunde haben im Ausschuß für den Antrag gestimmt und werden es auch im Plenum tun, aus dem prinzipiellen programmatischen Grunde, wir verletzen dadurch weder die Toleranzidee, noch wollen wir einen neuen Kulturkampf heraufbeschwören. — Der Vorsteher bemerkt, daß der Etatsausschuß auch bereits eine Resolution beschlossen hat, wonach Seelsorgeausgaben nur soweit geleistet werden sollen, als sie auf rechtsverbindlichen Verträgen beruhen. — Während einer Erwiderung des Stadtv. Adolf Hoffmann verlassen die Mitglieder der Bürgerlichen Vereinigung zum Zeichen des Protestes den Saal; nach der Rede Hoffmanns kehren sie, von der Mehrheit mit Gelächter empfangen, auf ihre Plätze zurück.

In namentlicher Abstimmung wird der Abstrich der Ausgaben für die Seelsorge mit 75 gegen 41 Stimmen beschlossen.

Die Versammlung erledigt noch die Haushaltspläne für die Krankenhäuser, Irrenhäuser und Badeanstalten. Beim Medizinalamt tritt Stadtv. E. Wurm (U. Soz.) für alsbaldige Aufbesserung der Gehälter der Beamten ein. Zum Etat der Heimstätten gelangt ein Antrag auf baldige weitere Einrichtung von Wolderholungs-, Heilt- und Heilstätten zur Annahme. Auch die Etats für die städtischen Werke, für Polizeikosten usw., öffentliche Beleuchtung, Straßenreinigung, Parkverwaltung, Hoch- und Tiefbau werden noch verabschiedet und die Sitzung nach ½10 Uhr geschlossen.

Groß-Berlin

Wohnung für unsere Abgeordneten.

Da die Unterbringung der Mitglieder der Nationalversammlung zurzeit in Berlin große Schwierigkeiten macht, weil die Hotels, Gasthäuser und Pensionen überfüllt sind, werden Genossen, die in der Lage sind, Abgeordnete zu beherbergen, gebeten, umgehend telephonisch oder durch Rohrpostbrief dem Parteivorstand (W. Pfannkuch, SW. 68, Lindenstr. 3) mitzuteilen, ob sie in den nächsten Tagen einem Abgeordneten in ihrer Wohnung Aufnahme gewähren können.

Sanatoriumsfreuden.

Zu der in Nr. 216 veröffentlichten Schilderung der Zustände in dem Sanatorium „Bergstücken" bei Neubabelsberg liefert ein Leser uns einen weiteren Beitrag. Da er seine üblen Erfahrungen bereits im Frühjahr und Sommer vorigen Jahres gemacht hat, so möge die allzu verspätete Wiedergabe unterbleiben. Lehrreich sind aber die Mitteilungen dieses Einsenders insofern, als sie zeigen, wie verhängnisvoll die Mängel solcher Anstalten einem darin untergebrachten Kranken werden können. Er glaubte, das Sanatorium gegen den Willen der Aerzte verlassen zu sollen, und suchte Besserung seines Lungenleidens in einem Landaufenthalt. Als er dann die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte um Gewährung eines Kostenzuschusses bat, wurde dieser verweigert mit dem Bescheid, daß nach Ansicht der Sanatoriumsärzte eine Fortsetzung der Anstaltspflege nötig gewesen wäre. Die Mängel des Sanatoriums, die den Kranken zum Verzicht auf weitere Anstaltspflege genötigt hatten, schienen wohl der Versicherungsanstalt nicht so schlimm, daß sie jene Eigenmächtigkeit rechtfertigen konnten? Der Fall lehrt übrigens auch, daß der Versicherungsanstalt schon damals — wenn wir von vornherein nicht zweifelten — Klage über „Bergstücken" zu Ohren gekommen sind. Eine von diesem Pfleglling gegen den ablehnenden Bescheid der Versicherungsanstalt im Oktober 1918 beim Reichskanzler eingereichte Beschwerde blieb unbeantwortet, bis der Beschwerdeführer Anfang Februar 1919 mahnte, worauf in wenigen Tagen ein Bescheid vom Staatssekretär des Reichsarbeitsamts einging. Darin wird die Beschwerde als unberechtigt zurückgewiesen und zum Schluß erwähnt, daß von den gleichzeitig in der Anstalt verpflegten anderen Kranken keine Klagen laut geworden seien. Das ist uns allerdings nichts Neues, daß Beschwerdeführer die Antwort erhalten: Außer Ihnen hat niemand geklagt! In solchen Anstalten wird zwar über die empfundenen Mängel von fast allen Insassen andauernd geschimpft, aber zu einer Beschwerde an zuständiger Stelle entschließt sich selten einer. Wer es endlich doch tut, der muß sich dann sagen lassen, daß er der erste sei.

Nun aber Schluß!

Die Frechheiten gewisser reaktionärer Kreise werden unerträglich. So hat ein Pastor Göde von der Immanuellkirche an Mädchen, die bei ihm Konfirmandenunterricht hatten, am Montag vor dem 1. Mai gesagt, sie dürften der Maifeier wegen nicht fehlen, denn er wolle sie am Donnerstag setzen (!), das heißt nach Leistungen in eine Rangordnung bringen (im Religionsunterricht!) Eine Parteigenossin hielt ihr Kind doch zurück und dieses mußte dann am nächsten Montag arge Vorwürfe über sich ergehen lassen. Uebrigens sagte der Pastor den nichtklerikalen Eltern selbst, was sie zu tun haben, indem er meinte, solche Schülerinnen brauchten nicht zu ihm zu kommen. Uebrigens belieben auch manche Lehrer und Lehrerinnen eine merkwürdige Behandlung derjenigen Kinder, die im Auftrage ihrer Eltern die Mitteilung überbringen, daß sie nicht mehr am Religionsunterricht teilnehmen. Man zeige doch solche Fälle sofort bei der Städtischen Schuldeputation an.

Hauswirte, die es eilig haben.

Für Wohnungskündigungen oder Mietesteigerungen sind in den Mietsverträgen bestimmte Fristen festgesetzt. In dieser Zeit der Wohnungsknappheit ist aber bei den Hauswirten immer mehr das Verfahren in Aufnahme gekommen, sich mit ihren Mietesteigerungsplänen schon viel früher zu melden. Sollen wir uns freuen über die zarte Rücksichtnahme auf die Mieter, die so nicht erst im letzten Augenblick vor die Notwendigkeit hastiger Entscheidung gestellt werden? Ach, dem Mieter zu Liebe tut das gewiß kein Hauswirt, daß er bei vierteljährlicher Kündigungsfrist schon ein Halbjahr vorher die Absicht der Mietesteigerung kundgibt. Gewöhnlich wird dabei verlangt, daß auch der Mieter, lange vor Beginn des Kündigungsvierteljahres sich entscheidet, ob er die Mietesteigerung annimmt oder die Wohnungskündigung vorzieht. Ein Leser teilt uns mit, daß sein Hauswirt ihn schon im April auf die ihm zum Oktober zugedachte weitere Mietesteigerung „vorbereitet" hat, mit dem gleichzeitigen Ersuchen, sich bis zum 15. Mai zu entscheiden. Natürlich ist es bei dem jetzigen Wohnungsmangel für einen Mieter fast ganz unmöglich, sich bis Mitte Mai eine passende Wohnung zu sichern, die er erst zum Oktober beziehen will. In der Regel wird solche Vorausanmeldung der Mietesteigerung wie eine ihm auf die Brust gesetzte Pistole wirken, sodaß er widerstandslos sich die Einwilligung erpressen läßt. Zutreffend sagt der Einsender: „Die Kündigung in der Tasche haben und dann auf Wohnungssuche gehen, käme heute wohl gleich hinter dem Selbstmord." Mancher Hauswirt hofft vielleicht auch, das gefürchtete Mieteinigungsamt umgehen zu können, wenn ein Mieter im Unklaren darüber bleibt, ob die vorzeitige Benachrichtigung eine rechtsgültige Wohnungskündigung und Mietesteigerung ist oder nicht. Wir empfehlen allen Mietern, in solchen Fällen auf der Hut zu sein und ihren etwaigen Widerspruch gegen die beabsichtigte Mietesteigerung unverzüglich beim Mieteinigungsamt zu Protokoll zu geben.

Was wird aus „Kaiserlich Frohnau"?

Uns wird geschrieben: Es ist bekannt, daß die sehr reichen Begründer der Gartenstadt Frohnau vor einigen Jahren sich veranlaßt gesehen haben, ein sehr ausgedehntes und teilweise bereits völlig reguliertes Gelände dem Kaiser zur Errichtung von gemeinnützigen Anstalten, Offizierheimen usw., zu schenken. Infolge der politischen Umwälzungen ist „Kaiserlich Frohnau", wie diese Gründung sich nennt, vollständig auf den toten Punkt gestellt. Und warum? Lediglich weil dieses der Allgemeinheit zugedachte Gelände infolge der Schenkung „persönliches" Eigentum des früheren Souveräns geworden ist. Allem Anschein nach haben die beteiligten Kreise vorläufig weder Neigung noch Interesse, zur Flüssigmachung dieser gemeinnützigen, gebundenen Werte die Hand zu bieten. Der frühere Kaiser hat die Verwaltung des Geschenks in die Hand des Generalobergartens des Sanitätswesens gelegt, und dieses wieder hat sie einem früheren Forstmeister anvertraut. Beide können natürlich nicht frei verfügen. Dagegen sollte das Reichsarbeitsamt hier schnellstens den Hebel ansetzen, um ohne große Instanzenreiterei und Zeitverluste der Allgemeinheit zu geben, was ihr dem Sinne nach schon längst gehört. In „Kaiserlich Frohnau", für das ja wohl bald ein passenderer Name gefunden werden wird, können mindestens 10 000 Kriegsteilnehmer angesiedelt werden, die ihren Unterhalt in Berlin erwerben. Es bleibt dann immer noch genügend Platz für gemeinnützige Anstalten mannigfacher Art. Also, Regierung greif zu!

Die Auskunftsstelle des Ministeriums für wirtschaftliche Demobilmachung stellt ihre Tätigkeit ein und tritt als Auskunftsstelle zum Reichsschatzministerium, Reichsverwertungsamt, Abteilung Mobilien, Friedrichstraße 100, über. Anfragen in Demobilmachungsangelegenheiten müssen in Zukunft, soweit es sich um Groß-Berliner Betriebe usw. handelt, an den Demobilmachungs-Ausschuß Groß-Berlin, Rathaus, Königstraße, soweit Betriebe in der Provinz Brandenburg in Frage kommen, an die Demobilmachungskommissare Potsdam bzw. Frankfurt a. O. gerichtet werden. Ueber Fragen, die sich aus dem Arbeitsverhältnis ergeben, gibt die Auskunfts- und Beschwerde-Annahmestelle des Schlichtungs-Ausschusses Groß-Berlin, Schlegelstr. 2, Bescheid. Sprechstunde täglich 9—11.

Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen ist wiederum gefallen, und zwar auf 218 430 gegen 221 700 in der vorletzten Woche in den Städten Groß-Berlins. — Erwerbslose Frauen und Mädchen sollten die Gelegenheit nicht versäumen, sich in Hauswirtschaft und Säuglingspflege auszubilden. Wir machen daher noch einmal auf die hauswirtschaftlichen Kurse aufmerksam, die in den städtischen Wohlfahrtsbildungsschulen durch die Erwerbslosenfürsorge vollständig kostenlos für die Teilnehmerinnen eingerichtet sind. Der Kursus umfaßt 24 Wochenstunden und dauert bis zum 3. Juli. Die Teilnehmerinnen werden während seiner Dauer von der Stempelpflicht befreit. Bei regelmäßigem Besuch wird die Unterstützung laufend weiter gezahlt. Anmeldungen in den weiblichen Abteilungen des Arbeitsnachweises der Stadt Berlin, Rückertstr. 9.

Sozialisierung der Landwirtschaft.

Das Rittergut Bötzow, nördlich Spandau an der Kleinbahn Spandau-Velten, ist von der Zentralgenossenschaft des deutschen Siedlerbundes erworben. Es umfaßt rund 2100 Morgen vorzüglichen Boden für Obst- und Gemüsebau. Für Wasserberieselung ist Sorge getragen. Eine in der Nähe befindliche Müllverwertungsgesellschaft hat schon in Kompost übergegangenen jahrelang lagernden Dünger, welcher den Ansiedlern zur Verfügung steht. Das Gut liegt direkt an der Bahnstation Bötzow und ist über Spandau oder Stettiner Bahnhof—Velten direkt zu erreichen.

Die Mitglieder der Genossenschaft werden unter dem Rentengutsverfahren als freie Siedler angegliedert. Die Bewirtschaftung geschieht im einzelnen unter eigener Verantwortung oder in freien, sich bildenden Wirtschaftsgruppen. Der Grund und Boden bleibt unter dem Rückkaufsrecht der Genossenschaft, jede Bodenspekulation ist daher ausgeschlossen. Ein- und Verkauf aller Bedarfsartikel und Produkte geschieht gemeinschaftlich.

Die Verwaltung ist demokratisch, unter einer selbstgewählten Geschäftsleitung. Außer Gärtnern und Obstzüchtern können sich auch Handwerker, welche in der umliegenden Industrie Beschäftigung finden, ansiedeln. Auch soll in der Weiterentwicklung eigene Industrie durch die Genossen eingerichtet werden. Bei der Nähe Berlins ist große Absatzmöglichkeit gegeben. Die Geschäftsstelle des deutschen Siedlerbundes befindet sich in Berlin W, Linkstr. 28. (Amt Kurfürst 3661.)

Die nächste Vollversammlung der A.- und S.-Räte ist auf morgen Sonnabend, 10 Uhr vormittags, in die Kammersäle, Teltower Str., einberufen. Genosse Brolat hat die Einladung nicht unterzeichnet.

Die Versorgungsansprüche der deutschösterreichischen Kriegsteilnehmer.

Wir werden von der hiesigen deutschösterreichischen Gesandtschaft um Veröffentlichung der folgenden Mitteilung ersucht:

Alle deutschösterreichischen Kriegsinvaliden, sonstige Kriegsteilnehmer und Kriegerwitwen, welche Versorgungsgebühren zu fordern haben, sowie jene Invaliden, welche Prothesen beanspruchen, werden eingeladen, ihre Ansprüche womöglich persönlich ab 24. d. Mts. beim deutschösterreichischen Hilfs- und Wirtschaftsbund, Berlin C. 2, Burgstraße 17, von 9½ bis 1 Uhr oder 3½ bis 5½ Uhr ehestens bekannt zu geben.

Dort werden alle gewünschten Auskünfte erteilt, insbesondere über das in parlamentarischer Beratung der deutschösterreichischen Nationalversammlung stehende Gesetz über die Invaliden- und Hinterbliebenenversorgung. Die Mittel zur Beschaffung der Prothesen werden vom deutschösterreichischen Staatsamte zur Verfügung gestellt.

Ein Paket mit blutdurchtränkten Kleidungsstücken wurde Huttenstraße 8 gefunden. Das Paket enthielt eine blaue Tuchhose, eine Unterhose, zwei Hemden, ein paar Militärschuhe, einen Strumpf und einen grünen Hut, alles stark mit Blut bespritzt. Ob der unheimliche Fund mit dem geheimnisvollen Verbrechen in Charlottenburg zusammenhängt, muß noch geprüft werden. Die aufgefundenen Kleidungsstücke liegen im Zimmer 88a des Polizeipräsidiums zur Ansicht aus.

Ein Nachtwandler in Unterkleidern wurde im Tiergarten angetroffen. Der unbekannte Kranke scheint den bessergestellten Kreisen anzugehören. Er ist etwa 38—40 Jahre alt und mittelgroß, hat blondes Haar, blaue Augen, eine spitze Nase und dicke Lippen.

Siemens-Konzern. Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene aus Werkstatt und Bureau: Große Versammlung Sonnabend 4 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15. Einlaß nur gegen Fabrikeinlaß- oder Kassenkarte.
Der Einberufer: Brunner.

Ehemalige österreich-ungarische Soldaten erhalten rückständige Gebühren in der Kaserne Berlin, Grangelstraße bei der österreich-ungarischen Liquidierungsstelle. Alle Militär- und Legitimationspapiere mitbringen. Für die Zeit vor dem 1. November 1918 werden Forderungen nur auf Grund von Dokumenten erfüllt. Rückstände nach dem 1. November 1918 werden mit 50 M. abgetragt. Zivilkleiderentschädigung 100 M. falls nachweisbar, daß Kleider nicht zurückerhalten, sonst gegen Abfuhr von Mantel, Bluse, Hose. Einzelne Stücke werden nicht übernommen. Auszahlung wochentags von 9—1 Uhr. Namen mit A am 5. und 6. Mai, B 7—13. Mai, C am 13. Mai, D 14.—15. Mai, E am 16.—17. Mai. Weitere Verlautbarung erfolgt zeitgerecht. Auswärtige bringen schriftliche Forderungen ein mit Dokumenten belegt.
Oesterreich-ungarische Liquidierungsstelle.

Der Schutzbund deutscher Auswanderer in Breslau will dafür Sorge tragen, daß in der gesamten Auswanderungsfrage große wirtschaftliche Gesichtspunkte zur Geltung kommen, daß namentlich bei der gesetzlichen Neuregelung Vertreter der organisierten Auswanderer herangezogen, ihre Wünsche und Forderungen berücksichtigt werden und daß die Auswanderungsfrage nicht noch veralteten bureaukratischen Methoden behandelt wird.

Casino-Theater. Nur noch bis 22. d. M. „Vater Knolle" auf dem Spielplan. Freitag, den 23., zum ersten Male die Posse: „Weiberlist". Sonntag nachmittag 3½ Uhr der Schwank: „Mausi ist süß".

Die neue Radrennbahn Olympia-Park am Königsdamm in Charlottenburg wird am 11. d. M. eröffnet.

Ausbildung von Hebammenschülerinnen.

Für die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit ist eine verständnisvolle Mitarbeit der Hebammen von nicht zu unterschätzender Tragweite. Nach den amtlichen Feststellungen fällt ⅓ der Gesamtsterblichkeit im ersten Lebensjahre in die ersten 14 Tage des Lebens. In dieser kritischen Zeit sind die Hebammen fast die alleinigen Hüterinnen des Kindes. Es liegt somit auf der Hand, daß ein großer Teil der Neugeborenen nur mit Hilfe von in der Säuglingsfürsorge geschulten Hebammen dem Leben erhalten bleiben können.

Die Brandenburgische Provinzial-Hebammenlehranstalt in Neukölln bietet nun allen Hebammenschülerinnen Gelegenheit, im Anschluß an den neunmonatlichen Ausbildungskursus an einem dreimonatlichen Lehrgang als Säuglingspflegerin teilzunehmen. Bei der Zulassung zur Hebammenausbildung werden vorzugsweise solche Anwärterinnen berücksichtigt, die ihre Bereitwilligkeit zur gleichzeitigen Ausbildung in der Säuglingsfürsorge erklären. Für diese vorteilhafte erweiterte Ausbildung wird neben dem Ausbildungs- und Unterhaltsgeld, das für den Hebammenlehrgang zu zahlen ist, ein Zuschlag von nur 140 M. in der dritten und von 240 M. in der zweiten Verpflegungsklasse erhoben.

Anmeldungen zu den Hebammenkursen nimmt der Direktor der Provinzial-Hebammenlehranstalt Neukölln, Marienborfer Weg, entgegen.

Neukölln. Abgesehen von der Belieferung von Särgen, die voraussichtlich vom 1. Juli d. J. ab durch die Stadt erfolgen kann, liegt das gesamte Friedhofs- und Beerdigungswesen in Händen der Stadtgemeinde. Die Stadt stellt sämtliche Leichen- und Trauerwagen sowie die Leichenträger. Auch die Beförderung der Leichen von außerhalb nach den Neuköllner Friedhöfen erfolgt zu äußerst günstigen Preisbedingungen. Alle Aufträge und Bestellungen auf Instandsetzung und Pflege der Grabhügel und ihre gärtnerische Ausschmückung in jeder Ausführung — auch zu bestimmten Tagen — ebenso wie die Anträge auf Stellung von Leichenwagen usw. sind im Städtischen Friedhofsbureau, Rathaus, 1 Treppe, Zimmer 501, einzugeben. Daselbst auch jede Auskunft.

Spandau. Stadtratswahl. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten hatten die bürgerlichen unbesoldeten Stadträte zur Niederlegung ihrer Mandate veranlaßt. Bei der heutigen Neuwahl wurden drei Mehrheitssozialisten, drei Unabhängige und drei bürgerliche Stadtverordnete zu Stadträten gewählt. Weiter gab die Versammlung unter Zustimmung der Mehrheitssozialdemokraten ihr Einverständnis zur Gründung einer Baugenossenschaft Siemensstadt, an welcher die Stadt Spandau, die Märkische Heimstätten-Gesellschaft und die Siemenswerke beteiligt sind.

Schöneberg. Am Sonnabenden schließen die Bureaus der städtischen Bevölkerung in Berlin-Schöneberg für das Publikum um 2 Uhr, die Stadthauptkasse um 1 Uhr, die Spar- und Steuerkassen um 12½ Uhr.

Staaken. Gemeindevertretung. In den Kreistag wurde Buhl (U. Soz.) gewählt und zum vierten Schöffen Freyer (U. Soz.) gegen Trompler (Dem.). Durch diese Wahl haben die Unabhängigen wie-

der einmal gezeigt, daß sie da, wo sie die Mehrheit haben, gar nicht danach fragen, was recht und billig ist und was den parlamentarischen Gepflogenheiten entspricht, sondern sie wenden ihre Macht an, um die Minorität zu vergewaltigen.

Die vier Schöffen, welche zu wählen waren, hätten sich wie folgt verteilen müssen: U. S. P. 2, S. P. D. 1 und Dem. 1, gemäß der Zahl der Gemeindevertreter. Die ersten drei waren schon früher gewählt, zur Wahl stand nur noch der letzte Schöffe. Diesen beanspruchten nun die Unabhängigen ebenfalls für sich. Sie bemerkten, daß sie die Ansprüche der Demokraten anerkennen, auch die Person des Kandidaten sagte ihnen zu, jedoch die eventuell bevorstehende Wahl eines Gemeindevorstehers zwinge sie dazu, den Schöffensitz für sich zu beanspruchen. Nachdem dann die Demokraten mit Obstruktion gedroht hatten, unterhielt sich die Fraktion der U. S. P. noch einmal über die Frage und unterbreitete dann dem Kandidaten der Demokraten eine Erklärung zur Unterschrift, wonach er sich verpflichtete, denjenigen als Gemeindevorsteher zu wählen, den die Unabhängigen ihm benennen würden! Dieses Ansinnen wurde von Trompler (Dem.) abgelehnt. Infolgedessen kam das eingangs erwähnte Resultat zustande. Vor der Gemeindevertreterwahl hatten die beiden sozialdemokratischen Fraktionen ein Abkommen getroffen, wonach jeder der beiden Fraktionen zwei Schöffen zugesprochen wurden. Lediglich aus Gerechtigkeitsgefühl verzichteten unsere Genossen auf den vierten Schöffen, um den Ansprüchen der Demokraten, welche ja auch prinzipiell von den Unabhängigen anerkannt wurden, gerecht zu werden. Also man sieht auch hier wieder, sind die Unabhängigen in der Minderheit, dann verlangen sie alles was sich nur irgendwie begründen läßt, sind sie aber in der Mehrheit, dann üben sie Terror in der schlimmsten Form.

Siemensstadt. Die „Vorwärts“-Spedition befindet sich jetzt beim Genossen August Gruse, Voltastr. 5. Dort werden auch Bestellungen auf „Freie Stunden“, „Jakob“ usw. angenommen.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Berlin. Das vierte halbe Pfund ausländisches Weizenmehl wird nach vorheriger Voranmeldung durch Abgabe des ganzen Abschnitts 16 vom Freitag, den 16. Mai, ab auf den Abschnitt F 2 der Einfuhr-Zusatzkarte ausgegeben. Anstelle des ausländischen Weizenauszugsmehls kann man das höher ausgemahlene billige inländische Weizenmehl beziehen ohne Voranmeldung gegen Abschnitt 16 und F 2.

Mariendorf. 250 gr Amerikamehl (F D). Abschnitte 14 und 15 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte verlieren mit dem 8. Mai ihre Gültigkeit. Bezugsberechtigte, die bis zu diesem Tage das Mehl daraufhin nicht bezogen haben, verlieren jeden Anspruch. Es steht frei, anstelle des Amerikamehls inländisches Weizenmehl (F 2) zu entnehmen.

Nowawes. Bis auf weiteres auf Milchkarte zu ¼ Liter ¼ Liter.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Bezirksorganisation Groß-Berlin S. P. D.

Achtung, Arbeiterräte und kommunale Arbeiterräte!

Kursus für wirtschaftliche Fortbildung. Referent Ingenieur Genosse Dr. Alfred Striemer. 6 Montagsvorträge: 1. Geschichte und Grundbegriff der Wirtschaft. — 2. Geld, Kapital, Kredit. — 3. Wert und Preis. — 4. Organisation und Rentabilität wirtschaftlicher Betriebe. — 5. Wirtschaftlicher Welthandel. — 6. Sozialisierung und Kommunalisierung der Betriebe. Am 12., 19. und 26. Mai, 2., 16. und 23. Juni im Festsaal des ehemaligen Herrenhauses. Legitimation: Fraktionskarte und Parteimitgliedsbuch. **Kursusbeginn Montag, 12. Mai, 7 Uhr abends.**

Zentralstelle für die Einigung der Sozialdemokratie. Bezirk Osten. Heute, abends 7 Uhr, öffentliche Versammlung in der Aula Mandtstraße 10. Tagesordnung: Warum müssen wir uns einigen? Referenten: Gen. Heinrich Ströbel (U. S. P.), Gen. Büchel (S. P. D.).

Eisenbahner. Heute Freitag, 7 Uhr: Große Versammlung in Bullschmieders Festsälen, Badstraße. Wichtige Tagesordnung.

Briefkasten der Redaktion.

Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage füge man einen Buchstaben und eine Nummer bei. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Eilige Anfragen trage man in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, 3. Hof rechts, 4 Treppen, 4 bis 7, Sonnabends 3 bis 5 Uhr nachmittags vor. Schriftstücke und Verträge sind mitzubringen.

J. L. 19. Wenden Sie sich an die Erwerbslosenfürsorge, Breitestr. 36. — **B. R. 22.** 1. An den Truppenteil. 2. Gemeindevorstand, event. Bezirkskommando. — **E. R. 19.** Ja. — **F. 100.** Das Vermögensverzeichnis ist bis zum 31. d. Mts. einzureichen, auch wenn das Vermögen unter 20 000 M. ist. — **O. H. 100.** Das Enkelkind tritt an die Stelle der Mutter, erbt also den gleichen Anteil. — **E. Sch. 20.** 1. Ja. 2. Unter Zugrundelegung des mutmaßlichen Einkommens, welches Sie in der fraglichen Zeit haben. 3. Vom 1. Januar ab. 4. Von dem Einkommen des vorausgegangenen Kalenderjahres, wenn dieselbe Einkommensquelle noch besteht. — **P. 001.** 1. Die Ehefrau und Sie. 2. Nein, Geschwister gehören nicht zu den pflichtteilsberechtigten Erben. — **H. D. W. 44.** Beschwerde an das Kriegsministerium. — **A. W. 88.** Nein. — **A. R., Tegel 100.** Nein, falls Sie die Beerdigungskosten getragen haben. Im übrigen empfiehlt sich gütlicher Ausgleich. — **L. 285.** 1. Hängt von den Versicherungsbedingungen ab. 2. Gegen den Inhaber des Instituts. — **H. 20.** Zur Anmeldung sind Sie verpflichtet. Steuerpflicht besteht nach den bisherigen Bestimmungen nicht. **G. M. 24.** Sie können bei den genannten drei Stellen Anträge auf Beihilfe einreichen. Eine Verpflichtung besteht für die Versicherungsträger nicht. — **G. E. 100.** An den dortigen Amtsvorsteher. — **O. S. 1770.** Das ist möglich auf dem Wege der Ehelichkeitserklärung. Sie wenden sich am besten an einen Notar. — **H. 57.** Eine Abfindungssumme kann gewährt werden, wenn Bedürftigkeit nachgewiesen wird. Die Kinder beziehen die Rente weiter. — **E. Z. 86.** Nein. — **G. 61.** Ein solches Verbot besteht nicht. Es müssen die Behörden in Oesterreich angegangen werden. — **W. R. 92.** Bund für Mutterschutz, Uhlandstr. 143. — **23. J. A.** 1. Nicht bekannt. 2. Wenn gutes Kernleder, können Sie dies nicht tun. 3. In der Buchhandlung zu haben. — **H. E.** Nein. — **H. S. 60.** 1. Wenden Sie sich beschwerdeführend an das Kriegsministerium. 2. Falls Kündigung eingeht, rufen Sie unverzüglich das Mieteinigungsamt an. — **K. W. 39.** In dem ersteren Falle könnte nach den bestehenden Vorschriften die Unterstützung entzogen werden. In dem zweiten Falle ist die Entziehung zu Unrecht erfolgt. In dem letzteren Falle empfehlen wir, sich an die Zentrale für Erwerbslosenfürsorge, Berlin, Breite Str. 36, zu wenden. — **A. S. 12.** Die Invalidenmarken müssen trotz der Altersgrenze weitergeklebt werden, da für den Fall der Invalidität an Stelle der Altersrente die höhere Invalidenrente in Frage kommt. — **E. G. 33.** Nein. — **D. 15.** 1. An die Trainersatzabteilung. 2. Generalkommando eventuell Kriegsministerium. — — **S. 64.** Ja, bei der auf dem Schein bezeichneten Einkleidestelle. — **H. B. 1.** 1. Durch die Militärverwaltung nicht. 2. Landesversicherungsanstalt, falls Sie Angestellter sind, Reichsversicherungsanstalt.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittag: Trocken und überwiegend heiter, am Tage mild, in der Nacht zu Sonnabend ziemlich kühl, mäßige östliche Winde.

Sozialdem. Wahlverein Neukölln.
Nachruf.
Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser Mitglied
Alfred Scheffler,
Weichselstr. 17, nach längerem Krankenlager infolge einer Verwundung gestorben ist.
Die Beerdigung hat bereits stattgefunden.
Wir bitten, sein Andenken in Ehren zu halten.
287/12 Der Vorstand.

Sängerchor Vorwärts-Südost.
M. d. A.-S.-B.
An den Folgen einer im Felde zugezogenen Krankheit verstarb unser treues Chormitglied 56/16
Emil Seifert.
Stumm schläft der Sänger.

Dr. Scotti
Haut- u. Harn-Arzt
Erfolgreiche Behandlung
Rosenthaler Straße 69—70
in Heil-Anstalt „Löser“
10—1, 5—8, Sonntags 10—1.

Haut- und Harnarzt
Dr. med. Hascho,
Friedrichstr. 59, direkt am Stadtbahnhof.
Spr. 10—1 u. 5—8, Sonnt. 11—1.
Erfolgreiche Behandlung.

Haut- und Harnarzt
Dr. med. Geyer,
Friedrichstr. 131 (an der Karlstraße.)
Spr. 10—1, 5—8. 123/1*
Erfolgreiche Behandlung.

Wie ein Wunder
beseitigt San.-Rat Dr. Strahl's **Haussalbe** jed. Hautausschl., Flecht., Hautjuck., bes. Beinschad., Krampfadern der Frauen u. dergl., in Originaldosen à 2.75, 7.50 erhältlich in der „Elefanten-Apotheke“ Berlin SW 19, Leipziger Straße 74 (a. Dönhoffpl.)

Haut- und Harnarzt
Dr. med. Kochen,
Friedrichstr. 81 gegenüber Panoptikum
Königstr. 56-57 gegenüber Rathaus.
Spr. 10—1 u. 5—8, Sonnt. 10—1.
Erfolgreiche Behandlung.

Haut- und Harnarzt
Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125 Oranienburger Tor.
Spr. 11—1, 6—7. 1227*
Erfolgreiche Behandlung.

Dr. med. Laabs
Haut- u. Harnarzt.
Erfolgreiche Behandlung.
Königstr. 34/36
Alexanderplatz.
10—1, 5—8, Sonnt. 10—1.

Haut- und Harnarzt
Sanitätsrat Dr. Müller,
Friedrichstraße 190 II,
Eingang Kronenstraße.
Spr. 11—1, 5—7, Sonnt. 11—1.
Erfolgreiche Heilerfolge.

Sehr hohe Belohnung.
Dienstag Nacht gegen ½ 3 Uhr ist im Auto vom Kaiserhof über Lichtenberg nach Schöneweide ist und zurück nach Hotel „Weißes Haus“ Aktentaschen liegen geblieben. Wiederbringer erhält Abholungsprämie als Belohnung. Nach Abschluß, welcher wiedererkannt wird gefordert. 3683) Mietsch, Schreinerstr. 28, v. IV.

Kurfürstendamm.
Modernes Wohnhaus ohne Läden, mit kurzen, sehr billigen Mietsverträgen, besonders preiswert für M. 700 000 zu verkaufen. Das derzeitige Mietserträgnis von ca. M. 48 000 ist noch sehr steigerungsfähig. Jer. Schmidt Söhne, Leipzigerstr. 112, E. Mauerstr. Zentrum 12690—3 u. 3066.

Kaufe höchstzahlend:
Kabel, Litzen, Leitungsdrähte, Motore, Glühlampen,
sowie sämtliches
Installations-Material.
Elekt. Werkstätte d. Westens
Potsdamer Straße 54.
Kurfürst 2039. 5692

In Pankow
unweit Wollankstr., sehr gut zu erreichen, habe ich ein 1908 erbautes Wohnhaus mit 1-, 2- u. 3-Zimmerwohnungen bei sehr billigen Mieten von M 700,— M. für 350 000,— Mark bei einer Anzahlung von 100 000,— M. zu verkaufen. Näheres durch
Julius M. Bier
Leipziger Straße 20.
Zentrum 12250/53.

Pumpen
für jeden Zweck und Größe, kleinste Handpumpen zum Selbstaufstell. nach kostenlosen Anleitung. fachmänn. Rat.
Ältestes Spezialhaus
Viele Anerkennung
Carl Köchlin & Co.,
Berlin SW 68,
Alte Jakobstr. 20/22.

Steglitz.
In guter Verkehrsgegend habe ich ein 1910 erbautes hübsches Wohnhaus mit elektr. Licht, Warmwasser, Ofenheizung, 2 Läden, 3-, 5- und 4-Zimmerwohnungen bei billigen Mieten von 20 606,— M. für 325 000,— M. bei einer Anzahlung von 60 000,— M. zu verkaufen. 1690B] Näheres durch
Julius M. Bier,
Leipziger Straße 26.
Zentrum 12250/53.

Installationsgeschäft,
sicherer Existenz, aber sämtliche Materialien für Gas, Wasser und Elektrizität nebst Werkzeug wegen Grundstücksübernahme bil. zu verkaufen. Näheres bei Schulz, Charlottenburg, Philippistr. 11. Gartenh. 1.

Dr. Meyenberg
Arzt
für
Harnleiden
11—1 u. 5—7
Potsdamerstr. 27b

3 Kapellen Hippodrom
Clou
(Mauerstr. 82)
Wiener Praterleben
Karussell etc. Eintritt ab 7 M. 1,—

Mehrere 100 Waggonladungen
Ia Maschinen- u. Stechtorf
eigener und fremder Produktion, lieferbar sofort und auf Abruf Monate Juni bis Dezember haben noch abzugeben. Eilanfragen erbeten an 184/19
Oldenburg-Ostfriesische Kohlen- und Brikett-Vertriebsgesellschaft,
Oldenburg i. Gr. — Tel. 53, 54 u. [illegible] „Glückauf“.

Spezial-[illegible]
Uniformenfärben, in Zivilumarbeiten
in schwarz, braun, blau, grün, in 8 Tagen
sowie
Wenden, Umarbeiten, Neuarbeiten
von Herren- und Damengarderoben in 8 Tagen.
Stoffneuheiten. Stoffausstellung.
Außerdem wird jeder Artikel in 8 Tagen gefärbt,
Trauersachen in 48 Stunden.
Basch & Buczkowski, Friedrichstraße 63 I.

Umlernen muß heute die ganze Welt, jedoch gar mancher wird davon besonders schwer betroffen. Er muß den ihm lieb gewordenen Beruf aufgeben und steht damit vor einer fast unlösbaren Aufgabe. Das beste Mittel, sich einen neuen Beruf, eine bessere Stellung zu verschaffen, bietet die Methode Rustin (5 Direktoren höherer Lehranstalten, 22 Professoren als Mitarbeiter), ohne Lehrer durch Selbstunterricht unter energischer Förderung des einzelnen durch den persönlichen Fernunterricht. Wissenschaftl. geb. Mann, Wissensch. geb. Frau, Geb. Kaufmann, Geb. Handlungsgehilfin, Bankbeamte, Einj.-Freiw.-Prüfg., Abit.-Exam., Gymn., Realgymn., Oberrealschule, Lyzeum, Oberlyzeum, Mittelschullehrerprüfg., Zweite Lehrerprüfg., Handelswissenschaften, Landwirtschaftsschule, Ackerbausch., Präparand., Konservatorium. Ausführl. 60 S. starke Broschüre über bestandene Examen, Beförderungen im Amte, im kaufmännischen Leben usw. kostenlos durch
Bonneß & Hachfeld, Potsdam, Postf. 124

Zwischen Bahnhof Zoo und Savignyplatz
habe ich in der Kantstraße ein selbst erbautes, 1912 renoviertes Rentenhaus ohne Komfort bei sehr billigen Mieten von 43 100,— M. für 650 000,— Mark erbteilungs- und fortzugshalber preiswert zu verkaufen. Eine 4- oder 7-Zimmerwohnung kann zum 1. 10. 19 freigemacht werden. Näheres durch
Julius M. Bier,
Leipziger Str. 26.
Zentrum 12250/53.

!!! Geld !!!
für jede Wertsache. Höchste Einkaufspreise für Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. Wolff, Friedrichstr. 47 III, Ecke Kochstr.

Günstige Gelegenheit!
Im schönen Buch, hoch, gesund gelegen, hat Bauparzellen günstig abzugeben Eigentümer Jörs, Regensburg. Str. 13. Tel. Pfalzburg 3011. Verkehr: Station Kolonie Wilpersberge bei Buch, Schweizer Straße.

Anzugstoff,
dunkelblau und dunkelkariert, verkauft Uhland 5355.

Reichswehrbrigade Berlin.
Deutschlands Jugend, hilft das Vaterland neu aufbauen!
Außer gedienten Soldaten aller Waffengattungen werden für ein Sturm-Lehr-Bataillon (Kommandeur: Major Friedrichs)
750 Rekruten,
junge, gesunde Leute von 17—20 Jahren, Mindestgröße 1,58 m, zur militärischen Ausbildung gesucht.
Alte Kameradschaft und alte Disziplin!
Gebührnisse: Mobilen Gehalt des Dienstgrades, mindestens 30 M. monatlich (Löhnung) und z. Zt. 5 M. tägliche Zulage, freie Unterkunft und Verpflegung.
Bei entsprechenden Leistungen steht in Zukunft jedem tüchtigen Soldaten die Offizierslaufbahn offen, bei solchen mit Reife für Obersekunda erfolgt Zulassung zur Offiziersprüfung ohne besonderen Bildungsnachweis.
Das Werbebureau versendet auf Anfordern einen Fragebogen, nach dessen Ausfüllung und Eingang (zwecks Vergütung der Fahrkosten) ein Fahrtausweis nach Berlin überwiesen wird.
Hauptwerbebureau: Berlin NW., Kriminalgericht, Turmstraße 91. 32/60

Warnung vor Zuzug nach Stuttgart!
In Stuttgart herrscht Wohnungsnot. Das städtische Wohnungsamt Stuttgart versagt daher regelmäßig die Erlaubnis zum Zuzug. Ohne diese Erlaubnis werden keine Lebensmittelkarten ausgegeben! Der Aufenthalt in Gasthöfen, Pensionen und dergleichen ist nur bis höchstens 14 Tagen gestattet. 130/6*
Die Einhaltung der Vorschriften wird ständig überwacht. Unerlaubt Zuziehende haben Strafe und Abschiebung zu gewärtigen.
Stuttgart, den 8. April 1919.
Stadtschultheißenamt:
Lautenschlager.

Ankauf von Juwelen
zum heutigen hohen Kurs,
Margraf & Co. G.m.b.H.
Berlin, Kanonierstr. 9 — Tel. Zentrum 6654

Spezialarzt Dr. med. Dammann
Berlin W. 57, Potsdamer Straße 123 B
behandelt (Sprechzeit 9—11, 3—4 Uhr)
Haut- und Harnleiden nach besonderem naturgemäßem Heilverfahren.
Aufklärende Broschüre gratis in verschlossenem Brief gegen 25 Pf. in Briefmarken. Genaue Angabe des Leidens erforderlich, damit die richtige Broschüre gesandt werden kann.

Sektkorke, gebraucht, Stück 20 Pf., Weinkorke, lange, Stück 4 Pf. kauft Sperber, Zehdenicker Straße 13 (Rosenthaler Tor). Norden 4863.

Automobile.
Erbitte festes Angebot in Personen- und Lastkraftwagen. 3002 R. Beck, Automobile, Hadersleben (Schleswig)

In Halensee nahe Grunewald
habe ich ein Eckhaus ohne Komfort, 1904 erbaut, mit 3-, 4- und 5-Zimmerwohnungen und Atelier mit anschließender 3-Zimmerwohnung preiswert für 300 000,— M. zu verkaufen. 3 große Bauplätze sind vorhanden. Auskunft erteilt
Julius M. Bier,
Leipziger Straße 26.
Zentrum 12250/53.

Neanderstr. 31 (Hausnummer beachten) Rechtsanwaltsbüro „Groß-Berlin“ u. Detektiv-Institut. Fernspr.: Moritzpl. [illegible] Prozeßsachen, Ehesachen, Strafsachen, Eingaben, Beschaffung von Beweis- und Entlastungsmaterial in Ehe-, Alimenten- und Strafsachen. Auskunftei. Sonntags geöffnet. 10612

„Fredy“
Zigarettenvertrieb
Brunnenstr. 17,
Zigarren Zigaretten
Amt Norden 7361.

Sommer-Blockhaus
doppelwandig, geeignet für Gemeindebewirtschaftung und für Haltung von Kleinvieh, sofort zu verkaufen. Zu erfragen bei Blankenfelde, [illegible] Wilhelmsruher Straße 1. (1212)

Fabrikgrundstück
mit Gleis- und Wasseranschluß.
In nahen östlichen Vorort haben wir ein zirka 4½ Morgen großes Grundstück mit einem ca. 2000 qm großen massiven Schuppen in Eisenkonstruktion, einem Hofen mit elektr. Schiebebühne, Gleis bis zum Hafen, Verwaltungsgebäude, Stallung usw., für 400 000 M. zu verkaufen.
Jer. Schmidt Söhne, Leipzigerstr. 112, E. Mauerstr. Zentrum 126 90—3 u. 3066.

Teppich
Vaminster, 3,50×2,75, 600 M. Wagner, Nürnberger Str. 6, Laden. 1847

Möbel
vermietetgewesene, neue Speise-, Herren-, Schlafzimmer, Küchen, kiel. Kleider- und Wäscheschränke, Rauchtische, Kleinmöbel usw. usw. preiswert zu verkaufen. Möbel- [1080.* Vermietungs-Centrale Lützowstraße 93. Geschäftszeit von 8-5 Uhr.

Tafelklavier
oder älteres Piano, auch Flügel sucht Drescher, Neukölln, Weserstr. 58 III. Preisangabe erbeten.

„Möbelfabrik Stern“
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
Bilanz per 31. Dezember 1918

Aktiva.	M.
Kassenbestand	2224,[illegible]
Waren-Konto	45 770,[illegible]
Inventar-Konto nach 10 % Abschreibung	440,[illegible]
Debitoren-Konto	17 420,[illegible]
Bank-Konto	11 4[illegible]
	[illegible]

Passiva.	M.
Anteil-Konto	580,[illegible]
Darlehn-Konto	73 000,[illegible]
Reservefonds-Konto	5 000,[illegible]
Extra-Reservefonds-Konto	8 000,[illegible]
Unkosten noch zu zahlen	2 000,[illegible]
Reingewinn	4 1[illegible]
166217	[illegible]

Die Zahl der Genossen betrug am Schluß des Geschäftsjahres 11, eingetreten sind im verflossenen Geschäftsjahr keine, ausgetreten einer. Das Geschäftsguthaben der Genossen betrug 580 M., die Haftsumme 580 M. Das Geschäftsguthaben und die Haftsumme haben sich um je 20 M. verringert.
Der Vorstand.
G. Lampichler. E. Reinecke.

Kautabak
in Rollen und Stangen
aus reinem Tabak.
Zigarren
von 500 M. pro Mille an.
Zigaretten
jeden Posten an
Wiederverkäufer
abzugeben in den
Zigarren-Geschäften
(Abteilung en gros)
Friedrichstr. 243 (Hall. Tor)
Alexanderstr. 9 (beim Pol.-Pr.)

Mandoline, Laute.
Gitarre, Wandermandoline [illegible], Konzertlaute [illegible] 125.—, 145.— [illegible] Mandolinenkonzert, enthält 10 Stg. Schallplatten [illegible] mit Zubehör 125.—, Konzertgeige 60.— Ernst, Oranienstraße 108 II.

Flöhe Kleiderläuse und [illegible] tötet „Neoblumin-Pulver“. Beutel 1,35 M. 3 Beutel 3,60 M. 6 Beutel 6,90 M. Löwen-Apotheke, Hannover 1[illegible]

Schüler können Nachhilfestunden erhalten im Pädagogium [illegible] Wilhelmstraße 16.

Klavier
voll, Flügel u. Harmonium kauft [illegible], Budapester Straße 14, II (Preisangabe).

Piano kauft
Asser, Flensburger Straße 1, Fernspr.: Moabit 7909.

Felle und Roßhaare
kauft zu höchsten Preisen Schnell, Elbinger Straße 6[illegible]

Wirksamen Schutz gegen Bartflechte
gewährt das Desinfektions- und Hautheilmittel **Sagrotan.** Abreiben der Haut nach dem Rasieren mit Sagrotanlösung verhindert die Uebertragung der Krankheit.
Vorrätig in Apotheken und Drogengeschäften sowie den bekannten Großhandlungen für Drogen und Chemikalien. 110/6*

Opernhaus
Der Evangelimann.
Anfang 7 Uhr.

Schauspielhaus
Die Kreuzelschreiber.
Anfang 7 Uhr.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
Direktion Friedrich Kayßler.
7½ Uhr: Penthesilea.

Direktion Max Reinhardt.
Deutsches Theater.
7½ Uhr: Die Wupper.
Sonnabend 7 Uhr: Faust I.

Kammerspiele.
7½ Uhr: Der Star.
Sonnabend 7½ Uhr: Zum 1. Male: Der Kinderfreund.

Kleines Schauspielhaus
7½ Uhr: Die Büchse der Pandora.
Sbd. 7½: Büchse der Pandora.

Theater i. d.
KöniggrätzerStraße
Dir.: C. Meinhard - R. Bernauer
7½ Uhr: Der Biberpelz.
(Frau Wolff: Else Lehmann.)
Sbd.: Stützen d. Gesellschaft.
Sonntag nachm.: Fünf Frankfurter.
Abds.: Stützen d. Gesellschaft.

Komödienhaus
an der Marschallbrücke
Heute ½8 Uhr: Z. 250. Male: Erdgeist.
Sonnab.: Der Feldherrnhügel.
Sonntag nachm.: Die Ehre.
½8 U.: Der Feldherrnhügel.

Berliner Theater
7½ Uhr: **Sterne,** die wieder leuchten.

Trianon-Theater.
Nd. Friedrichstr. Ztr. 4927, 2391
Tägl. 8 U. Heute z. 253. Male:
Der gute Ruf
von Hermann Sudermann.
Sbd. ½4 Uhr: Schneewittchen.
Sonntag 4: Hänsel und Gretel.

Residenz-Theater.
Untergrundb. Klosterstraße,
Ausgang Stralauer Straße.
Nachm. 4 Uhr kleine Preise:
Schneewittchen.
Täglich 7½ Uhr:
Das höhere Leben.
Von Hermann Sudermann.
Regie: Alfred Rotter.
Eugen Burg, Kaiser-Titz,
Hans Arnstädt, Olga Limburg
Rosa Valetti, Emma Debner,
Paul Bildt, Helga Molander,
Jul. Falkenstein.

Rose-Theater.
7½ Uhr:
Kleine Sklavin.

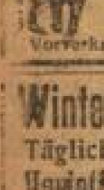
Walhalla-Theater.
7½ Uhr:
Der Jäger aus Kurpfalz.

Weltbaum-Theater. 7½:
Die Kinopuppe.

Luisen-Theater.
7½ täglich: **Jugend.**
Käty Bitterfeldt — Willi Ernst
Marlene Richert - Willi Dugall
Alex Ebelbach.
Sonntag 3: **Maria Magdalena.**
Elly Arndt.

Casino-Theater.
Lothring. Str. 37. Tägl. ½8 Uhr:
Nur noch bis 22. Mai!
Vater Knoll e.
Freitag, 23. Mai, zum 1. Male:
Weiberlist.
Vorh. erstkl. Spezialitäten.
Sonntag 3½: Rauch frei 10½.

Theater a. Kottbuser Tor
(fr. Sanssouci Kottb. Str. 6)
Abends 7½ u. Sonntag nachmittag 3 Uhr:
Elite Sänger
ehemalige Mitglied. d.
Stettiner Sänger
(9 Herren.)
Blüthgen-Konzert.
Sonnt. nachm. ermäß. Preise.
Vorverkauf 11—1 Uhr.



Winter-Garten
Täglich 7½ Uhr:
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!

APOLLO
Theater.
Dir.: James Klein
Friedrichstraße 218
7½ **Mai** 7½
Sonntags 3½ u. 7½
Gastspiel Ferdinand
Bonn
in seinen klassischen Meisterszenen
Klein - Rosa
Wiens 15jähr. Soubr.
10 ukrain. Tanzsterne
4 Ethors akrobatische Spiele
Bonita Berol
d. 8jähr. Spitz.-Tänz.
Sovereign Diabolo-Weltmstr
Romani-Trio musik-Akt
u. weit. Attraktionen!
Sonntags 3½ jeder Erwachs. 1 Kind frei!
Theaterk. ab 10 Uhr ununterbr. geöffnet
Rauchen gestattet.

Lessing-Theater
Direktion: Victor Barnowsky
7 Uhr: **Peer Gynt.**
Sonnabend: Dies irae.
Sonntag: Dies irae.

Deutsches Künstler-Theater.
Allabendlich 7½ Uhr:
Das Schloß am Wannsee.

Central-Theater
Kommandantenstraße 57.
7½ Uhr: **Die Schönste von Allen.**

Deutsches Opernhaus
6½ Uhr: **Lohengrin.**

Friedr.-Wilhelmst. Theater
7½ Uhr: **Das Dorf ohne Glocke.**

Kleines Theater.
7½ Uhr: **Kümmelblättchen.**

Komische Oper
7½ Uhr: **Schwarzwaldmädel.**
Stg. 3½: Schwarzwaldmädel.

Lustspielhaus
7¾ Uhr: **Die spanische Fliege.**

Metropol-Theater.
7 Uhr 30: **Die Faschingsfee.**
Sonnt. 3 Uhr: Wiener Blut.

Neues Operettenhaus
Schiffbauerd. 4a. Norden 281.
7½ Uhr: **Die keusche Susanne.**

Palast-Theater
7 Uhr: Die G'schamige.
Die Frau ohne Beruf.
Haupttreffer 33. Ballett.

Schiller-Theat. Charl.
7½ U.: **Wie es euch gefällt.**

Thalia-Theater
7½ U.: **Zur wilden Hummel.**

Th. am Nollendorfplatz
7 Uhr: **Der Juxbaron.**

Theater des Westens
8 U.: **Wo die Liebe hinfällt.**
Sonntag 3 Uhr: Rigoletto.

Theater d. Friedrichstadt
7½ Uhr: Hutmacher Seiner Durchlaucht.

Wallner-Theater
7½ Uhr: **Geisha.**
Stg. 3½: Graf v. Luxemburg.

MARMOR HAUS
Kurfürstendamm 236.
Direktion:
Siegbert Goldschmidt.
Berlins Tagesgespräch
DIE PROSTITUTION
SOZIALHYGIENISCHES FILMWERK
Regie:
Richard Oswald
UNTER MITARBEIT
von SAN.-RAT DR.
MAGNUS
HIRSCHFELD
EHRENKARTEN HABEN
KEINE GÜLTIGKEIT.
ERHÖHTE PREISE.
Vorverkauf 11—1 Uhr.
4, 5³⁰, 7, 8³⁰

Tauentzien-PALAST
Charlotte Corday
Roman von Ulf Gaus
Regie: Fr. Zelnik
Hauptrollen
Lya Mara,
Hermann Vallentin
Karlchen ist nervös
Filmposse in 2 Akten mit
Victor Plagge

Central-Park
am Bhf. Friedrichstr.
Schleifenbahn
Figur - 8 - Bahn
Berg- und Talbahn
Taifun-Rad
! Hippodrom-Noblesse !
Werktags ab 4, Sonnt. 3 U.

BRAUNE'S DIELE
ALEXANDERSTR. 55
Paul Göbel
Cläire Feldern
Ernst Warlitz
Bella Frankhó
Karl Stöhr
u. a. m.
Ebener-Konzerte.

U F A

U.T Kurfürstendamm Friedrichstrasse
Veritas vincit!
(Die Wahrheit siegt)
Spielzeiten: Wochentags 5 und 8 Uhr / Sonntags 4 und 7 Uhr
Freikarten haben nur an Tage der Lösung Gültigkeit. / Vorverkauf täglich von 12—1 Uhr a. d. Kasse der Theater.
Freikarten haben nur zur 5 Uhr Vorstellung Gültigkeit
U.T Schöneberg
Eine junge Dame von Welt
Schauspiel nach dem Roman von Fedor v. Zobeltitz mit
Hady Christians

Mozartsaal
Die rollende Kugel
Schauspiel in 5 Akten
mit **Ernst Hoffmann**
Wochentags 6 u. 8, Sonntags 4, 6 u. 8 Uhr

U.T Nollendorfplatz
Der Mandarin
Schauspiel in 6 Akten mit
Harry Walden
U.T Weinbergsweg / Moritzplatz
Die Sonnenkinder
Schauspiel mit
Karen Sandberg
U.T Hasenheide
Die Zigeunerprinzessin
Der Roman eines Naturkindes
U.T Alexanderplatz
Das Spielzeug der Zarin
Schauspiel in 5 Akten mit
Ellen Richter
Regie: Rudolf Meinert

Kammerlichtspiele
Die Waise
a. dem Schauspiel „Die Waise von Lowood"
Hauptrolle: **Hilde Wörner**
Wochentags 6 u. 8, Sonntags 4, 6 u. 8 Uhr

Vorzügliche Küche
Anton's Weinstuben
Am Untergrundbahnhof Stadtpark
Innsbrucker Straße 42.
Seltene Weine
Künstler - Konzert.

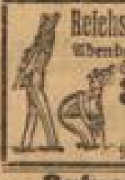
Komödienhaus
an der Marschallbrücke.
Heute Freitag, den 9. Mai 1919, ½8 Uhr
Zum **250.** Male
Erdgeist
Tragödie in 4 Aufzügen von Frank Wedekind.
2231D

Film-Palast
Kellers Festsäle, Koppenstr. 29
Direktion: J. Werner.
Nur vier Tage! Nur vier Tage!
Frau Hempels Tochter. Ein Volksstück in vier Akten.
Hauptrolle: Molly Wessely vom Metropol-Theater.
Außerdem **Das Caviar-Mäuschen.** Film-Operette in sechs Akten unt. persönl. Mitwirkung von 10 Sängern u. Sängerinnen.
Anfang: Wochentags 6 Uhr, Sonntags 4 Uhr.
Nach der Vorstellung in den anderen Prachtsälen
Großer Ball.
Eröffnung der Film-Diele und des Film-Tunnels demnächst.

ORIENT
das größte und schönste
Konzert-Café-Kabarett in Berlin O.
am Strausberger Platz.
Hubert Vetter, Hermann Bredow, Henny Sattler, Paula Ott's Dressur, **Else Knüpfer, Paul Coradini.**
Hugo Hanold. — Tonkünstler-Konzert (10 Solisten).
Anfang Wochentags 7 Uhr, Sonntags 4½ Uhr.

Hans Vorst
Das bolschewistische Rußland
Geheftet M. 5.—
dazu 10% allgemeiner Teuerungszuschlag
(Postfrei M. 5.25)
Einer unserer wenigen genauen Kenner Rußlands gibt hier als Augenzeuge ein Gesamtbild des Bolschewismus, wie es so fesselnd und erschöpfend noch nicht existiert. Vorst hat vor dem Abbruch der deutsch-russischen Beziehungen als Berichterstatter des Berliner Tageblattes die Zeit der Entstehung und Entwicklung des Massenterrors in Rußland durchlebt.
Durch die Buchhandlungen zu beziehen
Der Neue Geist-Verlag · Leipzig

Reichshall.-Theater
Abends 7½ Uhr und Sonnt. 3 Uhr:
Stettiner Sänger
Am. ermäß. Pr.



Artus - Hof.
Perleberger Str. 26. Dir. C. Reich
Verlorene Töchter
II. Teil, von William Kahn.
Uraufführung für Berlin.
Kulturtragödie in 6 Akten.
Im **Naturgarten** m. **Regendach**
½8 Uhr: **Ringkämpfe**
½7 Konzert, ½8 **Spezialitäten**
Vorverk. v. 11—1 U. a. d. Kasse.

Lichtenhainer Diele
Friedrichstraße 94.
Täglich:
Kabarett und Konzert
Kapelle Vaňouček.

Circus
Busch
Tgl. 7½. Stg. 3½ u. 7½
Circus-Progr. — Tänze und Ein Fest a. d. Stiergefecht.
Heute ½9: **Ringkämpfe**
Hintze, bester Ringer Berlins — Naber.
Hansen-Esch — Burgadanoff, Rußland.
Entscheidungskampf:
Gebhardt — Urbach.

B T L
Potsdamer Str. 38
Eine junge Dame von Welt.
5 Akte nach dem in der Illustr. Zeitg. erschienenen Roman von
Fedor v. Zobeltitz.
Turmstr. 12
Bettler G. m. b. H.
Groteske in 4 Akten
mit **Alwin Neuss** und **Maria Widal**
Der schuldl. Verdacht.
Alexanderplatz-Passage.
Friedenau, Rheinstr. 14
Alraune.

Admirals-Palast.
Täglich ½8 Uhr
Sonntags 3 u. 7 Uhr
Die neuen Ballette.
Im Gespensterschloß
Wiener Walzer
außerdem
Tanz - Revue

Admirals-Kino.
Der schuldlose Verdacht.
Maria Widal.
Ihr Sport.
Henny Porten.

Prachtvolles Wohnhaus
für 3 bis 4 Familien, mit Zentralheizg., Warmwasser, Fahrstuhl ꝛc. **direkt am Tiergarten** gelegen, ist preiswert zu verkaufen. Bei Erwerb kann eine 9-Zimmerwohnung übernommen werden. Näheres durch
Julius M. Bier,
Leipziger Str. 26,
Zentrum 12250/53.

Nordpalast-Lichtspiele
8 Kösliner St. 8. u Am Nettelbeckplatz.
Vom 9. bis 12. Mai: 2664b*
Der gelbe Tod
oder Der Tod der Prostitution.
Erstaufführung für Reinickendorfer Straße.
Erstkl. Künstlerkapelle. Gr. schön. Saal f. ca. 800 Pers.
Beginn der Vorstellung: Wochentags 6 u. 8 Uhr.
Sonnt. ab 3 Uhr f. Kinder, ab 5 Uhr f. Erwachsene.

Juwelen, Perlen
Margraf & Co. G.m.b.H.
Kanonierstr. 9 - Berlin - Tauentzienstr. 18a
Auch Ankauf

Ankauf Verkauf
Altkunst
G.M.B.H.
Berlin, Wilhelmstr. 409
Antiquitäten
Möbel-Porzellane
Gemälde-Gobelins.
Kostenlose Schätzungen
Telefon: Zentrum 3495

Straßenhändler und Hausierer
haben hohen Verdienst beim Verkauf meines la Schuhcrems. **Ed. R. Grimm,** Charlottenburg, Werner-Siemensstr. 21. 94/7

Möbel-Fabrik A. S. Ball
Berlin W, Potsdamer Str. 27a.
Muster-Wohnungs-Einrichtung in Ausst. Durchführung.
3 Zimmer u. Küche insgesamt M. 10,290,—

Speisezimmer		Schlafzimmer	
eichen, reich geschnitzt.		eichen gewachst od. weiß lack.	
1 Büfett . . .	M. 2500,—	1 Ankleideschrank m. Kristallglas	M. 600,—
1 Anrichteschrank	M. 1350,—	2 Bettstell. à 280,—	M. 560,—
1 Ausziehtisch mit 4 Platten	M. 600,—	2 Patentmatr. à 65 M.	130,—
6 Stühle gepolst. mit Gobelinbezug à 90.—	M. 540,—	1 Waschtoilette m. Marmorpl.	M. 480,—
komplett	M. 5000,—	1 Toilettenspieg.	M. 120,—
		2 Nachttische mit Marmorpl. à 125 M.	250,—
		2 Stühle à 55.—	M. 110,—
		komplett	M. 2250,—
Herrenzimmer eichen gewachst.		**Küche** weiß lackiert.	
1 Bibliothek . .	M. 825,—	1 Küchenschrank .	M. 400,—
1 Herrenschreibtisch . . .	M. 480,—	1 Küchentisch . .	M. 100,—
1 Arbeitstisch . .	M. 150,—	1 Küchenrahmen .	M. 50,—
4 Stühle m. Gobelin à 90.—	M. 360,—	2 Küchenst. à 22,50	M. 45,—
1 Schreibsessel m. Gobelin . .	M. 195,—	1 Kohlenkasten .	M. 45,—
komplett	M. 2010,—	komplett	M. 640,—

Lieferung frei Haus oder Bahnhof Berlin.
Abbildungen stehen franko zur Verfügung.

Bekanntmachung.

Ausländisches Weizenmehl.

Gemäß § 5 der Verordnung über Lebensmittelkarten vom 18. Oktober 1916 wird für den Gemeindebezirk der Stadt Berlin bestimmt:

1. Auf **Abschnitt F 2 der Einfuhr-Zusatzkarte der Stadt** Berlin entfallen

250 Gramm ausländisches Weizenmehl
oder
250 Gramm inländisches Weizenmehl

nach Wahl der Bezugsberechtigten.

2. Der **Kleinhandelsverkaufspreis** beträgt für ½ **Pfund ausländisches Weizenmehl** (Auszugsmehl) **1,00 M.,**
für ½ **Pfund inländisches Weizenmehl** (94 prozentiges) **0,16 M.**

3. Der Bezug des **ausländischen Weizenmehls ist an eine Voranmeldung gebunden.** Unter Ausschluß nachträglicher Annahme ist **der ganze Abschnitt 16** der allgemeinen Lebensmittelkarte der Stadt Berlin, der als Voranmeldeabschnitt bestimmt ist, in der Zeit vom **Freitag, den 9., bis zum Montag, den 12. Mai 1919** bei den Kleinhändlern abzugeben. Die Kleinhändler haben die Abschnitte 16 bei den Großhändlern am 13. Mai 1919 abzuliefern. Teilabschnitte 16 dürfen nicht angenommen werden.

4. **Das inländische Weizenmehl kann ohne Voranmeldung** gegen Abgabe des ganzen Abschnittes 16 der Lebensmittelkarte und des Abschnittes F 2 der Einfuhr-Zusatzkarte sogleich in den mit entsprechenden Plakaten versehenen Geschäften, die außerdem noch besonders bekanntgegeben werden, bezogen werden.

5. Mit dem Verkauf des ausländischen Weizenmehls gegen Abgabe des Abschnittes F 2 der Einfuhr-Zusatzkarte wird einige Tage nach dem Aufruf begonnen werden. Nicht abgeholte Ware verfällt mit dem 31. Mai 1919.

6. **Die Kleinhändler sind verpflichtet, die Säcke oder Behälter, aus denen sie das ausländische Mehl verkaufen, dem Publikum sichtbar im Laden aufzustellen. Die Säcke oder Behälter sind durch ein Schild mit der Aufschrift „Ausländisches Weizenmehl" zu kennzeichnen.**

7. Die mit dem Verkauf des **inländischen Weizenmehls** neben dem ausländischen Weizenmehl beauftragten **Kleinhändler** sind verpflichtet, **die für das Inlandsmehl entgegengenommenen Abschnitte Nr. 16 der Lebensmittelkarte der Stadt Berlin und F 2 der Einfuhr-Zusatzkarte im Beisein des Publikums mit Blaustift zu durchstreichen.** Die Kleinhändler haben die von ihnen für das ausländische Weizenmehl angenommenen Abschnitte der Einfuhr-Zusatzkarte am **Montag, den 2. Juni 1919** an ihren zuständigen Großhändler abzuliefern.

8. **Die ordnungsmäßige Ausgabe des Mehls in den Kleinhandelsgeschäften wird streng kontrolliert. Die Kleinhändler, die das reine, ausländische Mehl etwa zurückhalten, vermischen oder vertauschen, oder aber Restbestände unbefugt verwenden, haben unnachsichtlich die Schließung des Betriebes zu gewärtigen.**

Im übrigen finden, sofern nicht andere Vorschriften schwerere Strafen aussprechen, die Strafbestimmungen des § 10 der Verordnung des Magistrats Berlin vom 18. Oktober 1916 Anwendung.

Berlin, den 8. Mai 1919.

Zu 4022 Rd. **Magistrat.**
Abteilung für Nährmittel.

Säle frei!
Auch Sonnabends und Sonntags für Vereine Gesellschaften, Versammlungen. 1*
Kellers Festsäle
Koppenstr. 29. Norden 9292 u. 9293.

Parteisekretär gesucht!
Für das neu zu errichtende Sekretariat in **Krefeld** (S. P. D.) wird zum 1. Juli ds. Jahres ein **Parteisekretär** gesucht. — Bewerber müssen rednerisch und organisatorisch durchaus befähigt und mit den Parteiverhältnissen am Niederrhein vertraut sein. — Die Anstellung erfolgt nach den Bedingungen des Vereins „Arbeiterpresse", unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Teuerungsverhältnisse. — Bewerbungsschreiben sind bis zum 18. Mai an Abgeordn. **Fr. Lewerentz, Berlin, Abgeordnetenhaus,** zu richten. 1664b*

Redakteur gesucht!
Für ein neu erscheinendes Partei-Tageblatt für Groß-Thüringen, in Erfurt, wird ein leitender Redakteur gesucht. Bewerber muß über gute Erfahrungen und Wissen in der Zeitungsabteilung verfügen und imstande sein, das Blatt in gediegenem sozialistischem Sinne zu leiten. Dienstantritt möglichst bald. Bewerbungen mit den üblichen Angaben an
F. Moritz, Erfurt, Friedrich-Wilhelm-Platz.

Backfisch- und Mädchenkonfektion.
Inhaber bekannter Firma sucht 32/11
tüchtigen Schneider
mit modernem Werkstattbetrieb zwecks Beteiligung.
Kapital nicht unbedingt erforderlich.
Offerten unter **J. M. 13 219 Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.**

Für Groß - Berlin
hat alte Lebensversicherungs-Gesellschaft mit neuzeitl. Einrichtungen u. allen Nebenbranchen ihre
Subdirektion
zu besetzen. Liberaler Vertrag. Großzügige Unterstützung in der Organisation zugesichert.
Wirklich leistungsfähige Herren werden gebeten, ausführliche Bewerbungen einzureichen unter **J. P. 14626 an Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.**

Alte angesehene **Versicherungs - Gesellschaft** (Leben, Volk, Unfall, Haftpflicht) sucht zum Ausbau ihrer Organisation in der **Provinz Brandenburg** einen tüchtigen Fachmann als
Generalagenten.
Entwicklungsfähige, gut besoldete Stellung; besonders für jüngere, strebsame Herren geeignet. Bewerbungen erbeten unter **J. O. 14606 an Rudolf Mosse, Berlin SW 19.** 31/4*

Büchsenmacher
nur perfekter **Schäfter,** firm in allen **Gewehrreparaturen,** sowie **Lehrlinge** für Büchsenmacherei gesucht. 2229b
Bohlig & Esch, Charlottenb., Kaiser-Friedrich-Str. 65.

Möbeltischler, tüchtige Spezialarbeiter
für furnierte, eichene Schlafzimmer stellen ein
Gebr. Meyerowitz, Möbelfabrik, **Königsberg Pr.**

Korbmacher (Kohlenkörbe) verl. **Legler,** Neukölln, Bodestr. 20. 32/15

2 Lehrlinge
zur Erlernung d. Versicherungsbranche werden sofort **gesucht.** Fachgemäße Ausbildung bei unentgeltlichem Fachschulenbesuch, durch branchekundige Beamte gewährleistet. Vorstellung 9—12 Uhr.
Allgemeine Transport-versicherungs - A.-G., Berlin W, Mohstr. 89. 126/5

Tüchtige Vertreter
für Mandel-, Zitronenöl, Gewürze und Essenzen sucht **K. Schultz,** Riechstoffefabrik, **Berlin C 2,** Burgstr. 27/28.

Plätterinnen
auf Garderoben verl. **Bergmann,** Färberei, Alt-Moabit 95/96. 32/9

Filialleiterin,
branchekundig, für Färberei vertretungsweise für Sommerurlaub verlangt. **Bergmann,** Alt-Moabit 95. 32/10

„Deutschland verzichtet."

Die Friedensbedingungen.

Das Saargebiet.

Aus dem Anhang zu den bereits im gestrigen Abendblatt wiedergegebenen Friedensbedingungen über das Saargebiet ist noch nachzutragen:

Mit der Inkraftsetzung des Vertrages erwirbt der französische Staat den vollen und unbeschränkten Besitz aller Kohlenlagerungen im Saarbecken und ist berechtigt, die Bergwerke auszubeuten oder nicht, das Ausbeutungsrecht ohne vorherige Ermächtigung und Formalität dritten Personen abzutreten, gleichgültig, ob es sich um bisherigen Besitz des preußischen, bayerischen oder anderer Staaten, von Gesellschaften oder Privatpersonen handelt. Die Besitzerwerbung durch den französischen Staat erfolgt frei von allen Schulden und Lasten. Den Rechten des Bergwerkspersonals und der Alters- und Invalidenrente wird durch die Eigentumsübertragung kein Abbruch getan, jedoch muß Deutschland dem französischen Staate die mathematischen Reserven der vom Personal erworbenen Rente aushändigen. Auswärtige Arbeitskräfte dürfen unbehindert verwendet werden. Der französische Staat kann nach freiem Gutdünken Bergwerksprodukte verteilen, ausführen und ihre Preise festsetzen, jedoch verpflichtet sich die französische Regierung, den örtlichen Verbrauch nach Maßgabe des Verbrauches des Jahres 1913 zu befriedigen. Die Regierung des Saarbeckens wird einer Fünferkommission übertragen, welche die Gesellschaft der Nationen repräsentiert.

Nach fünfzehn Jahren erfolgt eine

Volksabstimmung

bezirksweise oder gemeindeweise über folgende drei Alternativen: Beibehaltung des durch diesen Vertrag geschaffenen Regimes, Vereinigung mit Frankreich, Vereinigung mit Deutschland. Falls das durch diesen Vertrag geschaffene Regime beibehalten wird, verzichtet Deutschland jetzt schon zugunsten der Gesellschaft der Nationen auf seine Souveränität; falls die Vereinigung mit Frankreich beschlossen wird, verpflichtet Deutschland sich, Frankreich alle Rechte und Rechtstitel abzutreten; bei der Wiedervereinigung mit Deutschland wird die Gesellschaft der Nationen die Wiedereinsetzung Deutschlands in die Regierung des Gebietes bewerkstelligen. In diesem letzteren Falle werden alle Eigentumsrechte Frankreichs auf die Bergwerke von Deutschland en bloc in Gold zahlbar zurückgekauft. Das Saarbecken wird dem französischen Zollregime unterstellt. Metallerzeugnisse und Kohlen des Saarbeckens, die nach Deutschland gehen, und die deutsche Ausfuhr der Industrie im Saarbecken sind ausfuhrzollfrei.

Elsaß-Lothringen.

Hinsichtlich Elsaß-Lothringens treten die Verträge über die Festsetzung der Grenzen vor 1871 wieder in Kraft.

Elsaß-Lothringen kehrt frei von allen Staatsschulden zu Frankreich zurück. Frankreich ergreift Besitz von allen Gütern und dem Eigentum des Deutschen Reiches und der deutschen Staaten in Elsaß-Lothringen, ohne einen der zedierenden Staaten bezahlen zu müssen. Die Krongüter und der Privatbesitz des Exkaisers und der früheren Herrscher Deutschlands fallen unter diese Bestimmung. Deutschland darf durch keinerlei Maßnahme deutsches Geld, welches bei Friedensabschluß Kurswert hat und im Besitz der französischen Regierung ist, entwerten. Ein Sonderabkommen wird die Zurückzahlung in Mark der außergewöhnlichen Kriegsausgaben, welche Elsaß-Lothringen für Rechnung des Reiches vorgeschossen hat, wie Unterstützungen an Familien von Mobilisierten und Requisitionen, regeln. Frankreich erhebt für eigene Rechnung die Steuern, welche vor dem 11. November 1918 noch nicht eingezogen waren. Die elsaß-lothringischen Eisenbahnen gehen in französischen Besitz über. Auf fünf Jahre werden Erzeugnisse aus Elsaß-Lothringen zollfrei nach Deutschland eingeführt; Frankreich behält sich die Kontingentierung dieser Ausfuhr vor. Die französische Regierung ist berechtigt, alle Besitzungen, Rechte und Interessen, welche deutsche Staatsangehörige oder von Deutschland kontrollierte Gesellschaften am 11. November 1918 in Elsaß-Lothringen besaßen, zu liquidieren. Deutschland muß seine Staatsangehörigen unmittelbar entschädigen. Verträge, welche durch den Waffenstillstand unterbrochen worden sind, bleiben mit Ausnahme derer in Kraft, welche Frankreich im allgemeinen Interesse binnen sechs Monaten nach Vertragsunterschrift kündigt.

Tschecho-Slowakei.

Deutschland erkennt die Unabhängigkeit des tschechoslowakischen Staates an. Die Grenze zwischen Deutschland und den Tschechoslowaken soll die alte am 3. August 1914 vorhandene Grenze gegen Oesterreich-Ungarn bilden. Deutschland verzichtet auf den Teil des schlesischen Gebietes, der zwischen der alten österreichisch-deutschen Grenze und einer Linie, die von einem Punkte an der oder unmittelbar südlich von der Eisenbahnlinie Ratibor—Oder ausgeht und sich nach Nordwesten wendet, indem sie westlich von Kranowitz und östlich von Katscher vorbeiläuft, so daß sie die alte österreichische Grenze im äußersten Südosten ihres ungefähr fünf Kilometer westlich von Leobschütz gelegenen Vorsprunges erreicht. Deutsche Staatsangehörige, die auf der Lücke, wahrscheinlich auf dem hiernach von Deutschland an dem tschechoslowakischen Staate abgetretenem Gebiete wohnen, erwerben die tschechoslowakische Staatsangehörigkeit und verlieren die deutsche Staatsangehörigkeit. Innerhalb zweier Jahre nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages bleibt den deutschen Staatsangehörigen von über 18 Jahren die Option vorbehalten.

Polen.

Auch Polens Unabhängigkeit erkennt Deutschland an. Polen verpflichtet sich, Personen und Herkünften aus Ostpreußen oder solchen mit der Bestimmung nach Ostpreußen dieselben Durchfahrtsrechte wie seinen Staatsangehörigen zu gewähren. Deutsche Staatsangehörige, die vor dem 1. Januar 1908 in Polen ansässig waren, erwerben ipso facto die polnische Staatsangehörigkeit. Innerhalb zweier Jahre nach Inkrafttreten des Friedensvertrages bleibt den deutschen Staatsangehörigen die Option vorbehalten. Die Beteiligung Polens an den finanziellen Lasten des Deutschen Reiches und Preußens wird unter der Finanzklausel im neunten Teil geregelt. Eine Aufrechnung der Aufwendungen für die deutsche Kolonisation in Polen findet nicht statt; Gebäude, Wälder und andere Staatsbesitze, die ehemals dem Königreich Polen gehört haben, müssen Polen frei von allen Lasten zurückgestellt werden.

Rußland.

Deutschland erkennt Rußland und die russischen Staaten, sowie die Unabhängigkeit aller am 1. August russisch gewesenen Gebiete an. (Der Text bezüglich der Verträge von Brest-Litowsk ist in dem Telegramm verstümmelt.)

Die verbündeten Mächte behalten Rußland das Recht vor, von Deutschland alle Restitutionen und Reparationen nach den Grundsätzen des gegenwärtigen Vertrages zu erlangen. Deutschland verpflichtet sich, den vollen Wert aller Verträge oder Abmachungen der verbündeten Mächte mit den Staaten auf russischem Gebiete anzuerkennen, ebenso wie die Grenzen dieser Staaten, so, wie sie festgesetzt werden werden.

Ostpreußen.

In der Zone zwischen der im Friedensvertrage festgesetzten Grenze Ostpreußens und der nachfolgend beschriebenen Linie sollen die Einwohner sich durch Abstimmung entscheiden, welchem Staate sie angeschlossen zu werden wünschen. Diese Linie verläuft längs der Ost- und Nordgrenze des Regierungsbezirks Allenstein bis zu deren Zusammentreffen mit der Grenze zwischen den Kreisen Olezko und Angerburg; von da die Nordgrenze des Kreises Olezko bis zu deren Zusammentreffen mit der alten Grenze Ostpreußens. In den Kreisen Stuhm, Rosenberg und Marienburg östlich von der Nogat, sowie Marienwerder östlich von der Weichsel sollen die Bewohner durch Abstimmung nach Gemeinden zu erkennen geben, ob sie zu Polen oder zu Ostpreußen gehören wollen. Die alliierten und assoziierten Großmächte werden die Grenze in dieser Gegend so festsetzen, daß Polen über jeden Abschnitt der Weichsel die volle und ganze Kontrolle verbleibt, wobei das östliche Ufer auf solchen Abstand, wie er für die Regulierung und Amelioration nötig ist, einbegriffen sein soll. Ein Vertrag zwischen Deutschland und Polen soll Deutschland die volle Leichtigkeit des Eisenbahnverkehrs zwischen dem übrigen Deutschland und Ostpreußen durch polnisches Gebiet und andererseits Polen gleiche Erleichterungen für seine Verbindungen mit der Freistadt Danzig sichern.

Deutschland verzichtet auf das Gebiet zwischen der Ostsee und der Nordostgrenze von Ostpreußen, wodurch die Grenzfestsetzung bestimmt ist.

Westpreußen und Danzig.

Der 11. Abschnitt bestimmt den Verzicht Deutschlands auf das Gebiet, welches reicht von der Ostsee nach Süden bis zum Treffpunkt der Hauptschiffahrtswege der Nogat und Weichsel: der Grenze Ostpreußens, wie sie im gegenwärtigen Vertrage festgesetzt ist, von da den Hauptschiffahrtsweg der Weichsel talwärts und bis zu einem Punkte, ungefähr sechs Kilometer und fünfhundert Meter nördlich von der Dirschauer Brücke, von da nach Nordwesten und bis Höhe fünf, ein Kilometer fünfhundert Meter südlich von der Kirche in Guettland: Eine im Gelände zu bestimmende Linie; von da nach Westen bis zu dem von der Grenze des Kreises Berent gebildeten Vorsprung, acht Kilometer fünfhundert Meter nordöstlich von Schöneck: Eine Linie, die zwischen Mühlbanz im Süden und Rambeltsch im Norden verläuft; von da nach Westen die Grenze des Kreises Berent bis zu der Wendung, welche sie sechs Kilometer nordnordwestlich von Schöneck macht; von da und bis zu einem Punkte an der Mittellinie des Lonkener Sees: Eine Linie verlaufend nördlich von Neufietz und Schatarpi und südlich von Barenhütte und Lonken; von da die Mittellinie des Lonkener Sees bis zu seinem Nordende; von da und bis zum Südende des Polenziner Sees: eine in dem Namen zu ziehende Linie; von da die Mittellinie des Polenziner Sees bis zu seinem Nordende; von da gegen Nordosten bis zu dem Punkte ungefähr ein Kilometer südlich von der Kirche in Koliebken, wo die Eisenbahn Danzig—Neustadt einen Bach überquert: eine Linie südöstlich von Kamehlen, Krissau, Fidlin, Mattern und der Schäferei und im Nordwesten von Neuendorf, Hoch- und Klein-Kelpin, Renneberg und den Städten Oliva und Zoppot: von da den Lauf des obenerwähnten Baches bis zur Ostsee. Danzig soll freie Stadt unter dem Schutze der Gesellschaft der Nationen werden und ein von den alliierten und assoziierten Großmächten ernannter Oberkommissar soll in Danzig seinen Sitz haben. Durch eine besondere Konvention zwischen Polen und der Freistadt Danzig soll Danzig innerhalb der polnischen Zollgrenze versetzt und für Einrichtung eines Freigebietes im Hafen gesorgt werden, ferner Polen der freie Gebrauch aller Danziger Gewässer und Schiffahrtseinrichtungen für Ein- und Ausfuhr, sowie die Kontrolle und Verwaltung der Weichsel und des gesamten Eisenbahnnetzes innerhalb der Freistadt und auch der postalischen und telegraphischen Verbindungen zwischen Polen und dem Hafen Danzig gesichert werden. Auch sollen die auswärtigen Angelegenheiten der Freistadt Danzig sowie diejenigen ihrer Angehörigen in fremden Ländern durch die polnische Regierung wahrgenommen werden. Die in Danzig ansässigen deutschen Staatsangehörigen sollen ipso facto die deutsche Staatsangehörigkeit verlieren und die Danziger Staatsangehörigkeit erhalten; die Option für Deutsche über 18 Jahre innerhalb zweier Jahre wird vorbehalten. Alles Eigentum des Reiches oder deutscher Staaten auf Danziger Gebiet geht an die verbündeten Großmächte über, die es entweder an Danzig oder an Polen überweisen können.

Schleswig.

Die Grenze zwischen Deutschland und Dänemark wird entsprechend den Wünschen der Bevölkerung festgesetzt. Sodann werden Zeit und Art der Abstimmung der abzutretenden Teile festgelegt; die Abstimmung erfolgt, nachdem die deutschen Behörden die fraglichen Gebiete geräumt und die Verwaltung einer internationalen Kommission übergeben haben. Alle Bewohner der an Dänemark zurückfallenden Gebiete erwerben ipso facto die dänische Nationalität, doch bleibt die Option während zweier Jahre vorbehalten. Die finanziellen Verhältnisse werden entsprechend der Finanzklausel des Friedensvertrages geregelt.

Helgoland.

Die Befestigungen, militärischen Anlagen und Häfen von Helgoland und der Düne werden unter Kontrolle der verbündeten Regierungen von der deutschen Regierung auf Kosten des Deutschen Reiches in festgesetzter Frist zerstört. Deutschland darf diese Befestigungen und militärischen Einrichtungen nicht wiederherstellen.

Deutschlands Recht im Ausland.

Außerhalb seiner Grenzen in Europa, wie sie durch den gegenwärtigen Vertrag festgesetzt sind, verzichtet Deutschland auf alle Rechte, Titel oder Privilegien welcher Art immer in bezug auf alle ihm oder seinen Verbündeten gehörigen Gebiete ebenso, wie auf alle Rechte, Titel oder Privilegien, die es etwa gegenüber den verbündeten und assoziierten Mächten besitzt, unter welchem Titel es sei.

Im einzelnen wird der Verzicht Deutschlands auf seine sämtlichen überseeischen Besitzungen gefordert; die daraus hervorgehenden Rechte gehen auf diejenige Regierung über, die die Autorität über diese Territorien ausübt. Deutsche Staatsangehörige können von der zuständigen Regierung zurückbefördert werden. Eine besondere Entschädigung wird für die Schäden, die französische Untertanen in der Kolonie Kamerun oder deren Grenzzone aus Kampfhandlungen oder sonstigen Eingriffen ziviler Behörden 1900 bis 1914 erlitten haben, verlangt.

China.

Deutschland verzichtet zugunsten Chinas auf alle Privilegien aus dem Schlußprotokoll von Peking vom 7. September 1901, sowie auf jede Forderung von Entschädigungszahlungen kraft dieses Protokolls, die später als am 14. März 1917 entstanden ist.

Deutschland überläßt unter Vorbehalt anderer Bestimmungen dieses Vertrages China alle Gebäude, Kasernen, Kriegsmunition, Schiffe aller Art, drahtlose Einrichtungen und anderes öffentliches Eigentum in den deutschen Konzessionen Tientsin, Hankau oder auf anderem chinesischem Gebiete. Die Gebäude mit Wohnungen von Diplomaten oder Konsuln sind ausgenommen, außerdem das deutsche öffentliche oder private Eigentum im Gesandschaftsviertel von Peking, über welches die verbündeten Regierungen verfügen werden.

Deutschland verzichtet auf alle Ansprüche wegen Internierung seiner Untertanen in China, Beschlagnahme seiner Schiffe, Liquidationen usw. seit dem 14. August 1917.

Die deutsche Wehrmacht.

Der fünfte Teil des Friedensvertrages behandelt militärische, maritime und Luftklauseln und besagt, daß zwei Monate nach dem Inkrafttreten des Vertrages die militärischen Kräfte Deutschlands wie folgt demobilisiert sein müssen:

Die deutsche Armee darf nicht mehr als 7 Infanteriedivisionen und 3 Kavalleriedivisionen umfassen. Die Gesamtheit der deutschen Heeresbestände, einschließlich der Offiziere und Depots, darf 100 000 Mann nicht übersteigen und darf ausschließlich für die Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern und zur Grenzpolizei verwendet werden. Der Gesamtbestand der Offiziere einschließlich der Stäbe darf 4000 nicht übersteigen. Die Infanteriedivision darf aus höchstens 410 Offizieren, 10 830 Mann und die Kavalleriedivision aus 275 Offizieren und 5250 Mann bestehen. Hierin eingerechnet ist für jede Infanteriedivision je ein Feldartillerieregiment mit 85 Offizieren und 1300 Mann. Die Divisionen dürfen von höchstens zwei Armeekorpsstäben encadriert werden. Der Große Generalstab muß aufgelöst werden. Die Zahl der deutschen Staatsbeamten für Zölle, Förstereien und Küstenschutz darf die Zahl der im Budget 1913 vorgesehenen nicht übersteigen. Gendarmerie und Polizei dürfen nur in einem der Bevölkerungszunahme seit 1913 entsprechenden Maße erhöht werden. Zwei Monate nach Inkrafttreten des Vertrages darf die Bewaffnung Deutschlands 84 000 Gewehre, 18 000 Karabiner, 792 schwere Maschinengewehre, 1134 leichte Maschinengewehre, 63 mittlere, 189 leichte Minenwerfer, 204 77er Geschütze und 84 105er Geschütze nicht übersteigen.

Soziales.

Alimentationspflicht der Kriegsteilnehmer.

Uneheliche Väter, die Kriegsteilnehmer waren, werden jetzt wegen rückständiger Alimente für die Zeit ihrer Einberufung in Anspruch genommen. Manche Vormünder, ja sogar Berufsvormünder, bringen nicht einmal diejenigen Beträge in Abrechnung, die vom Staat und der Gemeinde als Kriegsunterstützung für die unehelichen Kinder gezahlt worden sind. So sehr wir anerkennen, daß die Väter die Sorgepflicht für ihre Kinder haben, halten wir ein derartiges Vorgehen doch für ungerecht. Sollte den Vormündern das formale Recht, welches die Kriegsverhältnisse nicht berücksichtigt, zur Seite stehen, so ist hier eine schleunige Aenderung des Gesetzes angebracht, und zwar bevor die im ganzen änderungsbedürftige Rechtsmaterie, uneheliche Kinder betreffend, umgestaltet wird. Den unehelichen Vätern, namentlich aus dem Arbeiterstand, kann nicht zugemutet werden, tausend und mehr Mark Alimente nachzuzahlen deshalb, weil sie in den Kommißrock gezwungen sind. Von derartigen Forderungen haben auch die unehelichen Kinder keinen Nutzen, der Anreiz für den Erzeuger, sich der Unterhaltspflicht zu entziehen, wird nur erhöht.

Dieselben Gründe sprechen auch für die Annullierung sonstiger Schuldverbindlichkeiten der Kriegsteilnehmer, z. B. bei Mietsschulden. Dem Kriegsteilnehmer, der jahrelang das Eigentum anderer geschützt hat, werden jetzt Rechnungen von mehreren hundert Mark vom Hauswirt präsentiert. Es ist ein einfaches Gebot der Gerechtigkeit, hier gesetzgeberisch einzugreifen.

Vereine und Versammlungen.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität". Ortsgruppe Berlin, Abt. I. Sonntag: Hirschgarten. Start: Mittags 1 Uhr, bei Berner, Bülowstr. 58. Gäste willkommen! — **Die Heimatwanderer** (Allgem. Märkischer Touristenbund). Sonntag: Große Studienfahrt nach Velten. Besichtigung der Tonindustrie. Vorträge und sachkundige Führungen. Abfahrt 6,50 und 9,16, Stettiner Vorortbahnhof. Treffpunkt: 10 Uhr in Velten. — **Arbeiter-Radfahrer-Verein Groß-Berlin.** Früh 7 Uhr: Streifzüge durch den Südosten. Nachmittags 2 Uhr: Cöpenick (Schmetzergarten). Start: Mariannenplatz. — **Die Hörer- und Mitgliederversammlung des Vereins Arbeiter-Hochschule (E. V.)**, die den Auftakt zu den am Montag, den 12. Mai, stattfindenden Vorlesungen bildet, findet Sonnabend, den 10. Mai, abends 7½ Uhr, in der Niederwallstr. 12 statt. Unterstaatssekretär z. D. Dr. M. H. Baege wird über das Thema: „Die Schule der Zukunft" sprechen. Der von Herrn Jul. Bab angesagte Vortrag über „Arbeiterdichter", mußte auf Sonnabend, 17. Mai, verlegt werden. — **Arbeitertouristenverein „Die Naturfreunde" (neutrale Gruppe).** Sonntag: Wanderung Wildpark, Werder, Caputh, Lienewitz, Potsdam. **Abfahrt: Potsdamer Fernbahnhof 6,30 morgens.**

Disconto-Gesellschaft in Berlin. — Geschäftsbericht für das Jahr 1918.

Nachdem Deutschland unter dem Einfluß der völkerrechtswidrigen Blockade den Krieg verloren hat und die sozialistische Revolution sowohl die politischen Grundlagen des Reiches vollkommen verändert, als auch unser Wirtschaftsleben aufs schwerste erschüttert hat, sind alle Hoffnungen und Erwartungen, denen wir in unseren früheren Geschäftsberichten Ausdruck verliehen haben, zunichte geworden, und es ist eine solche Unsicherheit aller Verhältnisse eingetreten, daß es unmöglich ist, sich ein Bild der politischen und wirtschaftlichen Weiterentwicklung zu machen. In seiner Existenz von innen und außen aufs höchste bedroht, darf Deutschland nur dann hoffen, sich langsam wieder empor zu arbeiten, wenn der kommende Friedensschluß ihm keine übermäßigen Opfer auferlegt und wenn das deutsche Volk noch in letzter Stunde Ruhe und Besonnenheit wiederfindet und zu nachhaltiger Arbeit und Sparsamkeit zurückkehrt. Auch ein Rückblick auf die Vergangenheit erscheint bei diesen tiefgreifenden Veränderungen heute wertlos. Wir beschränken uns daher im Nachstehenden darauf, unseren Anteilseignern über unseren Geschäftsbetrieb zu berichten.

Wir müssen mit der Mitteilung beginnen, daß Herr D. Max v. Schinckel sich entschlossen hat, aus Rücksichten auf sein Alter und seine Gesundheit aus seiner Stellung als Geschäftsinhaber der Disconto-Gesellschaft wie der Norddeutschen Bank in Hamburg mit dem 31. März 1919 auszuscheiden. Von den übrigen Geschäftsinhabern wird dieser Entschluß auf das schmerzlichste bedauert, denn die Bank verliert dadurch die Mitarbeit eines Mannes, der über ein außergewöhnliches Maß von Erfahrungen auf dem Gebiete des Bankwesens, des Ueberseehandels und der Währungsfragen verfügt, und sein reiches Können und Wissen, verbunden mit einem klaren Blick für die wirtschaftlichen Zusammenhänge und Entwickelungen, in 47jähriger Tätigkeit bei der Norddeutschen Bank und 24jähriger Tätigkeit als Geschäftsinhaber der Disconto-Gesellschaft stets mit vollster Hingebung und nie ermattender Tatkraft in den Dienst unserer Institute gestellt und ihren Aufstieg in hervorragendem Maße gefördert hat.

Die Geldflüssigkeit hat während des ganzen Jahres in fast unverminderter Stärke angedauert. Der Reichsbankdiskont hielt sich unverändert auf 5 Proz. Auch der Waffenstillstand und seine Folgen vermochten die Geldflüssigkeit nur wenig zu beeinträchtigen, da es angesichts innerer Wirren und der Absperrung vom Außenverkehr an genügenden Verwendungsmöglichkeiten fehlte. Dies spiegelt sich in der Bewegung der Depositen in unseren Berliner Wechselstuben und Zweigstellen wider. Dieselben betrugen gegen den mit 100 angenommenen Stand bei Ausbruch des Krieges:

	Bestand am 15. Juli	1914 mit 100 Proz. angenommen
Bis 9. Januar 1918 dritte Einzahlung auf die VII. Kriegsanleihe	15. Januar 1918	309 Proz.
	31. „	316 „
Bis 6. Februar letzte Einzahlung auf die VII. Kriegsanleihe	15. Februar „	341 „
	28. „	330 „
	15. März „	364 „
Vom 28. März bis 27. April erste Einzahlung auf die VIII. Kriegsanleihe	31. „	347 „
	15. April „	352 „
	30. „	347 „
	15. Mai „	352 „
Bis 24. Mai zweite Einzahlung auf die VIII. Kriegsanleihe	31. „	364 „
	15. Juni „	372 „
Bis 21. Juni dritte Einzahlung auf die VIII. Kriegsanleihe	30. „	379 „
	15. Juli „	381 „
Bis 18. Juli letzte Einzahlung auf die VIII. Kriegsanleihe	31. „	385 „
	15. August „	394 „
	31. „	390 „
	15. Septbr. „	399 „
Vom 30. September bis 6. November erste Einzahlung auf die IX. Kriegsanleihe	30. „	396 „
	15. Oktober „	413 „
	31. „	402 „
	15. Novemb. „	393 „
	30. „	383 „
Bis 3. Dezember zweite Einzahlung auf die IX. Kriegsanleihe	15. Dezemb. „	397 „
	31. „	398 „
Bis 9. Januar 1919 dritte Einzahlung auf die IX. Kriegsanleihe	15. Januar 1919	391 „
	31. „	387 „
Bis 6. Februar 1919 letzte Einzahlung auf die IX. Kriegsanleihe	15. Februar „	386 „
	28. „	397 „
	15. März „	397 „

Die uns zufließenden Gelder konnten zum Teil im Kreditgeschäfte Verwendung finden, zum Teil dienten sie zum Ankauf von Schatzanweisungen des Reiches und der Bundesstaaten. Die Höhe der in Betracht kommenden Beträge sicherte uns ein besonders günstiges Erträgnis unseres Wechsel- und Zinsenkontos, obgleich dabei der starken Entwertung der Reichsmark auf den ausländischen Märkten Rechnung getragen werden mußte. Die Schwierigkeit der Devisenbeschaffung, welche diese Entwertung der Reichsmark mit sich brachte, hat uns veranlaßt, im vaterländischen Interesse für Rechnung des Reiches oder der Reichsbank im Auslande hauptsächlich für Einfuhrbedürfnisse Kredite zu nehmen. Die sich daraus für uns ergebenden Verpflichtungen, welche wir bisher unter den Gläubigern verbucht hatten, haben wir nunmehr, ebenso wie die sie ausgleichenden Forderungen an das Reich und die Reichsbank, in der Vermögensübersicht gesondert aufgeführt.

Auch auf dem Aval- und Bürgschaftskonto tritt die Entwertung der Reichsmark in die Erscheinung, da diese Verpflichtungen, soweit sie auf fremde Währung lauten, bei dem ungünstigeren Stande der Wechselkurse höhere Markbeträge ergeben.

Das Geschäft in Wertpapieren war namentlich im ersten Teile des Berichtsjahres ein recht lebhaftes und gewährte uns die Gelegenheit zu einer umfangreichen Betätigung im Kommissionsgeschäft. Die Zunahme unserer eigenen Effektenbestände ist im wesentlichen hervorgerufen durch unsere Beteiligung an den Kriegsanleihen und die Hereinnahme verzinslicher Schatzanweisungen des Reiches und der Bundesstaaten.

Die Ereignisse des November brachten nicht nur einen Umschwung in der Kursbewegung am Wertpapiermarkte hervor, sondern sie bewirkten auch erhebliche Störungen unseres gesamten Geschäftsbetriebes, die noch nicht überwunden sind. Infolge der Unruhen sahen wir uns aus Gründen der äußeren Sicherheit gezwungen, unsere Geschäftsbetriebe zeitweilig zu schließen, und die Furcht vor gewaltsamen Eingriffen sowie eine im Herbst eingetretene außerordentliche Knappheit an Umlaufsmitteln trieb das Publikum an, in erheblichem Umfange eine Verschiebung in der Lagerung seines Wertpapierbesitzes und in der Belegung seiner Barguthaben vorzunehmen, welche den Banken eine kaum zu bewältigende Arbeitslast aufbürdete. Die sich hieraus ergebenden Uebelstände wurden noch dadurch verstärkt, daß die mit der Revolution einsetzende allgemeine Lohnbewegung auch die Bankbeamten ergriff und durch Maßnahmen der provisorischen Regierung gefördert wurde. Diese Bewegung, die — wie der weitere Verlauf deutlich erkennen ließ — vornehmlich auf das Betreiben politischer Agitatoren zurückzuführen ist, entbehrt der wirtschaftlichen Begründung. Wir haben uns eine ausreichende Entlohnung unserer Angestellten stets angelegen sein lassen und ihnen in erheblichem Umfange durch Tantieme-Zusicherung und besondere Vergütungen Anteil an dem zur Ausschüttung gelangenden Gewinn gewährt, wir haben ihnen durch unsere David Hansemannsche Pensionskasse höhere Pensionsansprüche für sich wie für ihre Witwen gesichert, als sie ihnen bei den gesetzlichen Anstalten oder dem schon Vorzüge bietenden Beamtenversicherungsverein des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes a. G. zufließen, und wir haben insbesondere auch der Teuerungsannahme fortgesetzt durch Gewährung außerordentlicher Beihilfen Rechnung getragen. Da allein unsere Berliner Angestellten, unter Ausschluß der Direktoren und Prokuristen, bei uns über ein Sparkassenguthaben von nicht weniger als rund 10 Millionen Mark verfügen und daneben noch sehr namhafte Beträge in Wertpapieren bei uns im Depot haben, so ist die Behauptung einer allgemeinen Notlage, soweit unsere Beamtenschaft in Betracht kommt, nicht begründet. Dies ergibt sich auch aus folgender Uebersicht. Es betrugen unsere Aufwendungen für die Entlohnung der Beamten allein in Berlin

1913: 6 500 000,— Mark,
1918: 17 871 412,76 „

Es haben sich, auf den einzelnen Angestellten berechnet, gesteigert:

die Bezüge der Angestellten mit Ausschluß der Direktoren und Prokuristen von 1913—1918 durchschnittlich auf 225 Proz.,

die Bezüge der Boten und des Hauspersonals durchschnittlich auf 260 Proz.,

wobei noch zu berücksichtigen ist, daß die Steigerung für die niedrigeren Gehaltsstufen eine prozentual stärkere war als für die höheren.

Kaum eine andere Kategorie von Staats-, Kommunal- oder Privatbeamten dürfte eine ähnliche materielle Fürsorge der Arbeitgeber erfahren haben wie die Bankbeamten. Auch denen, die im Felde standen, ist überdies ein sehr erheblicher Teil ihrer Bezüge fortgewährt worden, und sie sind auch vor Benachteiligung in den Gehaltsbezügen gegen die Heimgebliebenen geschützt worden.

Unter dem Drucke der Verhältnisse mußten wir trotzdem den Forderungen der Beamten in weitgehendem Umfange entsprechen. Die Aufwendungen, welche im Berichtsjahre für das Gesamtinstitut bereits 34 921 317 Mark betrugen, werden für das Jahr 1919 eine weitere recht erhebliche Steigerung erfahren.

Zu dieser Vermehrung der Personalkosten gesellte sich ein Anwachsen der sachlichen Unkosten, so daß die Verwaltungskosten, auf deren erschreckende Zunahme wir schon in unseren früheren Berichten hingewiesen haben, neuerdings in erhöhtem Maße das Gewinnergebnis ungünstig beeinflußt haben. Auch die Steuerlasten haben, insbesondere infolge der Zinssteuer und der Erhöhung der Umsatzsteuern, wiederum stark zugenommen.

Es betrugen

im Jahre	die Verwaltungskosten Mk.	die Steuern Mk.
1913	12 606 216,72	2 090 435,87
1914	13 160 225,67	2 515 822,10
1915	13 903 541,57	2 808 278,80
1916	17 532 114,98	3 471 668,11
1917	22 439 804,93	3 614 290,87
1918	33 805 792,34	6 294 975,13

Die von uns im Verein mit der gesamten deutschen Bankwelt angestrebte Verbesserung der Geschäftsbedingungen konnte, wenn sie auch Fortschritte gemacht hat, mit derartigen Mehrbelastungen nicht Schritt halten, und wird dies auch in Zukunft nicht vermögen, namentlich da die stets wachsende Konkurrenz der von den Steuerlasten befreiten staatlichen und kommunalen Anstalten diesem Ausgleich hindernd entgegentritt.

Die Kursrückgänge auf dem Wertpapiermarkte, insbesondere bei den Kriegsanleihen und verzinslichen Schatzanweisungen, haben auch bei uns ein erhöhtes Maß von Abschreibungen auf den Effekten- und Konsortial-Konten erforderlich gemacht, so daß ein Gewinn hieraus in die Gewinn- und Verlust-Rechnung nicht eingestellt werden konnte. Darüber hinaus mußten bei der Bewertung unserer Aktiva die veränderten Verhältnisse besonders in Rußland berücksichtigt werden, wenn wir uns auch von größeren Engagements im Auslande ferngehalten haben, so daß wir insbesondere durch die Ereignisse in der Türkei wie auch in Rumänien kaum berührt werden. Auch die Engagements, die wir in Oesterreich, Ungarn und Bulgarien noch unterhalten, geben uns zu Besorgnissen keinen Anlaß.

Die Kreditbank in Sofia hatte sich günstig entwickelt. Infolge der politischen Ereignisse mußten die deutschen Mitglieder der Verwaltung Bulgarien verlassen, und wir entbehren seitdem zuverlässige Nachrichten über das fernere Schicksal der Bank, die von den bulgarischen Beteiligten weitergeführt wird.

Die Banca Generala Romana in Bukarest, deren Verwaltung wir seit ihrer Gründung im Verein mit dem Bankhause S. Bleichröder geführt haben, an der wir aber nur noch mit einem ganz geringfügigen Aktienbesitz beteiligt sind, hat auch im vergangenen Jahre sehr günstig gearbeitet. Einen Abschluß hat sie bisher noch nicht vorgelegt, und ihr weiteres Schicksal wird wesentlich von der weiteren Gestaltung der politischen Verhältnisse auf dem Balkan bedingt sein. Sie hatte im Berichtsjahre unter unserer Beteiligung sich die Aufgabe gestellt, den Aufschluß der bedeutsamen Braunkohlenfelder, welche unter der deutschen Militärverwaltung in Rumänien längs der Karpathen festgestellt worden sind, in die Hand zu nehmen. Es verlautet indessen, daß die Rumänische Regierung diesen im eigensten Interesse des Landes gelegenen Bestrebungen gesetzliche Hindernisse in den Weg legt.

Bei den niedrigen Einstandskursen unserer Beteiligungen an überseeischen Banken, nämlich der Brasilianischen Bank für Deutschland, der Bank für Chile und Deutschland, der Deutschen Afrika-Bank, der Deutschen Ostafrika-Bank und der Handelsbank für Ostafrika, dürfen wir hoffen, keinerlei wesentliche Verluste an ihnen zu erleiden. Mit der Unterbindung oder Einschränkung der wirtschaftlichen Betätigung Deutschlands über See wird aber natürlich der Nutzen, den wir aus diesen unseren Tochterunternehmungen ziehen können, eine Minderung erfahren. Keine von ihnen war unter den gegebenen Verhältnissen in der Lage, ihre Bücher für das vergangene Jahr abzuschließen.

Die Deutsch-Asiatische Bank ist, wie wir im Vorjahre berichteten, nach der Kriegserklärung Chinas unter Zwangsverwaltung gestellt worden und soll sich inzwischen in Zwangsliquidation befinden. Auch hier fehlen eingehendere Nachrichten.

Von den uns außerdem nahestehenden Gesellschaften: der Neu-Guinea Compagnie, der Otavi Minen- und Eisenbahn-Gesellschaft, der Schantung Eisenbahn-Gesellschaft und der Großen Venezuela Eisenbahn-Gesellschaft, deren günstige Fortentwicklung wir annehmen dürfen, erwarten wir, daß sie auch in Zukunft wichtige deutsche Unternehmungen bleiben werden. Eine ordnungsmäßige Berichterstattung der Verwaltung dieser Unternehmungen konnte im Berichtsjahre wiederum nicht erfolgen.

Für das fernere Geschick aller dieser überseeischen Unternehmungen wird natürlich die Entscheidung über Deutschlands Kolonialbesitz von tiefgreifendem Einfluß sein. Unsere Gegner wollen Deutschland seiner Kolonien völlig berauben und suchen dies mit dem sonst von ihnen verkündigten Grundsatz unvereinbare Vorhaben durch die Behauptung zu beschönigen, Deutschland habe sich durch die unmenschliche Behandlung der Eingeborenen unwürdig erwiesen, Kolonien zu besitzen. Demgegenüber stellen wir auf Grund unserer langjährigen, vielseitigen Beteiligung an deutschen Kolonialunternehmungen fest, daß die fürsorgliche Behandlung der Eingeborenen stets ein mit allem Nachdruck verfolgtes Ziel der deutschen Kolonialverwaltung und der Privatunternehmungen gebildet hat und ihre ausführenden Organe unnachsichtlich zur Befolgung der entsprechenden Anweisungen angehalten worden sind.

Ueber die uns nahestehenden inländischen Unternehmungen berichten wir:

Die Kaliwerke Aschersleben haben im vergangenen Jahre zweimal eine Kapitalserhöhung vorgenommen, und zwar erstmalig von 12 auf 20 Millionen Mark zur Durchführung des Erwerbs der Kaliwerke Hattorf, sodann erneut auf 22½ Millionen Mark zum Erwerb der Mehrheiten der Bergwerksgesellschaften Mariaglück und Habighorst. Beide Geschäfte bezweckten, der uns befreundeten Gesellschaft wertvolle Hartsalzfelder anzugliedern. Eine Steigerung des Absatzes während der ersten ¾ Jahre in Verbindung mit der durch Reichsgesetz festgelegten Erhöhung der Preise für Kalisalze brachte den Kaliwerken Aschersleben Mehreinnahmen und damit einen gewissen Ausgleich gegenüber den gesteigerten Materialpreisen und Löhnen. Leider hat der infolge der Waffenstillstandsbedingungen eingetretene Wagen- und Kohlenmangel während der letzten drei Monate erhebliche Nachteile im Gefolge gehabt. Mit einer Verringerung des Absatzes stiegen die Unkosten so bedeutend, daß im letzten Vierteljahr, wie in allen Kalibetrieben, mit Verlust gearbeitet wurde.

Die Deutsche Erdöl-Aktiengesellschaft konnte in dem größten Teil des Jahres aus dem Verkauf ihrer Produkte an die Heeresverwaltung guten Nutzen ziehen. Die künftige Gestaltung ihrer ausländischen Interessen wird in erheblichem Maße durch den Gang der politischen Ereignisse bedingt sein. Die Gesellschaft, die sich im vergangenen Jahre durch Erwerb weiterer umfangreicher Grubenfelder in verstärktem Maße in der Braunkohlenindustrie betätigt hat, erhofft auch auf diesem Gebiete in der Zukunft ein Feld erfolgreicher Wirksamkeit zu finden, insbesondere wenn die jetzt in größerem Maßstabe zur praktischen Durchführung gelangende Vergasung der Braunkohle zwecks Herstellung von flüssigen Brennstoffen eine günstige Entwicklung nimmt.

Die Braunkohlenwerke Borna A.-G. hatten sich in fortgesetzt günstiger Entwicklung befunden und ihre Produktion bis zur höchsten Leistungsfähigkeit gesteigert. Die plötzliche Entlassung der Kriegsgefangenen ohne gleichzeitigen Ersatz an Arbeitskräften hatte einen unvermittelten erheblichen Rückgang der Kohlenförderung und Brikettfabrikation zur Folge. Lohnbewegungen und Arbeitsunlust sowie die im Jahre 1917 notwendig gewordene Uebernahme des Abraums in eigenen Betrieb trugen dazu bei, diese Nachteile noch zu verstärken, so daß gegen Ende des Berichtsjahres mit Verlust gearbeitet wurde.

Bei der „Freie" Braunkohlenwerke A.-G. haben wir bei der Lage der Verhältnisse den Aufschluß der Kohlenfelder noch nicht beginnen können.

Gemeinsam mit bayerischen Bankfreunden gründeten wir als Studiengesellschaften die „Mittlere Isar"- und die „Ober-Inn"-G. m. b. H., welche bestimmt sind, die Erschließung und Verwertung der Wasserkräfte der mittleren Isar bei München und des oberen Inn von der Landesgrenze bis Wasserburg für industrielle Zwecke zu studieren und vorzubereiten. Die Arbeiten sind bestmöglich gefördert worden. Inwieweit die Absicht der Bayerischen Regierung, den Ausbau der mittleren Isar von Staats wegen durchzuführen, unsere Mitarbeit an dieser ausschließen wird, steht noch dahin.

Wie in früheren Jahren, haben wir bei der Aufmachung unserer Bilanz hinsichtlich unserer Londoner Zweiganstalt nur den Saldo eingestellt, der sich aus unseren Büchern für unsere Rechnungsverhältnisse mit der Filiale ergibt, da wir auch im vergangenen Jahre mit ihr nicht in näheren Verkehr treten konnten. In gleicher Weise mußten wir in diesem Jahre bezüglich unserer Zweigniederlassung in Metz verfahren, der es von den französischen Besatzungsbehörden nicht gestattet wurde, uns ihre Bilanz zu übermitteln. Ohne ersichtlichen Grund wurden von der französischen Militärbehörde die Leiter unserer dortigen Zweigniederlassung im Dezember 1918 in Haft genommen und trotz der von uns erwirkten energischen Bemühungen der Waffenstillstandskommission bisher nicht freigelassen.

Unserer Antwerpener Filiale ist es gelungen, ihren Betrieb rechtzeitig vor der Räumung Antwerpens seitens der deutschen Besatzungstruppen nach Düsseldorf zu verlegen und von dort aus einen erheblichen Teil ihrer Geschäfte zu erledigen.

Der Umfang unseres Geschäftsbetriebes hat eine weitere Ausdehnung erfahren, indem wir im Juni 1918 die Trierer Volksbank im Fusionswege übernahmen. Diese hatte bis dahin mit einem Kapital von 2 500 000 Mark und 420 000 Mark offenen Reserven nutzbringend gearbeitet und wertvolle Beziehungen insbesondere zu den Kreisen der Weinproduzenten unterhalten. Eine Erhöhung des Grundkapitals war für uns damit nicht verbunden. Eine neue Zweigstelle eröffneten wir in Halberstadt unter Uebernahme des angesehenen Bankhauses M. Hesse.

Diesen Erweiterungen schlossen sich im laufenden Jahre die Eröffnung einer Filiale in Lübeck und einer Zweigstelle in Gießen an, wofür wir bereits im Berichtsjahre vorbereitende Maßnahmen getroffen hatten.

Von unseren Angestellten sind 331 auf dem Felde der Ehre gefallen. Ein Verzeichnis ihrer Namen, deren Anbringung auf einer Ehrentafel an sichtbarer Stelle in unserer Bank bereits in die Wege geleitet ist, fügen wir auch diesem Berichte bei. Ihr Andenken soll damit den lebenden und kommenden Geschlechtern erhalten bleiben.

Mit tiefer Trauer gedenken wir auch des Verlustes, den wir durch das Hinscheiden unseres früheren Direktors, des Herrn Paul Boettger, sowie der Herren Dr. A. Diehschold, Mitleiters unserer Filiale Mainz, und H. Winkelmann, Subdirektor unserer Londoner Filiale, im Berichtsjahre erlitten haben. In ihnen haben wir langjährige, treue Mitarbeiter verloren, die mit größter Hingebung sich der Erfüllung der ihnen gestellten Aufgaben gewidmet haben, und deren Andenken wir stets hochhalten werden.

Aus dem Kreise der Direktoren schied ferner Herr Richard F. Ullner, welcher in den Vorstand der uns befreundeten Deutschen Erdöl A.-G. als stellvertretender Vorsitzender berufen wurde.

Der stellvertretende Syndikus Herr Dr. W. Hartmann wurde zum Syndikus bestellt. Die Herren stellvertretenden Direktoren C. Thürmann, R. C. Wessel, H. Feitz, C. H. von Berger, F. Koch und J. St. Loeb wurden zu Direktoren ernannt, und die bisherigen Prokuristen L. Neuhaus, G. Wahrendorf, F. Schneider, W. Krüger, M. Stern, A. Gast sowie ferner Herr L. Kündgen zu stellvertretenden Direktoren.

Als stellvertretende Direktoren traten außerdem in unsere Dienste die Herren W. Wierz in Trier, E. Hesse in Halberstadt und A. Wendel in Gießen.

Der Abschluß gestattet die Verteilung eines Gewinnes von 9 Proz. auf das Kommanditkapital von 310 000 000 M.

Der Rohgewinn beläuft sich einschließlich des Gewinnvortrages aus 1917 von M. 292 619,47 auf		M. 73 126 598,67
Hiervon sind abzusetzen die Verwaltungskosten, Steuern usw. mit		„ 40 100 467,37
Es wird vorgeschlagen, von verbleibenden		M. 33 026 131,30
als Gewinnanteil von 9 % auf die Kommanditanteile sowie als Gewinnbeteiligung der Geschäftsinhaber und des Aufsichtsrats zu verwenden . .	M. 31 000 386,63	
für Talonsteuer zurückzustellen	„ 310 000,—	
an die David Hansemann'sche Pensionskasse für die Angestellten der Gesellschaft zu überweisen	„ 400 000,—	
und auf neue Rechnung vorzutragen . .	„ 905 744,67	
		M. 33 026 131,30

Das Kommanditkapital mit M. 310 000 000, die Allgemeine Reserve mit M. 100 000 000 und die nach Art. 9 des Statuts gebildete Besondere Reserve mit M. 34 000 000 sind unverändert geblieben. Beide Reserven zusammen betragen 134 000 000, Kapital und Reserven M. 444 000 000.

Unberücksichtigt bleibt hierbei die Reserve, welche sich aus dem Besitz der zum Nennwert in die Bilanz eingesetzten M. 60 000 000 Aktien der Norddeutschen Bank in Hamburg und M. 100 000 000 Aktien des A. Schaaffhausen'schen Bankvereins A.-G. in Cöln ergibt, deren gesamte Aktien sich in unserer Hand befinden.

Das Eigenkapital der Disconto-Gesellschaft stellt sich nunmehr wie folgt:

Aktienkapital der Disconto-Gesellschaft	M. 310 000 000
Bilanzmäßige Reserven der Disconto-Gesellschaft	„ 134 000 000
Bilanzmäßige Reserven der Norddeutschen Bank in Hamburg	„ 20 000 000
Bilanzmäßige Reserven des A. Schaaffhausen'schen Bankvereins A.-G. in Cöln	„ 10 000 000
Zusammen Kapital und bilanzmäßige Reserven	M. 474 000 000

Unser Bankgebäudekonto hat eine Erhöhung erfahren, da wir uns aus Raummangel entschließen mußten, die unserem Hauptgeschäfte benachbart gelegenen Grundstücke Unter den Linden 33 und Behrenstraße 31 in Berlin anzukaufen, und ferner für unseren Geschäftsbetrieb in Frankfurt a. O., Halberstadt, Lübeck, Stettin und Trier neuen Grundbesitz erwarben. Das Konto der sonstigen Liegenschaften, das auch das frühere Bankgebäude des A. Schaaffhausen'schen Bankvereins in Berlin enthält, hat durch Veräußerungen eine Ermäßigung erfahren.

Durch die beantragte Ueberweisung an die Pensionskasse wird ihr Vermögensbestand auf die Höhe von M. 5 829 729,92 gebracht werden.

Die von uns für die Versicherung unserer Angestellten bei dem Beamtenversicherungsverein des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes (a. G.) aufzuwendenden Beiträge sind in gewohnter Weise unter den Verwaltungskosten gebucht.

Im Wechselverkehr betrugen: der Umsatz M. 27 379 036 965,38 (1917: M. 18 794 627 618,77), die Zahl der Wechsel 1 232 730 (1917: 1 227 168), der Durchschnittsbetrag eines Wechsels M. 22 309,72 (1917: M. 15 314,96).

Am 31. Dezember 1918 beliefen sich die Bestände an Wechseln auf M. 1 976 117 263,04 (1917: M. 1 618 213 211,90).

Die Umsätze in unverzinslichen Schatzanweisungen sind in dem Wechselverkehr einbegriffen.

Der Reinertrag aus Coupons usw. belief sich auf M. 1 076 942,22 gegen M. 789 568,33 im Jahre 1917.

Der Verkehr in Wertpapieren, in dem auch die verzinslichen Schatzanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten einbegriffen sind, im Kommissionsgeschäft, für Konsortial- und eigene Rechnung betrug M. 6 872 156 147,56 (1917: M. 5 583 619 720,50), wovon auf die dem Wertpapierverkehr zugerechneten Coupons und ausländischen Noten ein Umsatz von M. 840 351 858,91 (1917: M. 668 073 526,16) entfiel.

Es betrug der Bestand an eigenen Wertpapieren M. 96 590 048,41 gegen M. 77 394 256,43 im Jahre 1917, an Konsortial-Beteiligungen M. 48 017 097,68 gegen M. 45 503 189,89 im Jahre 1917, zusammen M. 144 607 146,09 gegen M. 122 897 446,32 im Jahre 1917.

Der Bestand an verkauften, erst nach dem 31. Dezember 1918 abzuliefernden Wertpapieren (Reports) und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere betrug M. 299 294 401,96 gegen M. 289 047 150,56 im Vorjahre. Das Konto umfaßt auch die unserer Kundschaft zum Zwecke der Zeichnung deutscher Kriegsanleihe unter Verpfändung der letzteren gewährten Vorschüsse sowie die gedeckten Darlehen an Kommunen, Kommunalverbände und öffentlich-rechtliche Kreditgesellschaften.

Wir übernahmen u. a. folgende Wertpapiere oder beteiligten uns an deren Uebernahme durch eine Gemeinschaft:

Festverzinsliche Werte:

5 Proz. Ungarische Staatskassenscheine von 1918.

Aktien:

Neue Aktien der K. K. Priv. Allgemeinen Oesterreichischen Boden-Credit-Anstalt.
Neue Aktien der Basalt A.-G.
Neue Aktien der Berndorfer Metallwarenfabrik Arthur Krupp A.-G.
Aktien der Cuxhavener Herings-Fischerei A.-G.
Aktien der Deutschen Seefischerei Aktiengesellschaft.
Neue Aktien der Th. Goldschmidt A.-G.
Neue Aktien der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-Aktien-Gesellschaft.
Neue Aktien der Kaliwerke Aschersleben.
Neue Aktien der Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe.
Neue Aktien der Metallbank und Metallurgischen Gesellschaft.
Neue Aktien der Metallwerke Aktiengesellschaft vorm. Zuckau u. Steffen.
Neue Aktien der Papierfabrik Reisholz A.-G.
Neue Aktien der K. K. Priv. Oesterreichischen Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe.
Neue Aktien der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk A.-G.
Neue Aktien der Sächsischen Cartonnagen-Maschinen-A.-G.
Aktien der Schiffswerft Oldenburg Aktiengesellschaft.
Neue Aktien der Schweizerischen Kreditanstalt.
Neue Aktien der Ungarischen Allgemeinen Creditbank.

Anteile an Gesellschaften mit beschränkter Haftung:

Mittlere Isar G. m. b. H.
Oberinn G. m. b. H.

Außerdem führten wir folgende Wertpapiere an den Börsen zu Berlin oder Frankfurt a. M. ein:

Aktien:

Aktien-Gesellschaft für Zellstoff- und Papierfabrikation.
Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt.
Chemische Fabriken vorm. Weiler ter Meer.
Direction der Disconto-Gesellschaft.
Dortmunder Aktien-Brauerei.
Dynamit-Actien-Gesellschaft vorm. Alfred Nobel u. Co.
Elektrotechnische Fabrik Rheydt Max Schorch u. Cie. Act.-Ges.
Farbwerke Franz Rasquin Actien-Gesellschaft.
Frankfurter Allgemeine Versicherungs-Actien-Gesellschaft.
Gelsenkirchener Bergwerks-Actien-Gesellschaft.
Kaliwerke Aschersleben.
Linke-Hofmann-Werke.
Lothringer Hütten- und Bergwerks-Verein A.-G.
Maschinenbau-Gesellschaft Karlsruhe.
Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg A.-G.
Metallbank und Metallurgische Gesellschaft A.-G.
Metallwerke Aktien-Gesellschaft vorm. Zuckau u. Steffen.
Rheinische Stahlwerke.
Rositzer Braunkohlenwerke A.-G.
Sächsische Cartonnagen-Maschinen A.-G.
Schoeller'sche und Eitorfer Kammgarnspinnerei A.-G.
Vereinsbank in Hamburg.
Vogtländische Maschinenfabrik (vorm. J. C. u. H. Dietrich) Aktien-Gesellschaft.
Werkzeugmaschinenfabrik Gildemeister u. Co. A.-G.

Unsere Niederlassungen, Zweigstellen und Wechselstuben haben wiederum ein recht günstiges Ergebnis gezeitigt, obwohl einzelne derselben unter der Ungunst der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse sehr zu leiden hatten.

Hinsichtlich der Entwicklung der Norddeutschen Bank in Hamburg und des A. Schaaffhausen'schen Bankvereins A.-G. verweisen wir auf die von diesen Gesellschaften veröffentlichten Jahresberichte.

Die Norddeutsche Bank in Hamburg hat, nachdem sie aus ihrem Reingewinn den Betrag von M. 1 549 627,45 ihrer Besonderen Reserve zugeführt und ihre Reserven damit auf M. 20 000 000 erhöht hat, auf ihr Aktienkapital von 60 Millionen Mark für das Jahr 1918 einen Gewinn von 8 Proz. verteilt, der in unserer diesjährigen Gewinnrechnung erscheint.

Der A. Schaaffhausen'sche Bankverein Aktiengesellschaft in Cöln verteilte auf sein Aktienkapital von 100 Millionen Mark für das Jahr 1918 einen Gewinn von 7 Proz., der ebenfalls in unsere diesjährige Gewinnrechnung eingestellt ist.

Der Gewinn aus der dauernden Beteiligung an anderen befreundeten Banken enthält nur die im Jahre 1918 tatsächlich vereinnahmten Erträgnisse für das Geschäftsjahr 1917 bzw. 1917/18, und zwar erhielten:

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt 9 Proz.
Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A.-G. 7 Proz.
Bank für Thüringen vorm. B. M. Strupp Aktiengesellschaft 8 Proz.
Stahl u. Federer Aktiengesellschaft 7 Proz.
Barmer Bank-Verein Hinsberg, Fischer u. Comp. 7 Proz.
Geestemünder Bank 8 Proz.
Bank für Chile und Deutschland 6 Proz. (für 1916).
Kreditbank in Sofia 7 Proz.
Compagnie Commerciale Belge anciennement H. Albert de Bary u. Co. in Antwerpen 6 Proz. für die bevorrechtigten Aktien und 7 Proz. für die Stammaktien, und Fr. 6 für jeden Genußschein.

Die Compagnie Commerciale Belge anciennement H. Albert de Bary u. Co., Antwerpen, hat auch im Berichtsjahre trotz der für sie besonders schwierigen Verhältnisse ein recht befriedigendes Ergebnis erzielt, so daß sie imstande sein wird, ihre vorjährigen Gewinnausschüttungen zu wiederholen.

Die Summe der Beteiligungen an solchen Banken belief sich Ende 1918 auf M. 61 637 641,43 gegen M. 54 187 900,95 Ende 1917. Sie hat im wesentlichen infolge von Kapitaleinforderungen auf in unserem Besitz befindliche nicht vollgezahlte Aktien eine Erhöhung erfahren. Die auf sie für das Geschäftsjahr 1917 bzw. 1917/18 entfallenden und im Berichtsjahre vereinnahmten Gewinnanteile betragen M. 3 540 812,70, gegen M. 2 663 549,26 im Vorjahre.

Die Einlagen auf provisionsfreier Rechnung betrugen am Schlusse des Berichtsjahres M. 1 910 757 543,49 gegen M. 1 073 681 222,80 am Schlusse des Jahres 1917.

Der laufende Rechnungsverkehr ergab:

	1918	1917
Schuldner am Schlusse des Jahres	M. 896 898 526,11	M. 665 205 486,36
Gläubiger am Schlusse des Jahres	„ 1 738 546 386,87	„ 1 296 312 210,03

wobei jedoch zu berücksichtigen ist, daß wir, wie oben ausgeführt, die für Rechnung des Reiches oder der Reichsbank eingegangenen Verbindlichkeiten in diesem Jahre beiderseits gesondert in die Erscheinung treten lassen.

Der Umschlag im gesamten laufenden Rechnungsverkehr, einschließlich der Einlagen auf provisionsfreier Rechnung, betrug M. 143 315 071 784,76 gegen M. 101 917 909 775,11 im Jahre 1917.

Die Zahl der laufenden Rechnungen betrug am Schlusse des Jahres 1918 140 018 gegen 126 626 im Jahre 1917. Von diesen Rechnungen waren mit Wertpapier-Hinterlegung verbunden am Schlusse des Jahres 1918 76 420 gegen 66 945 im Jahre 1917.

Die in den Passiven aufgeführten Accepte und Schecks betrugen M. 68 232 794,66 gegen M. 68 408 662,47 im Jahre 1917.

Die Aval- und Bürgschaftsforderungen, denen der gleiche Betrag von Aval- und Bürgschaftsverpflichtungen gegenübersteht, beliefen sich am 31. Dezember 1918 auf M. 382 849 525,62 gegen M. 306 883 029,81 im Jahre 1917.

Wechsel- und Zinsen-Konto ergaben einschließlich der Kurswechsel einen Ertrag von M. 40 877 187,89 im Jahre 1918 gegen M. 35 384 075,47 im Jahre 1917.

Die erworbene Provision stellte sich auf M. 14 503 026,49 gegen M. 13 541 600,54 im Vorjahre.

Der Umschlag der Kassen betrug M. 56 569 408 602,70 gegen M. 42 015 181 560,60 im Vorjahre.

Der Gesamtumschlag (von einer Seite des Hauptbuches) betrug M. 147 479 565 918,52 gegen M. 112 458 659 128,02 im Vorjahre. Der Beteiligung von M. 60 000 000 an dem Kommandit-Kapital der Norddeutschen Bank in Hamburg steht ein Gesamtumsatz dieser Bank von M. 17 736 658 [illegible] von einer Seite des Hauptbuches gegen M. 15 459 590 [illegible] im Vorjahre gegenüber. Der Beteiligung von M. 100 000 000 an dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein A.-G. in Cöln steht ein Gesamtumsatz dieser Bank von M. 25 361 772 000 von einer Seite des Hauptbuches gegen M. 17 732 341 000 im Vorjahre gegenüber. Dem Gesamt-Kapital der Disconto-Gesellschaft entspricht im Jahre 1918 also ein Gesamtumschlag von M. 191 572 437 [illegible] von einer Seite des Hauptbuches gegen M. 145 640 200 [illegible] im Vorjahre.

Berlin, im April 1919.

Direction der Disconto-Gesellschaft.

Die Geschäftsinhaber: Dr. Salomonsohn. D. v. Schinckel. Dr. Russell. Urbig. Dr. Solmssen. Waller. Dr. Mosler. Dr. Fischer. Schlieper.